

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



3. Oktober 1986
Jg. 7 Nr. 20

G 7756 D

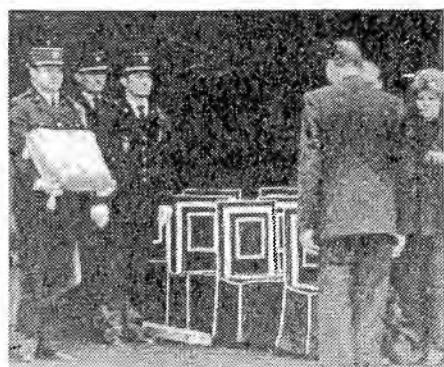
Preis:
2,50



"Fall Daniloff": Die Friedensbewegung muß ihre Kritik an der Rüstung der Imperialisten verbessern Seite 4



Neue Heimat: Wie kann die gefährliche Isolierung des DGB überwunden werden? Seite 7



Frankreich: Polizeiterror und verschärfte Kriegshetze unter dem Vorwand der "Anti-Terror-Bekämpfung" Seite 13

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNNGesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlags-
gesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 0221/211658. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Fall Daniloff: Friedensbewegung muß Kritik an der imperialistischen Rüstung verbessern 4

Neue Heimat: Wie die Isolierung des DGB überwinden? 7

Asylrecht: Kohl und Ministerpräsidenten vereinbaren Asylcoup ... 8
Bundestag gegen "Fremdenfeindlichkeit", weitere Angriffe auf Asylrecht beabsichtigt.....

CDU-Gesundheitskongreß:
Krankheiten selbstverschuldet!... 10

Auslandsberichterstattung

Philippinen: CPP: Nationale Einheitsfront für den Sieg ebenso nötig wie der bewaffnete Kampf.. 12
"Aufgabe: Konsolidierung der nationalen Einheitsfront"..... 13

Frankreich: Polizeiterror und verschärft Kriegshetze..... 13

Österreich: Neuwahlen: Auf jeden Fall weiter nach rechts 14

Dänemark: Asylrecht soll verschärft werden..... 14

El Salvador: Regierung will Befreiungskräfte spalten 15

Indien: Terror von Großgrundbesitzern gegen Landarbeiter 15

Internationale Meldungen. 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:

S.O.S. Rassismus..... 18
"Asylanten – ein Killwort"..... 18
Verheugen (SPD) über Südafrikas Befreiung..... 18
Kritik der Entwicklungshilfe 19

MLPD-Wahlkampf: Kritik und Kampfansage – aber an wen?..... 19

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten..... 21

Boehringer Mannheim: Flexibler Personaleinsatz: Möglichkeiten der Eindämmung 22

Gesundheitspolitik: Bürgerliche Parteien scheuen Diskussion.. 22

Hamburg: Mit neuem Polizeikonzept Kurs auf große Koalition 23

Initiativen zur Asyl-/Ausländerpolitik

Am 13.9. kam es auf Einladung eines Tübinger Aktionskomitees zu einem zentralen Treffen gegen die Beseitigung des Asylrechts. Es gab unterschiedlichste Vorstellungen, wie den Angriffen auf politische Flüchtlinge zu begegnen sei. Einige traten z.B. für ausschließlich direkte Unterstützungstätigkeit von Asylbewerbern ein (jetzt: Verhinderung von Abschiebungen). Der größere Teil sprach sich für eine politische Initiative aus. Ein Aufruf wurde verabschiedet, der Grundlage für koordinierte Aktionen sein soll. Bereits am 25.9. und am 3.10. (Tag des Flüchtlings) sollten in vielen Städten Aktionen "für uneingeschränktes Asylrecht" stattfinden. Zum 18.10. setzt sich die Versammlung für regionale Demonstrationen (Hamburg, West-Berlin, Stuttgart und Frankfurt) ein. Der Aufruf fordert "uneingeschränktes Asylrecht ... für alle Flüchtlinge, ohne jede Diskriminierung", "Gleichstellung aller Flüchtlinge" mit "deutschstämmigen Übersiedlern", "Abschaffung aller Abschreckungsmaßnahmen" und "Aufhebung aller Barrieren, die die Grenzen vor Flüchtlingen sperren", "Einstellung aller Abschiebungen und Auslieferungen." Kontaktadresse der Initiative ist: K. Grommek, Anna-Bosch-Straße 12, 7400 Tübingen (Tel.: 07071/83317).

Ein Treffen des Frankfurter Appells am 22.9. hatte folgende Ergebnisse:

Die Initiative gegen Asylbeseitigung wird unterstützt. – Die Versammlung bedauert, daß keine Kampagne für "uneingeschränktes Niederrlassungsrecht" zu den Bundestagswahlen in Gang kam und die Verbindung unter den Initiativen/Organisationen, die für rechtliche Gleichstellung eintreten, sich verschlechterte. – Ein Seminar wird zu den Bundestagswahlen durchgeführt (Arbeitstitel: "Aktuelle Ausländerpolitik – Wie steht der Kampf um rechtliche Gleichstellung"). Anfang Oktober wird ein Vorschlag an Kräfte verschickt, die daran mitwirken sollen. – Der Aufbau eines regelmäßigen Rundbriefs, der den Informationsaustausch und Diskussionsprozeß fördern soll, wurde erörtert. – (ard)

Rau macht Regierungsangebot: "Zukunft für Alle"

Der SPD-Parteivorstand hat den Regierungsprogrammewurf als Antrag an den nächsten SPD-Parteitag veröffentlicht. Der Entwurf dokumentiert das Streben der SPD nach Klassenversöhnung und ihre Absicht, dabei die Arbeiterbewegung und die SPD-Mitglieder in den Gewerkschaften rücksichtslos niederzuwalzen. – Zwar verspricht die SPD ein neues Arbeitszeitgesetz. Sie legt sich aber nicht auf den

bereits von ihr eingebrachten Gesetzentwurf fest, sondern resümiert: "Eine freiere Wahl der Arbeitszeit halten wir nicht nur unter dem Gesichtspunkt der persönlichen Entfaltung und Lebensgestaltung, sondern auch der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und beschäftigungspolitisch für sinnvoll ... Die Aushöhlung der Arbeitnehmerrechte durch das sogenannte Beschäftigungsförderungsgesetz machen wir wieder rückgängig." Den Flexi-Wünschen der Kapitalisten ist Tür und Tor geöffnet, auf unabdingbare Schranken des Arbeitstages und der Arbeitswoche legt sich die SPD damit nicht fest. Die Ankündigung zum Beschäftigungsförde-



"Zukunft für Alle"?

rungsgesetz ist zumindest zweideutig. So könnte die SPD auch die Beseitigung einzelner Teile des Gesetzespakets verlangen, andere hingegen aufrechterhalten. – Das Sozial- und Rentenversicherungsprogramm ist reif für eine große Koalition: "Erfolgreiche Sozialpolitik setzt eine leistungsfähige Wirtschaft voraus ... Das bedeutet: Wir müssen uns auf die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und auf die großen Investitionsaufgaben konzentrieren. Es wird mehr als vier Jahre dauern, bis die Schäden ausgebessert sind, die dem sozialen Netz durch die jetzige Bundesregierung zugefügt worden sind." Sofort wird also nichts geschehen. Und später: Rücknahme der Kürzungen beim Arbeitslosengeld und -hilfe. Die Renten"lasten" sollen auf Beitragszahler, Rentner und Staat "ausgewogen" verteilt werden – das heißt mindestens keine Rücknahme der Kürzungen und der Beitragsanhebungen, sondern weitere Senkungen. Gegen die Selbstbeteiligung der Krankenversicherten an den Medikamentenkosten tritt die SPD nicht auf, sondern erweitert das Kostendämpfungspaket. Der Arbeiterbewegung kündigt sie ein neues Ausländergesetz an. Das soll den Ausländern die "Lebensplanung" erleichtern und bessere Bildungschancen sichern – die Entrechtung der Ausländer soll bestehen bleiben. – (uld)

Pressemitteilung

Im Oktober/November wird sich Frau Joyce T. Mokhesi einige Wochen in der BRD aufhalten. Frau Mokhesi kommt aus Südafrika und hat im März dieses Jahres vor dem UN-Sonder-Komitee gegen Apartheid den Protest der azanischen Befreiungsbewegung gegen die gerichtlich sanktionierte Ermordung von sechs Afrikanern vorgetragen. Die sechs wurden aufgrund ihrer Beteiligung an den Mietkämpfen in Sharpeville im September 1984 Ende letzten Jahres zum Tode verurteilt. Es sind:

Mojafela Reginald Sefatsa, 30 Jahre
 Reid Malepo Mokoena, 22 Jahre
 Oupa Moses Diniso, 30 Jahre
 Theresa Ramashamula, 24 Jahre
 Duma Joshua Khumalo, 26 Jahre
 Francis Don Mokhesi, 28 Jahre

Frau Mokhesi ist die Schwester des zum Tode verurteilten Francis Don Mokhesi.

Gegenwärtig erleben wir, wie sich immer mehr offizielle Stellen der BRD Sorgen machen, was der schwarzen Bevölkerung schaden könnte. Nur weil man sie vor Schaden schützen wolle, sagt die Regierung, leiste man Widerstand gegen Forderungen nach Boykott Südafrikas.

Währenddessen wütet in Südafrika der Terror. Jahr für Jahr ermordet das Regime über tausend Afrikaner. Der Polizeiterror auf den Straßen ist gerichtlich gesichert, und die Gerichte arbeiten auf Hochtouren, um die Gegner des Regimes zu liquidieren oder auf Jahre und Jahrzehnte in den Gefängnissen einzumauern. Die Inhalte des Protestes der afrikanischen Bevölkerung werden kaum bekannt. Dafür sorgt die Presseunterdrückung des Regimes bzw. die Selbstzensur der rassistenfreundlichen Presse.

Unter diesen Umständen ist es besonders wichtig, daß Angehörige der politischen Bewegungen, die in Azania für die Beendigung des Minderheitsregimes eintreten, hierzulande zu Wort kommen. Es ist Fortsetzung der Apartheid mit anderen Mitteln, wenn die BRD sich weigert, die Befreiungsorganisationen anzuerkennen, und stattdessen zusammen mit den rassistischen Unterdrückern über das wirkliche Wohl und wohlverstandene Interesse der afrikanischen Bevölkerung berät.

Durch Unterstützung der Informationspolitik der schwarzen Organisationen und Bewegungen kann jeder dazu beitragen, diese Politik der offiziellen BRD zu bekämpfen.

Frau Mokhesi, die sich auf Einladung der gemeinsamen Vollversammlung von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU/R, GIM, KG(NHT), KPD und PA in der BRD aufhalten wird, ist wegen der Vereinbarung über Veranstaltungen, Interviews, Presse-Veröffentlichungen usw. über die folgende Büroadresse zu erreichen:

Christiane Schneider, Arbeitsgruppe Azania der gem. Vollversammlung, Verlag GNN, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: 040/2204278.

Die Kosten der Informationsreise werden aus den Spendenergebnissen bestritten. Über die Kosten hinausgehende Spenden sollen zur Hälfte der Organisierung der Verteidigung der zum Tode Verurteilten, die gegen das Urteil Berufung eingelegt haben, zugute kommen. Die andere Hälfte soll beitragen zur Finanzierung eines Kongresses von azanischen Frauen, der im Laufe der nächsten Monate stattfinden soll.

Wir rufen auf, für diese Zwecke zu spenden. Spenden sind möglich auf den Veranstaltungen, die Frau Mokhesi durchführen wird, und auf das Konto: Rüdiger Lötzer, BfG Köln, Nr. 2154424600 (BLZ 37010111)

Re-Privatisierung: SPD wie immer: nicht ohne "Wenn und Aber" 23

DGB-Jugend: Aktionsherbst gegen Jugendarbeitslosigkeit..... 24

NRW: 40 Jahre im Zeichen der christlichen Reaktion..... 25

Bold Guard '86: Aktionseinheit gegen NATO-Kernmanöver 25

Stadtteilsanierung: Eine Verdrängung der unteren Einkommen droht..... 26
 Positionen von DKP, Grüne, SPD.. 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung..... 28

KAPOVAZ: Flexible Arbeitszeiten – im Einzelhandel seit Jahren . 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Bücher: Öffentliche und häusliche Erziehung 30
 Kinderpsychologie in der UdSSR .. 30
 Babys wachsen gemeinsam auf.... 30
 Die berufstätige Mutter 30
 Glückliche Kinder – bessere Gesellschaft 30
 Alltag mit Kleinkindern 30
 Gehorsam, Gebet, Askese..... 31
 "Auf der Suche nach dem verlorenen Glück" 31

Aussöhnungskampagne: Friedenspreis des Buchhandels 31

100 Jahre Bosch: Die Legende vom "roten Bosch"..... 32

Spezialberichte

Aus der Diskussion der Organisation: Ergebnisse der Sitzung des Zentralen Komitees des BWK vom 13./14. September 1986..... 34
 Bericht: Überprüfung unserer Politik – Fortsetzung der wissenschaftlichen Arbeit und Propaganda im Bereich Industrie/Handel 34

Südliches Afrika: Sanktionen gegen Südafrika schaden den Frontstaaten? Imperialisten können sich nicht auf die Frontstaaten berufen! 36
 Abhängigkeit von Südafrika ist ein Hindernis für die unabhängige Entwicklung..... 36
 Imperialisten gegen Zusammenschluß der Frontstaaten 38
 Können sich die Frontstaaten mit Wanderarbeit abfinden?..... 38

Imperialistische Rüstung

"Fall Daniloff": Die Friedensbewegung muß ihre Kritik an der imperialistischen Rüstung verbessern!

Die USA haben es geschafft, aus der Verhaftung ihres Journalisten Daniloff durch sowjetische Polizei eine langandauernde Affäre zu machen. Die Sowjetunion sollte angeklagt werden als Willkürregime, das friedliche Journalisten zu Geiseln macht, um eigene Spione freizupressen. Die eigene Hochrüstung sollte bemängelt und die Opposition in den imperialistischen Ländern gegen diesen Rüstungskurs isoliert werden.

Der Zeitpunkt war sorgfältig gewählt: Im Herbst beginnt in der BRD nach der Stationierung der Pershing II-Raketen die Stationierung der Cruise Missiles. Die US-Imperialisten und ihre Verbündeten, allen voran die BRD, versetzen sich damit in die Lage, die Staaten des Warschauer Paktes fast ohne Vorwarnzeit atomar angreifen zu können.

Bereits am 27. Mai hatte Reagan zudem angekündigt, die USA würden die in SALT-II 1979 vereinbarten Obergrenzen für atomare Rüstung überschreiten: "... habe ich den Entschluß gefaßt, daß die USA in Zukunft ihre Entscheidungen hinsichtlich der Struktur ihrer strategischen Streitkräfte auf Natur und Umfang der von den sowjetischen strategischen Streitkräften ausgehenden Bedrohung gründen müssen, nicht aber auf die Maßstäbe, wie sie in der SALT-Struktur enthalten sind." (1) Noch in diesem Jahr werden die USA die Zahl ihrer atomaren Mehrfachgefettsköpfe (hierzu zählen auch schwere Bomber mit Cruise Missiles an Bord) über die im SALT-II-Abkommen vereinbarten

1320 Systeme hinaus steigern. 1700 Cruise Missiles für 185 B-52-Bomber sind bereits in Auftrag gegeben. Die USA gewinnen so bei diesen Waffensystemen eine eindeutige Überlegenheit über die UdSSR. (2)

Die mit dieser enormen Rüstung verfolgten Absichten hatte Reagans Vorgänger Carter formuliert. Die USA und ihre Verbündeten müßten in der Lage sein, einen großen und einen kleineren Krieg gleichzeitig zu führen, erklärte er sinngemäß. Gemeint war: in Westeuropa so viele Waffen und Truppen bereitzustellen, daß die NATO die Sowjetunion und ihre Verbündeten jederzeit massiv militärisch bedrohen kann und gleichzeitig in der Lage ist, Staaten wie Libyen, den Iran und andere militärisch anzugreifen, ohne den Druck auf den Warschauer Pakt zu mindern. Wie weit die USA und die westeuropäischen Imperialisten seitdem vorangekommen, hat die Aggression gegen Libyen gezeigt.

Auch der Vertrag über die Begrenzung der Raketenabwehr (ABM) von 1972 ist durch die Rüstung der NATO inzwischen praktisch hinfällig geworden. Er schreibt in Artikel V vor: "Jede Vertragspartei verpflichtet sich, keine ABM-Systeme oder Bestandteile zu entwickeln, zu erproben oder zu dislozieren, die see-, luft- oder weltraumgestützt sind ..." (3) Das SDI-Programm ist damit unvereinbar.

BRD feuert US-Rüstung an

Die BRD hat mit dem noch unter Helmut Schmidt abgeschlossenen "Host

Nation Support"-Abkommen und mit der Stationierung der Mittelstreckenraketen dieses NATO-Programm von Anfang an mit betrieben. Die Ausplünderung der Dritten Welt und der Druck auf die Staaten Osteuropas sollte gesteigert, das Gewicht der BRD in der NATO erhöht werden.

Auch bei der kürzlich beschlossenen Wiederaufnahme der Produktion von Giftgaswaffen für die NATO spielte die Bundesregierung eine Schlüsselrolle. 1969 hatten die USA aufgrund der heftigen Opposition gegen den Einsatz chemischer Waffen im Vietnamkrieg deren Produktion stoppen müssen. Ende letzten Jahres bewilligte der US-Kongreß die erneute Produktion solcher Waffen, vorbehaltlich, daß die NATO-Verbündeten der Stationierung solcher Waffen auf ihrem Territorium in Krisenfällen zustimmen. Am 6. Mai stimmte die Bundesregierung als erster Verbündeter der Stationierung solcher Waffen im Krisenfall zu. Am 22. Mai billigten dann die NATO-Verteidigungsminister mehrheitlich diese Produktion als offizielles NATO-Programm. (4)

Ihr Einsatzgebiet soll vor allem in Staaten der Dritten Welt liegen. US-Verteidigungsminister Weinberger erklärte in seinem Jahresbericht '86: "Die Verbreitung von chemischen Waffen, wie dies durch den Krieg zwischen Iran und Irak gezeigt wird, erhöht die Wahrscheinlichkeit, daß US-Streitkräfte in vielen Gebieten der Welt, in denen wir lebenswichtige Interessen verfolgen, auf chemische Kampfführung treffen könnten." (5)

EG-Außenminister gegen Boykott Südafrikas

Seit 27. September sollen die EG-Staaten kein Eisen und keinen Stahl mehr aus Südafrika importieren. Das ist die einzige tatsächliche "Sanktion", die die EG-Außenminister beschlossen. Einig waren sie sich ebenfalls darüber, daß künftig keine Goldmünzen mehr aus Südafrika importiert werden sollen und neue Investitionen von europäischen Kapitalisten in Südafrika unterbleiben sollten. Diese beiden Maßnahmen sind jedoch nicht endgültig beschlossen, sondern über ihre Durchführung wird weiter beraten, ebenso wie über einen Stopp von Kohleimporten, gegen den die BRD vehement aufgetreten ist. Die "Sanktion" ist völlig wirkungslos, die Stahlimporte betragen nicht einmal 5 Prozent der Gesamtimporte der EG-Staaten aus Südafrika; und die BRD-Stahlimporte sind noch niedriger. Die

Außenminister richteten mit ihrem Beschuß die Aufforderung an die südafrikanische Regierung, Bedingungen für einen "Nationalen Dialog" in Südafrika zu schaffen, d.h. auf jeden Fall soll die Rassistenregierung an der Macht bleiben. Die Bundesregierung erklärte nur eine Woche später, sie sei sowieso gegen jede Sanktion. - (uld)

§ 218: nach Urteil noch alles offen

Abtreibung auf Krankenschein sei nach dem Urteil des Bundessozialgerichts nicht rechtswidrig, berichten die bürgerlichen Zeitungen am 25.9.86. Eine christliche Journalistin klagte gegen die Barmer Ersatzkasse auf Unterlassung der Bezahlung von Abtreibungen. Das Bundessozialgericht entschied: Eine Unterlassungsklage könne nur jemand erheben, der in seinen Rechten beeinträchtigt sei. Dies sei hier nicht der Fall. Es sei auch nicht die Sache des Kassenmitglieds,

die Krankenkasse zu rechtmäßigem Verhalten anzuleiten. Deshalb könnte das Gericht vernachlässigen, ob die Kassen mit der Bezahlung von Abtreibungen rechtswidrig gehandelt hätten. Zur Rechtmäßigkeit von Abtreibungen auf Krankenschein hat sich das Gericht also gar nicht geäußert. Da laut CDU-Generalsekretär Geißler mit 600 DM Erziehungsgeld sowieso eine soziale Notlage nicht mehr vorliegt, wartet man die weitere Entwicklung offenbar ab. - (rec)

BRD-Kapitalexport in Türkei steuererleichtert

"Das Abkommen trägt ... Interessen der Bundesrepublik Deutschland Rechnung, indem türkische Einkünfte und Vermögenswerte deutscher Unternehmer von der deutschen Besteuerung freigestellt ... werden". Mit dieser Begründung hat die Regierung ein Abkommen mit der Türkei "zur Vermeidung der Doppelbesteuerung



Kohl und Thatcher inspizieren die britische Rheinarmee. Die Rüstung der westeuropäischen Imperialisten bleibt von sämtlichen Abrüstungsvereinbarungen bisher unberührt. Das erleichtert der Bundesregierung, sich demagogisch "für Abrüstung" aufzuspielen.

KVAE: Kein Hindernis für die NATO

Die auf der "Konferenz für vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa" (KVAE) in Stockholm erzielte Vereinbarung über gegenseitige Inspektionen und Voranmeldungen auch kleinerer Manöver steht diesem Kurs der NATO nicht entgegen. Die Vereinbarung gilt nicht für Manöver in den USA und nicht für Manöver, die die USA oder die westeuropäischen Imperialisten z.B. in Nahost abhalten. Außerdem sind Manöver in den Teilen der Türkei, die an den Iran, Syrien und den Irak grenzen, von der Ankündigungspflicht ausdrücklich ausgenommen. Die NATO kann so Vorbereitungen für militärische Aktionen gegen Staaten des Nahen Ostens geheimhalten, ohne das Abkommen zu verletzen, während die

Sowjetunion alle westlich des Ural abgehaltenen Manöver anmelden und inspizieren lassen muß. (6)

BRD bei allen Rüstungen dabei

Die westdeutschen Reaktionäre verfolgen derzeit eine Doppeltaktik. Sie berichten ausgiebig über den "Fall Daniloff" und beteiligen sich so energisch an der aggressiven Hetze gegen die Sowjetunion. Gleichzeitig verbreiten sie, sie seien über eine Aufhebung von SALT-II und ABM eher unglücklich und an irgendwelchen aggressiven Rüstungsprogrammen sowieso nicht beteiligt. Wo man "unter sich" ist, äußern sich Sprecher der Bundesregierung dagegen unverblümt. Mitte des Jahres verkündete Kanzler Kohl vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, der zahlreiche Sprecher großer Monopole sowie Politiker

der CDU/CSU, der FDP und der SPD angehören, die Absicht der Bundesregierung, sich an Interventionen wie der gegen Libyen künftig häufiger zu beteiligen. Er sei überzeugt, daß künftig der "Nord-Süd-Konflikt eine Dimension gewinnen wird, die den alten Ost-West-Gegensatz an Tragweite und Schärfe übertrifft." (7) Von wegen "übertrifft"! An beiden Fronten will die NATO gleichzeitig Krieg führen können, und bei beiden Aggressionen will die BRD sich führend beteiligen!

Friedensbewegung: Schwache Kritik

Für den 11.10. rufen zahlreiche Organisationen der Friedensbewegung zu einer bundesweiten Demonstration in Hasselbach im Hunsrück auf. Anlaß ist der Beginn der Stationierung von Cruise Missiles in der BRD. Viele wer-

auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen" dem Bundestag zur Billigung zugeleitet. BRD-Kapital in der Türkei ist künftig also von der Militärjunta gesichert und steuerbegünstigt! (Quelle: BT-Ds. 10/5974 -rül)

"Ehrbare" Kaufleute als Waffenschieber

Zwei von wen weiß wie vielen illegalen Waffenschiebergeschäften in Hamburg sind gescheitert. Das erste Geschäft, beteiligt waren neun Hamburger Kaufleute und zwei Reserveoffiziere, flog bereits im April auf, weil es dabei u.a. Probleme mit der "Vorfinanzierung" der Waffen durch die Kunden im Iran gegeben hatte. Der zweite Deal platzte jetzt, weil die Polizei Hinweise von US-Ermittlern erhalten hatte, die Waffendiebstählen in der US-Armee auf der Spur waren. Hier waren fünf Händler im Geschäft unter Führung von F.J. Underberg,

Mitglied der bekannten Schnaps-Dynastie. Die Kaufleute nutzten ihre geschäftlichen "Beziehungen" ins Kriegsgebiet Iran/Irak, um Waffengeschäfte zu vermitteln. Die Waffen (US-Kampfhubschrauber, Flugzeugtriebwerke, Panzerfäuste, Geschütze und Munition im Wert von 1,6 bzw. jetzt 2,5 Milliarden DM) sollen direkt vom Hersteller in den USA als "Null-Serie" oder vom internationalen Waffenmarkt stammen. Inwieweit BRD-Waffen im Sortiment waren, wurde nicht bekanntgegeben. Underberg erklärte lässig, er habe nicht gewußt, daß das verboten ist. – (jok)

General Altenburg wird ranghöchster NATO-Offizier

Als 1982 die Position des Vorsitzenden des Militärausschusses (MC) der NATO neu besetzt werden mußte, bewarb sich der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wust, – und wurde nicht gewählt. Im

MC sitzen die Stabschefs der Mitgliedsländer; sie sollen die politische Ebene der NATO militärisch beraten. Der Vorsitzende des MC hat zwar nichts zu befehlen, dafür aber repräsentative Bedeutung. Keine Frage, daß die BRD nach der Wust-Schlafappe jetzt mit all ihrem Gewicht den aktuellen Generalinspekteur Altenburg durchgeboxt hat. Neben dieser Prestige-Position stellt die BRD in Europa die wichtigsten Befehlshaber: Einer der beiden Stellvertreter des europäischen Oberbefehlshabers Rogers (USA) ist General Mack. Nach der Kießling-Affäre (Mack ist dessen Nachfolger) wurde dieser Posten durch Aufgaben der nuklearen und operativen NATO-Planung demonstrierend aufgewertet. Der Befehlshaber für Europa-Mitte, gewissermaßen für die Zentralfront, ist General Malecha; den Abschnitt Schleswig-Holstein/Jütland in Europa-Nord befehligt General von Ondarza. – (jok)

Vertrauensbildende Maßnahmen nach der Helsinki-Schlusakkte



Geltungsbereich der KSZE. Im Unterschied dazu gilt das Abkommen der KVAE in Stockholm nun für sämtliche Gebiete der UdSSR westlich des Ural. Die punktierten Gebiete in der Türkei bleiben dagegen weiter "anmeldungsfrei". Aus: Europäische Wehrkunde 9/86, S. 507

den begrüßen, daß die Friedensbewegung ihren Kampf gegen die 1983 begonnene Stationierung der Mittelstreckenraketen nicht aufgibt, sondern fortsetzt. Aber die Forderungen und die Kritik, die die Friedensbewegung an der aggressiven Rüstung der BRD und der NATO leistet, wird immer verwischter und unpräziser. Über die zahlreichen konkreten Rüstungsprogramme der BRD etwa erfährt man in dem vom Koordinie-

rungsausschuß der Friedensbewegung zu dieser Aktion herausgegebenen Flugblatt fast nichts. Stattdessen heißt es darin: "Die Bundesregierung hat Vorschläge zur Beseitigung der Atomwaffen in den Wind geschlagen und unterstützt mit ihrer Politik aktiv das Aufrüstungs- und Konfrontationsprogramm der Reagan-Regierung." Das ist die gleiche Verharmlosung der BRD und die gleiche nationalistische Phrase von Kohl als "Vasallen" Rea-

gens, die schon in der Vergangenheit zu so vielen Rückschlägen der Friedensbewegung geführt hat. Eine Kritik am "Host-Nation-Support"-Abkommen sucht man vergebens. Nicht einmal die Forderung, die Raketenstationierung rückgängig zu machen, wird ausdrücklich erhoben. Stattdessen heißt es: "Diese große Aktion für eine Neue Politik wenige Wochen vor der Bundestagswahl im Januar 1987 ist ein JA zu sofortigen eigenständigen Abrüstungsschritten der Bundesrepublik, JA zum Frieden schaffen ohne Waffen, JA zum gerechten und friedlichen Zusammenleben der Völker". Das erlaubt der SPD, demagogisch zu behaupten, sie sei gegen die Raketen, ohne sich auf konkrete Schritte festzulegen, und wird auch der Bundesregierung kaum Probleme schaffen. Dabei ist doch klar: Ohne gründliche Kritik an den andauernden und ständig weiter gesteigerten Rüstungsprogrammen der BRD und ihrer Verbündeten, ohne eine sorgfältige Aufklärung über die wahren Absichten der BRD hinter ihrer immer demagogischeren Entspannungspropaganda und ohne Kritik an den aggressiven Interessen, die die BRD und die NATO mit diesen Rüstungsprogrammen verfechten, wird die Friedensbewegung der Demagogie der Reaktionäre im Bundestagswahlkampf nicht entgegentreten können.

Quellenhinweis: (1) Archiv der Gegenwart, 31.5.86, S. 29947; (2) Europäische Wehrkunde 8/86, S. 439; (3) Österreichische Militärische Zeitschrift 4/86, S. 313; (4) Archiv der Gegenwart, 31.5.86, S. 29939f.; (5) Europa-Archiv 15/86, D 419; (6) Auswärtiges Amt, Das Stockholmer Dokument über Vertrauensbildende Maßnahmen (VSBM) in Europa, 22.9.86; (7) Europa-Archiv 14/86, S. 440 – (rül)

Deutsche Bank makelt libysche Fiat-Anteile

Am 23.9. gab der Fiat-Firmensprecher bekannt, daß Libyen seinen 15,9 Prozent-Anteil verkauft. Ein Bankenkonsortium unter Führung der Deutschen Bank und das Instituto Finanziario Industriale (IFI), die Holding der Familie Agnelli, übernehmen den libyschen Anteil für umgerechnet ca. 3,1 Mrd. US-\$ und makeln seinen Weiterverkauf. Daß Libyen jetzt seinen Fiat-Anteil verkauft, ist direktes Ergebnis der imperialistischen Aggressionspolitik gegen Libyen. Durch die Boykottpolitik der USA und der EG-Staaten sowie durch den Verfall der Erdölpreise werden die Außenhandelserlöse Libyens voraussichtlich um fünf bis sechs Mrd. US-\$ niedriger als im Vorjahr liegen. Daneben bestehen Zahlungsrückstände in Höhe von zwei Mrd. US-. Konkreter Auslöser des Verkaufs war ein Beschuß des US-Re-

präsentantenhauses, einen Rüstungsauftrag für Fiat mit der Begründung zu stornieren, daß Libyen am Gewinn beteiligt ist. Zuvor hatte die US-Regierung bereits die Beteiligung von Fiat an SDI-Aufträgen zurückgestellt. Der "Öffnung des US-Marktes" für Fiat unter Beteiligung von westdeutschem Kapital steht nun nichts mehr im Wege. – (sie)

Demonstrationsverbot gegen WAA auch in München

Die Demonstration "gegen Atomanlagen und den Polizeistaat" – über 150 Gruppen und Organisationen aus ganz Bayern und anderen Gebieten der BRD haben für den 4. Oktober aufgerufen – ist von der Stadt München verboten worden. Schon vor diesem Verbot zeichnete sich ab, daß eine Mobilisierung wie im Vorjahr (50000) nicht gelingen würde. Die bayerische SPD und der Bund Naturschutz distanzierten sich wegen "militanten Gruppen von

WAA-Gegnern". Auf dem Bundesparteitag der Grünen am 28.9. wurde zwar das Verbot verurteilt, aber nicht zur Teilnahme aufgerufen, obwohl die Forderungen der Demonstration der grünen Politik entsprechen. Da die Landtagswahlen nicht zu einer Verhinderung der WAA führen werden, ist der Verzicht der Grünen auf die Unterstützung außerparlamentarischer Kampfmittel weitreichend und wird sich auf das Wahlergebnis schädlich auswirken. – (dl)

Steinkühler: Nach Samstagsangebot jetzt Schicht/Nacht

Franz Steinkühler hat wieder zugeschlagen. In Osnabrück sagte er mit Blick auf die nächste Kampagne für die 35-Stunden-Woche: "Es muß ein Kompromiß gefunden werden, der den Wünschen der Arbeitgeber nach längeren Betriebszeiten und denen der Arbeitnehmer nach attraktiveren Arbeitszeiten gerecht wird". (Sonntag



Der neue Vorstand der "Neue Heimat": Schiesser (links), der neue NH-Geschäftsführer Jürgen Havenstein und Schiesser-Berater Michael Knöffel. Sie sollen dem in Wohnungen und Grundstücken angelegten Kapital wieder steigende Renditen aus Mieten verschaffen.

Neue Heimat

Wie kann die gefährliche Isolierung des DGB überwunden werden ?

Verdächtig schnell agierten CDU/CSU/FDP nach der Übertragung fast aller Anteile von Gewerkschaftsholdings an der "Neuen Heimat" auf die "Neue Gesellschaft" des Großbäckers Schiesser am 18.9.1986. Stattgefunden hat tatsächlich vorerst ein Gesellschafterwechsel. Nicht eine einzige der verbliebenen 190000 NH-Wohnungen ist schon "ausverkauft" worden.

Konzentrieren konnten sich die Hauptredner der Koalition in der folgenden Bundestagsdebatte am 24.9.1986 daher auf Verhetzung: Grünbeck (FDP) und Bauminister Schneider (CSU) zerfetzten genüßlich die DGB-

Beschlüsse zu gemeinwirtschaftlicher Betätigung von 1972 und 1982 ("Gewährleistung eines Höchstmaßes an sozialen und selbstbestimmten Leistungen", "Ordnungsfaktoren auf dem Wohnungsmarkt"). Fazit: Jeder kleine Hauseigentümer ist sozialer; gegen den Markt kommt keiner an. Scheu (CDU) und Mischnik (FDP) machten scharfe Wahlkampfgranaten draus: Wer "solchen Bankrotteuren 1987 Wirtschaft und Finanzen überläßt", "ruiniert Deutschland!".

Dem SPD-Bundesvorstand und seiner Bundestagsriege dämmert, daß die Bundestagswahl endgültig verloren

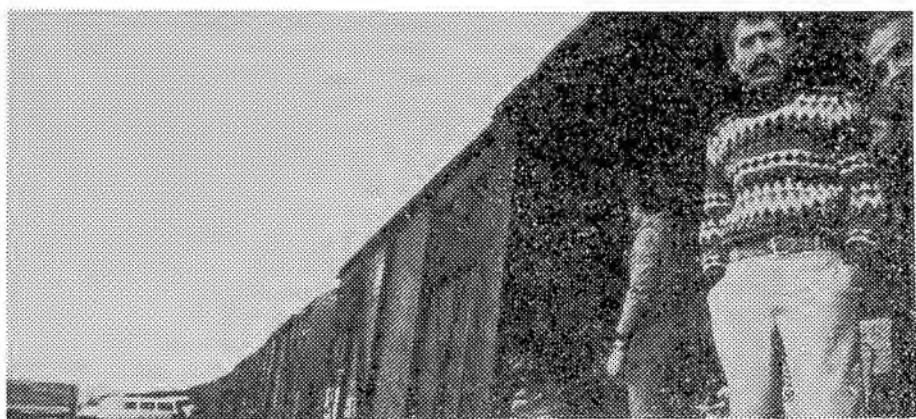
ist. Schon bei der Debatte um den Untersuchungsausschuß zur "Neuen Heimat" hatten sie im Juni einen weiteren Einsatz öffentlicher Mittel im Wohnungsbau endgültig für unerwünscht erklärt und die "Neue Heimat" zum Abschluß preisgegeben. Weiter nach rechts ging es nicht mehr. Sie ließen daher Gerhard Jahn, zugleich Präsident des Deutschen Mieterbundes, nur noch zaghaft einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Rechte von Mietern bei Eigentumsumwandlung "für diese Legislaturperiode" ankündigen, wohlwissend, daß sowas den Bundestag nicht mehr passieren wird.

Ansonsten war der von anderen Koalitionsrednern im Bundestag abgelaßene Schwall von Offenlegungsfordernungen nur weiteres Propagandamanöver. Die Reaktion muß bereits vor, mindestens kurz nach dem Transfer voll informiert worden sein. "Spiegel" und "Zeit" verfügten schon letzte Woche über alle wesentlichen Einzelheiten und sorgten für Theaterdonner. Das kann nur aus Bonn oder aus Schiessers Ecke gekommen sein.

Schiesser ist keinesfalls nur Strohmann; seine Verbindungen zum größten BRD-Immobilienmakler Bendzko sind bekannt. Sich an weiterer Suche nach Hintermännern zu beteiligen, hieße nur, dem dritten reaktionären Propagandamanöver auf dem Leim zu kriechen. Bauminister Schneider (CSU) referierte ja schon im Bundestag Schiessers Konzept und dessen Spekulation auf die gegenwärtige Wohnungs- und Bodenpolitik der Reaktion. Bei 50000 der übernommenen Wohnungen besteht schon heute keine Preis- und Belegungsbindung mehr. Diese könnten kontinuierlich zur weiteren Speisung der Wohneigentumspläne der Reaktion und zur Erpressung von Mietern zum Kauf eingesetzt werden, gleich ob die "Neue Heimat"

Aktuell, 28.9.86) Und: "Wenn einmal 9 Stunden Arbeitszeit am Tag nötig werden – etwa weil es der Betrieb erfordert, oder auch weil es ausnahmsweise der Arbeitnehmer so will – dann werden eben an einem anderen Tag nur 5 Stunden lang gearbeitet". (Bild am Sonntag, 28.9.86)

Für eine weitere Arbeitszeitverkürzung bietet die Spitze der IG Metall längere Betriebszeiten, Schicht- und Nachtarbeit an sowie schwankende Tagesarbeitszeiten auch über acht Stunden hinaus. Steinkühler läßt damit vor dem Gewerkschaftstag einen Versuchsballon steigen. Wenn die nächste Tarifbewegung nicht in einen Exzeß von Schicht- und Nachtarbeit münden soll, muß der Gewerkschaftstag diesen Ballon abschießen. Er muß klarstellen: Der Weg in die Nachtarbeit kommt nicht in Frage, die Betriebsnutzung soll nicht tariflich noch mehr erweitert, sondern eingeschränkt werden. – (rok)



Am 17.9. hat die Bundesregierung einen Dreh gefunden, die anhaltende Hetze gegen Asylbewerber und ausländische Lohnabhängige inbare Münze zu verwandeln: Es verlängerte die Möglichkeit, türkischen Lohnabhängigen, die die BRD verlassen, auf Antrag ihre Beiträge zur Rentenversicherung auszuzahlen und sie so aller Ansprüche auf Rentenzahlung für verlustig zu erklären, bis 17.3.87. Die Rentenkasse behält so die Beiträge der Kapitalisten komplett ein. Das Verfahren hatte sich bereits bei dem "Rückkehrhilfe"-Projekt von 1982 bewährt. Ein Zusatzabkommen, von Blüm der türkischen Regierung abgerungen, erlaubt diesen erneuten Rentencoup. – (rül)

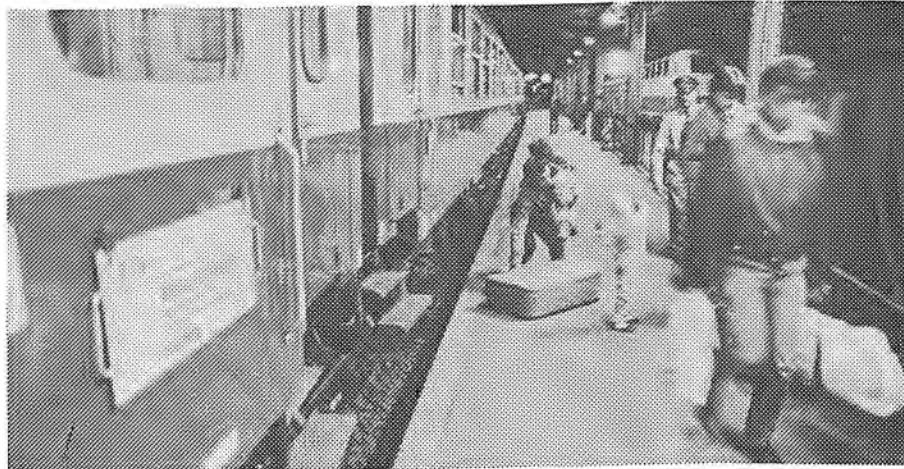
unter Schiesser ihre Gemeinnützigkeit behält oder nicht. Die haus- und grundbesitzenden Mittelklassen und das hier tätige Versicherungskapital könnten auf steigende Grundrenten, das Bankkapital auf einen weiter wachsenden Realkreditmarkt hoffen.

Von ihnen muß Schiesser nichts befürchten. Ansonsten kann er zwei Jahre abwarten, ob nicht Landesregierungen Wohnungs- und Grundstückspakete abnehmen werden. Solange werden ihm Verluste und Kosten für Sozialpläne durch den DGB abgenommen. Der Berliner Senat witterte dann auch gleich die Chance für ein viertes Propagandamanöver. Er meldete sich schon einen Tag nach dem Transfer als erster Kaufinteressent für die Berliner Regionalgesellschaft, um sich als "Retter der Mieter" aufzuspielen zu können; Strauß und Späth gleich hinterher. Schon bei Übernahme einiger Regionalgesellschaften durch die CDU-Landesregierungen wäre ein immer noch großer Konkurrent auf dem Boden- und Wohnungsmarkt geknackt, von dem aus vielleicht doch noch "ordnungspolitische" Vorstöße im Interesse der Lohnabhängigen gemacht werden können. SPD-Landesregierungen müßten im übrigen nachziehen, um nicht dumm dazustehen.

Vom Umfang des preis- und belehnungsgebundenen Wohnungsbesitzes der gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen hing andererseits weitgehend eine weitere Steigerung der Grundrenten und Realkredite in der Vergangenheit ab. Deswegen haben ja gerade der Mittelständler Schneider (CSU) und der Versicherungsagent Lambsdorff (FDP) auf den DGB und die "Neue Heimat" so gnadenlos gehetzt. Das alles sind die Hintermänner Schiessers, nach denen die GRÜNEN am 24.9. im Bundestag furchtlos spekuliert und denen sie zusätzlich mit ihrer bloßen Forderung nach Aufkauf Schiessers durch die öffentliche Hand auch noch ins Messer liefern.

Denn mit dem Übergang regionaler Teile der "Neuen Heimat" namentlich an CDU-Landesregierungen wäre gegen eine langfristige Privatisierung noch nichts gewonnen. Nützen könnte eine kostenlose Übertragung der von Landesregierungen aufgekauften Wohnungen an die betroffenen Gemeinden und deren Verwaltung ausschließlich zu den Kosten der anfallenden Bewirtschaftung und unter sozialen Belegungsgesichtspunkten. Von hier aus ließe sich auch wieder die gegenwärtige Isolierung des DGB aufbrechen, denn ohne entscheidende Mitsprache der Gewerkschaften bei Verwaltung und Belegung solcher Sozialwohnungen ließe sich ebenfalls dauerhaft nichts bewirken. Dazu müßte aber die Linke endlich communal zusammenarbeiten.

Quellenhinweis: Bundestag, Protokoll vom 24.9., S. 17926 bis 17951 – (ped)



Das Kapitalistenorgan "Handelsblatt" ist von der Asyl-Konferenz bei Kohl begeistert: "Es hat sich gezeigt, daß eine sozusagen ganz große Koalition in bestimmten existentiellen Sachfragen doch noch funktioniert... Die Asyl-Runde war vergleichbar jenem großen Krisenstab, der in den Tagen größter terroristischer Bedrohung im Kanzleramt versammelt war." (HB, 29.9.) Bild: Eintreffende Asylbewerber werden auf dem Bahnhof Helmstedt vom BGS abgefangen.

Asylrecht

Kohl und die Ministerpräsidenten vereinbaren Asylrechtscoup

Die Bundesregierung kann sich bei ihrer Asylpolitik der Unterstützung aller sozialdemokratisch regierten Bundesländer sicher sein. Das ist das Ergebnis der Konferenz der Ministerpräsidenten mit der Bundesregierung letzte Woche über das weitere Vorgehen gegen Asylbewerber. Die Ergebnisse dieser großen Kanzlerrunde im einzelnen:

– das Personal beim Bundesamt für die Anerkennung von Flüchtlingen in Zirndorf wird um 130 Stellen aufgestockt. Den mit Asylanträgen befaßten Verwaltungsgerichten werden weitere Juristen zugeteilt. Im Saarland hat Oskar Lafontaine damit schon begonnen. Das Zirndorfer Amt richtet zusätzliche Außenstellen in den Bundesländern ein, die eintreffende Asylbewerber abfangen, rechtsstaatlich aburteilen und sofort wieder zurückweisen sollen.

– Experten der Innenminister und des Auswärtigen Amtes sollen sich des Problems annehmen, daß Tausende von Asylbewerbern noch in der BRD leben, obwohl ihre Anträge abgelehnt wurden. Bislang scheutn viele kommunale Behörden vor gewaltsaufwendigen Abschiebungen zurück, weil antifaschistische Initiativen die Öffentlichkeit über die fortbestehende Gefahr für Leib und Leben solcher Verfolgten unterrichteten. Regierung und SPD-Vorstand wollen jetzt gemeinsam die polizeilich gewünschte Rückendekung für solche gewaltsaufwendigen Abschiebungen geben.

– Offenbar keine Kritik mehr gibt es von Seiten des SPD-Vorstands auch an den Gesetzgebungsplänen der Bundesregierung. Der Bundestagsinnen-

ausschuß, der aus diesen Beschlüssen der Bundesregierung und aus dem von Bayern und Baden-Württemberg vor über einem Jahr eingebrachten Gesetzentwurf zum Asylverfahrensrecht ein neues Asylverfahrensgesetz erstellen soll, tagt diese Woche zum zweiten Mal binnen acht Tagen, um das gewünschte Gesetz in den nächsten Wochen endgültig im Bundestag zur Verabschiedung vorzulegen.

– Zusätzlich soll eine Kommission von Beauftragten der Bundesregierung und der Länderregierungen über weitere Änderungen im Asylrecht und Ausländerrecht nachdenken.

– Zur Ablenkung von den so beschlossenen Verbrechen an Asylbewerbern verständigten sich die Teilnehmer der Konferenz darauf, eine Debatte über das Für und Wider der Abschiebung von "Ostflüchtlingen" anzuzetteln. Auf diese soll sich die öffentliche Aufmerksamkeit beschränken. So wird der reaktionäre Druck auf die Staaten Osteuropas aufrechterhalten, während Regierungen in anderen Ländern, die den Interessen der deutschen Wirtschaft näher stehen, ihre Flüchtlinge zur Aburteilung zurückgesandt bekommen.

Die reaktionäre große Koalition von Unionsparteien, FDP und SPD in der Ausländer- und Asylpolitik, die in den letzten Jahren durch die Opposition von gewerkschaftlicher und antifaschistischer Seite unter Druck gekommen war, ist damit wiederhergestellt. Die antifaschistische Opposition sollte ihre Pläne, gerade auch die Gesetzespläne, rasch enthüllen.

Quellenhinweis: Welt, FAZ, 27.9. – (fül, gba)

Bundestag gegen "Fremdenfeindlichkeit", weitere Angriffe auf Asylrecht beabsichtigt

Wer unterdrückt, schikaniert und stempelt die Flüchtlinge, die in der Bundesrepublik Asyl suchen, als Lügner ab? Es sind diejenigen, die mit gesetzlichen Maßnahmen und Verordnungen die Entrechtung und Unterdrückung der Asylsuchenden betreiben. Auf eine solche wahre Feststellung einigten sich die Bundestagsparteien in ihrer gemeinsamen Erklärung, die sie am vergangenen Donnerstag verabschiedeten, gerade nicht. Die gesetzlichen Maßnahmen, die in den letzten Jahren von den Bundestagsmehrheiten gegen Asylsuchende beschlossen worden waren, und die Hetze der jetzigen Regierungsparteien gegen eine von ihnen beschworene Asylantengefahr haben die vorhergesetzte Wirkung erzielt. Faschisten und Reaktionäre nehmen die ihnen gebotene Funktion wahr und führen Anschläge auf Asylsuchende und ausländische Arbeiter durch. In der jetzt von allen Bundestagsparteien beschlossenen "Erklärung gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit", die schon von den EG-Gremien verabschiedet worden war, kommt die Regierung fein raus. Die von ihr betriebene Unterdrückung wird als "Schutz" deklariert: "In Anbetracht der Existenz und der Zunahme fremdenfeindlicher Einstellungen, Bewegungen und Gewaltakte in der Gemeinschaft, die sich häufig gegen Zuwanderer richten ... sind" (die Bundestagsparteien) "entschlossen, die bereits unternommenen Bemühungen zum Schutz der Persönlichkeit und der Würde jedes Mitglieds der Gesellschaft fortzusetzen und jeglicher Form der Ausgrenzung von Ausländern eine Absage zu erteilen."

Wir dokumentieren im folgenden u.a. aus einem UN-Beschluß und aus der Kritik des Hohen Flüchtlingskommissars der UN an dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes in der BRD; sodann aus der Erklärung der evangelischen Kirche (EKD) "Flüchtlinge und Asylsuchende in unserem Land", die zwar die Regierungsmaßnahmen kritisiert, aber ebenfalls eine "Fremdenfeindschaft" als ein entscheidendes Problem behauptet und damit die bestimmenden reaktionären Kräfte verdeckt.

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10.12.1948:

"Artikel 14 (I) Jedermann hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen."

Genfer Flüchtlingskonvention, Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28.7.1951:

"Artikel 1, A. Im Sinne dieses Abkommens findet der Ausdruck 'Flüchtling' auf jede Person Anwendung: Die infolge von Ereignissen, die vor dem 1. Januar 1951 (Stichtag wurde mit Zusatzprotokoll v. 31.1.1967 aufgehoben, d. Verf.) eingetreten sind, und aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will..."

Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge gab laut Presseberichten bekannt: Bis September wurden im Jahr 1986 insgesamt 66840 Asylanträge registriert. Von Januar bis August wurden 29610 Entscheidungen getroffen. Anerkannt wurden 4795 Asylsuchende, abgelehnt 15619 Personen. 9196 nahmen entweder ihre Anträge zu-

rück, kehrten in ihr Land zurück oder reisten in ein anderes Land. Das ist eine "Anerkennungsquote" von 16,4%.

Der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Amt des Vertreters in der Bundesrepublik Deutschland, zur öffentlichen Anhörung des Innenausschusses im Deutschen Bundestag, 24.2.1986, über Gesetzentwürfe zur Änderung des Asylverfahrensgesetzes, Bundestagsdrucksachen 10/1164 und 10/3678:

"... Abgesehen davon, daß die Maßnahmen (u.a. Versagung der Arbeitserlaubnis, räumliche Beschränkung der Aufenthaltsgestattung, Kürzung der Sozialhilfe, Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und Gemeinschaftsverpflegung) ihrem erklärten Ziel, der Abschreckung, nicht gedient haben, sind sie mit humanitären Grundsätzen nicht vereinbar, wenn durch sie Menschen über Jahre hinweg tiefgreifenden Einschränkungen ausgesetzt werden, die letztlich ihre Menschenwürde antasten..."

Bedauerlicherweise ist das Bundesamt seit Inkrafttreten des Asylverfahrensgesetzes nicht mehr – wie von 1953-1982 – für die Prüfung der Flüchtlingseigenschaft nach Art. 1 der Genfer Flüchtlingskonvention vom 28. Juli 1951 zuständig, obwohl es ursprünglich allein dafür eingerichtet worden war. Das im AsylVfG geregelte Verfahren hat als alleinige Rechtsgrundlage Art. 16 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz zum Gegenstand (§1 Abs. 1 AsylVfG). Die Genfer Flüchtlingskon-

vention, die als internationaler Vertrag in das innerstaatliche Recht der Bundesrepublik Deutschland übernommen wurde, ist jedoch die zweite Rechtsquelle des Asylrechts. Ange-sichts der gegenwärtigen Rechtslage gibt es für die Bestimmung der Flüchtlingseigenschaft nach der Konvention kein Verfahren, geschiehe denn, daß in Übereinstimmung mit der Empfehlung des Exekutivrats für das Programm des UNHCR (UN-Flüchtlingskommissar) von 1977, Nr. 8, lit e (III) eine zentrale Behörde bestehen würde, die für die Prüfung der Flüchtlingseigenschaft zuständig wäre. Dies ist insbesondere im Hinblick darauf ein unbefriedigender rechtlicher Zustand, als bereits sowohl das Bundesverfassungsgericht ... als auch das Bundesverwaltungsgericht ... auf die Unterschiede des Verfolgtenbegriffs nach dem Grundgesetz (alleinige Maßgeblichkeit der Verfolgungsin-tention des Verfolgerstaates) und des Flüchtlingsbegriffs nach der Konvention vom 28. Juli 1951 (objektives und auch subjektives Element) hingewiesen haben."

EKD-Texte Nr. 16 "Flüchtlinge und Asylsuchende in unserem Land" (August 1986):

"... hat die Bundesrepublik Deutschland... mit einer immer restriktiveren Asylpolitik reagiert ... Begründet wird diese Politik ... Die humanitäre Verpflichtung zur Hilfeleistung habe ihre Grenzen an den tatsächlichen Möglichkeiten des Arbeitsmarktes, des sozialen Verkraftbares und der Aufnahmefähigkeit der Bevölkerung ... ein großer Teil der Asylbewerber mißbraucht das Asylrecht .. In großen Teilen der Bevölkerung finden solche Argumente ein Echo. Sie bestätigen tiefzittende Vorbehalte gegenüber allem Fremden, die sich unter dem Druck wirtschaftlicher Konkurrenz und einer hohen Arbeitslosigkeit zu Angst und Feindschaft steigern können..."

R. Opitz, 1983 auf dem Kongreß "Wissenschaftler gegen Ausländerfeindlichkeit":

"... denn der Agitation gegen die Ausländer unter Verweis auf ihre völkische 'Fremdartigkeit' folgt, als die ihr nur immer schon selbst innenwohnende Kehrseite, der an uns und zuallerst an die Arbeiterschaft gerichtete Appell zu 'Klassenkampf' und sonstige 'materielle Eigeninteressen' und politische 'Sonderwünsche' zurückstellender 'völkischer Einigkeit' namens unserer 'Eigenart', der gesamten Funktionslogik des Rassismus zufolge, notwendig auf dem Fuße". ("konkret", 9/86)

Gesundheitspolitischer Kongreß der CDU

Krankheiten sind selbstverschuldet Kranke sind Schuldige !

Die CDU stellte ihren diesjährigen gesundheitspolitischen Kongreß unter das Motto "Gesund leben – Gesundheitspolitik in einer freien Gesellschaft". CDU-Generalsekretär Geißler drohte auf dem Kongreß an, daß "in der kommenden Legislaturperiode die Frage der Kosten im Gesundheitswesen eine große Rolle spielen" werde. Gegenstand des CDU-Kongresses war die Konkretisierung des demagogischen Rüstzeugs der Reaktion für diesen Angriff auf Versicherungsansprüche der lohnabhängigen Bevölkerung.

"Korrektur" des Gesundheitsbegriffes

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiert Gesundheit nicht nur als Freisein von Krankheit und Gebrechen, sondern als Zustand des vollkommenen körperlichen, psychischen und sozialen Wohlbefindens. "Wohlbefinden", soweit überhaupt vorhanden, hat in der kapitalistischen Gesellschaft in der Plusmacherei für das Kapital zu enden. Entsprechend definiert Ministerin Süßmuth: "Gesundheit ist auch die aus der Einheit von subjektivem Wohlbefinden, objektiver Belastbarkeit erwachsende körperliche und seelische, individuelle und soziale Leistungsfähigkeit des Menschen." Das Aufsaugen dieser Leistungsfähigkeit des Arbeiters durch das Kapital mache nicht krank, sondern ändere nur seinen Gesundheitszustand: "Gesundheit ist demgemäß auch das, was ein Mensch je nach Lebensalter, Schicksal, Lebensführung und leib-seelischer Konstitution zum jeweiligen Zeitpunkt an verbliebenen körperlichen und psychischen Fähigkeiten zu einer positiven Lebensentfaltung besitzt." Nach diesem "umfassenden Verständnis von Gesundheit" (Süßmuth) ist der wegen Berufsunfähigkeit verrentete Arbeiter für gesund zu erklären, fähig, sein Leben positiv zu entfalten, z.B. in Teilzeitarbeit als Aufseher in einer Spielhalle.

Im Schlußbeitrag wird als Ergebnis des CDU-Kongresses festgeschrieben, daß "der Gesundheitsbegriff der Weltgesundheitsorganisation keinen nützlichen Beitrag zu diesem Thema" bringe. Bereits Anfang September, auf der 38. Therapiewoche, wurde Gesundheit definiert als die "Kraft, mit Störungen, die einen gewissen Grad nicht überschreiten, zu leben". Welchen Grad diese "Störungen" nicht überschreiten dürfen, wird dann ganz von der Stellung des Einzelnen im Produktionsprozeß abhängen.

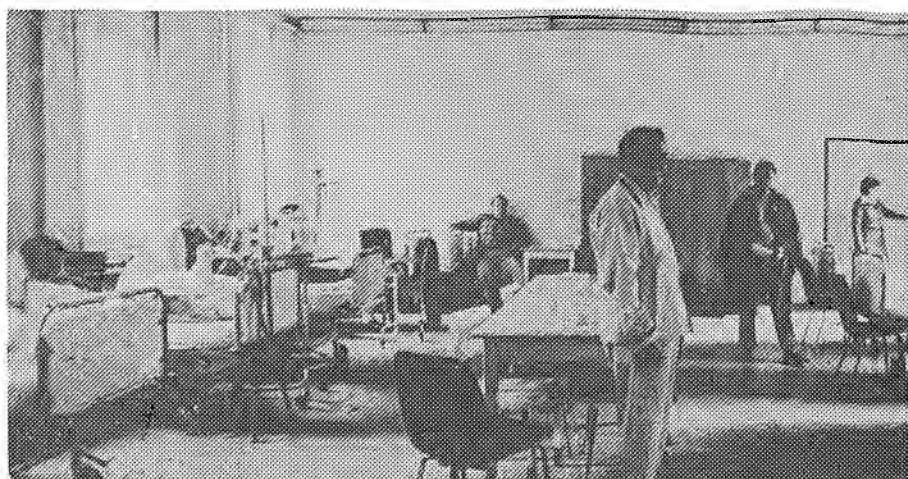
Maßlosigkeit als Krankheitsursache

Um der lohnabhängigen Bevölkerung zuzumuten, mit "Störungen" das Leben zu fristen, weist die CDU den Lohnabhängigen selber die Schuld an diesen Störungen zu und preist die Zustände in den kapitalistischen Fabriken und Betrieben geradezu als gesundheitsfördernd. Der Heidelberger Professor Dr.Dr.med. Hans Schäfer hetzt: "Ich beginne mit der Feststellung, daß es dem Gesundheitsstatistiker schwerfällt, an den Krankheits- und Sterbedaten unserer Industriebevölkerung einen nennenswerten Einfluß dieser industriellen Gefahren festzustellen ... Ich meine jedoch auch, daß nicht alle Gefahren am Menschen spurlos vorübergehen ... Verglichen aber mit der Zahl der Todesfälle, welche wir den Maßlosigkeiten unseres Konsums verdanken, sind

schränkungen bei den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung.

Umerziehung statt Prävention

Sind Krankheiten so zum Ergebnis unsoliden Lebenswandels umgedichtet, hat die präventive Medizin – die im Mittelpunkt des CDU-Kongresses 'Gesund leben' stand – den Menschen umzuerziehen. Die Krankenversicherungen sollen nicht etwa das Recht bekommen, Krankheitsverhütungsvorschriften (in Anlehnung der Unfallverhütungsvorschriften der Unfallversicherung) gegenüber kapitalistischen Unternehmen durchzusetzen, um gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen zu beseitigen, sondern sie sollen durch Aufklärungskampagnen zu "gesundheitsbewußtem Verhalten" anhalten. Statt an den Schulen sanitäre Einrichtungen durchzusetzen, die das Zähneputzen nach dem Pausenbrot ermöglichen, sollen Schulkinder von den Krankenkassen zu Schuldigen gemacht werden, wenn sie auch einmal Süßigkeiten essen. Statt mörderische Schichtpläne zu untersagen, sollen die Krankenkassen dafür wer-



CDU: Wer krank wird, hat nicht "gesundheitsbewußt" gelebt. Als somit Schuldiger hat er keine Ansprüche an die Ausstattung der Gesundheitseinrichtungen zu stellen.

diese technischen Gefahren erstaunlich klein." Wohlgemerkt, der Professor spricht nicht vom maßlosen Konsum der Arbeitskraft durch die Kapitalisten, von Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit, von Überstunden und ständig steigender Intensität der Arbeit, von langen nervenaufreibenden Anfahrtswegen zur Arbeitsstelle. In den Augen dieses Professors ist die Arbeiterbevölkerung ein undisziplinierter Haufen von Hektikern, Rauchern, Säufern und unverantwortlichen Autofahrern. Ist es deshalb nicht verfehlt, wenn die Kapitalisten für diese "selbstgestrickten Gefahren" (Schäfer) in Form der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall aufkommen müssen? Dem Angriff auf die Lohnfortzahlung soll das Geifern des Professors den Weg bereiten, genauso weiteren Ein-

ben, daß die Arbeiter ein innerlich positives Verhältnis dazu finden, denn – so der Prof. Schäfer: "Ein Volk freilich, das keine Gemeinschaftsaufgaben mehr kennt, für deren Bewältigung sich zu leben lohnt, wird wohl nur noch den Bauch als den Lieferanten von Freude finden." Wer trotz dieser Art von präventiver Medizin krank wird, hat sich von vornherein eines nicht gesundheitsbewußten Verhaltens schuldig gemacht und tritt den Gesundheitseinrichtungen als Schuldiger gegenüber, der im Krankenhaus genausowenig Ansprüche anzumelden hat wie ein Gefangener im Gefängnis.

Quellenhinweis: Gesundheitspolitischer Kongreß der CDU, 10.09.86 in Bonn – unkorrigierte Redemanuskripte – (kar)

Heiner Geißler: Grundgedanken der Gesundheitspolitik der CDU

Die Gesellschaft erhält gesund – Krankheiten sind selbst verschuldet

Die Verantwortung des einzelnen und des Staates gehören zusammen. Man darf die Sorge für die Gesundheit nicht ausschließlich und allein der Gesellschaft zuschieben. Wir wollen gesundheitliche Gefahren nicht verarmlosen. Aber wenn man in manche Publikationen hineinsieht, einschließlich mancher Sendungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, dann gewinnt man den Eindruck, daß die Mehrheit des deutschen Volkes kurz vor dem Tode steht oder zumindest vor dem raschen Siechtum. In Wirklichkeit hat sich die Situation in den letzten Jahren nicht zum Negativen verändert...

Ganz sicher gibt es gesellschafts- und umweltbedingte Krankheitsursachen, aber das eine wollen wir doch festhalten: Zunächst ist auch jeder für seine Gesundheit selbst verantwortlich. Der Staat kann nicht jedem einzelnen seine Gesundheit garantieren. Jeder weiß, daß Rauschen, übermäßiger Alkoholkonsum und Bewegungsman gel die Ursachen vieler Krankheiten sind...

Wir müssen beides zusammen sehen: die gesellschaftspolitische Verantwortung, die Verantwortung des Staates und auf der anderen Seite die Verantwortung des einzelnen. Der Staat hat z.B. die Aufgabe, über die Ursachen vieler Krankheiten aufzuklären, entscheiden muß aber letztendlich jeder selber, wie er lebt. Der Kampf für die Gesundheit und gegen die Krankheit ist nicht zu gewinnen, wenn der einzelne seine persönliche Verantwortung auf den Staat abschiebt. Das ist grün-rote Gesundheitspolitik: Sozialdemokraten und Grüne ideologisieren die Krankheit des einzelnen zur Krankheit der Gesellschaft.

... wir bagatellisieren nicht die Gefährdungen, die durch die moderne Technik, durch die Wissenschaft und auch die moderne Chemie für den Menschen entstanden sind. Aber verantwortliche Politik heißt auch hier, die Dinge vom Kopf wieder auf die Füße zu stellen...

Natürlich dürfen wir den medizinisch-technischen Fortschritt nicht anbeten. Er muß im Dienst des Menschen bleiben. Nicht alles, was technisch möglich und ökonomisch vorteilhaft ist, ist unter menschlichen Gesichtspunkten wünschenswert oder ethisch vertretbar. Nicht alles dem Menschen Mögliche ist das dem Menschen Gemäße. Deswegen brauchen wir eine ethische Untermauerung auch des medizinisch-technischen Fortschrittes. Ich möchte hier drei Prinzipien nennen, an denen man sich vernünftigerweise orientieren sollte. 1. die Wahrung der Würde des Menschen, 2. die Verantwortung für die Natur und 3. die Verantwortung für die künftigen Generationen...

Kostensenkung durch Privatisierung und die Freiheitlichkeit der CDU

Ich habe vorhin davon gesprochen, daß die ärztliche Versorgung eine öffentliche Aufgabe ist, daß wir aber der Meinung sind, daß diese öffentliche Aufgabe besser durch Private erfüllt wird, die diese Aufgabe allerdings nicht zu ihrer Privatangelegenheit machen dürfen. Deswegen gehört zu unserer Position, zur Position der Christlich Demokratischen Union in der Gesundheitspolitik ein freiheitliches Gesundheitswesen. Das bedeutet, freie Wahl des Arztes und eine Vielfalt von privaten, öffentlichen und gemeinnützigen Trägern und Einrichtungen im Krankenhausbereich. Der Vergleich mit anderen Ländern beweist, ein freiheitliches Gesundheitswesen ist menschlicher und kostengünstiger als ein bürokratisiertes und verstaatlichtes Gesundheitswesen.

Allerdings müssen wir Sorge dafür tragen, daß dieses freiheitliche Gesundheitswesen finanziert bleibt, und

dies ist die Verantwortung aller. Dies betrifft nicht nur die Patienten, sondern betrifft alle, die im Gesundheitswesen tätig sind. Wenn die Finanzierbarkeit des freiheitlichen Gesundheitswesens nicht mehr gewährleistet sein sollte, dann wird diese Entwicklung denen in die Hände arbeiten, die dieses freiheitliche Gesundheitswesen ersetzen wollen. Deswegen wird in der kommenden Legislaturperiode die Frage der Kosten im Gesundheitswesen eine große Rolle spielen...

Spaltung in Kranke und Beitragszahler

Die Finanzierung ist die eine Seite, aber die Ziele der Gesundheitspolitik sind genauso wichtig. Von der richtigen Formulierung dieser Ziele hängt ab, was wir bereit sind, in unserem Volk für die Gesundheit an finanziellen Mitteln aufzubringen. Wir haben heute ein Volumen von 110 Milliarden Mark, das der Gesetzlichen Krankenversicherung zur Verfügung steht. Im Grunde genommen müßte diese große Summe ausreichen, um die Versichertengemeinschaft auf der Höhe des medizinischen Fortschritts gesundheitlich zu versorgen. Eine Krankenversicherung kann nicht alles leisten, was gesundheitlich erwünscht ist. Mit Beiträgen von Pflichtversicherten kann nur finanziert werden, was eben dem allgemeinen Standard entspricht. Diese Frage ist auch eine ethische Frage. Die Krankenversicherung ist einmal entstanden aus dem moralischen Grundgedanken, alle für den einen, der krank geworden ist und der sich selber nicht helfen kann. In dem Moment, wo dieser solidarische Grundgedanke ersetzt wird durch die Zahlung eines Beitrages an eine anonyme Kasse, wobei dann der Beitrag gar nicht vom Versicherten, sondern zusammen mit der Steuer an diese anonyme Kasse abgeführt wird, entzieht sich sozusagen der eigene Beitrag zur Finanzierung der eigenen Gesundheit dem unmittelbar erfahrbaren Verantwortungsbereich des einzelnen.

Die Transparenz, aber auch die Kausalität zwischen der Beitragsleistung und dem, was die Gesundheit kostet, muß wieder hergestellt werden. Ich sage genauso deutlich und klar, wer sich krank meldet, obwohl er gar nicht krank ist, betrügt die Versichertengemeinschaft, und wer einen anderen krank schreibt, obwohl der Betreffende gar nicht krank ist, beteiligt sich an der Ausbeutung der Versichertengemeinschaft...

Subsidiarität: Helft euch selbst, so hilft euch Gott

Wir werden mit den herkömmlichen Methoden in der Gesundheitspolitik nicht auskommen, die bisherigen Strategien stoßen an ihre Grenzen. Nicht immer kann die Versicherung helfen, und deswegen heißt das Stichwort für eine zukunftssichere Politik "aktive Subsidiarität": Subsidiarität ist ein großartiger Entwurf, besonders auch für die Gesundheitspolitik, um auf eine technisch orientierte Gesellschaft mit ihren Problemen eine menschenwürdige Antwort zu geben. Eine gute Sozial- und Gesundheitspolitik kann sich nicht allein dadurch auszeichnen, daß sie die staatliche Wohlfahrt- und Daseinsvorsorge ständig steigert. Es besteht nicht immer ein Handlungsbedarf des Staates, wo manche glauben, einen begründen zu müssen. Das Prinzip der Eigenverantwortung, der Mitverantwortung muß heute unser institutionalisiertes soziales Sicherungssystem, auch in der Gesundheitspolitik, ergänzen. Für die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips gibt es eine Fülle von Feldern. Ich nenne hier noch einmal unsere großen caritativen diakonischen Organisationen, aber auch die Existenz von Selbsthilfegruppen, von alternativen Gruppen, scheint mir eine gute Möglichkeit zu sein, um hier subsidiär voranzukommen. Dies gilt auch für den Zusammenschluß von Menschen, die eine bestimmte Krankheit haben, Menschen, die sich gegenseitig helfen, ohne daß sie gleich nach dem Staate rufen.

Philippinen

CPP: Nationale Einheitsfront ebenso nötig für den Sieg wie der bewaffnete Kampf

Als im Februar 1986 das Marcos-Regime auf Verlangen und mit Überwachung durch den US-Imperialismus Präsidentschaftswahlen durchführte, die nach den US-Planungen die Marcos-Nachfolge vorbereiten und die tiefen Widersprüche im Lager der besitzenden Klassen der Philippinen kitten sollten, machte die Volksbewegung nicht nur die US-Planungen zur Makulatur, sondern traf auch die revolutionäre Linke unvorbereitet. Die Kommunistische Partei der Philippinen CPP, die Einheitsfrontorganisation NDF und zahlreiche andere fortschrittliche Organisationen hatten wie schon bei den Wahlen zum Scheinpaparlt 1985 zum Wahlboykott aufgerufen und den Boykott u.a. damit begründet, daß die Präsidentschaftswahlen nichts als ein Manöver der USA und der Marcos-Diktatur seien, und daß die Opposition gegen die Diktatur keine Chance habe, das Manöver zu zerschlagen. Außerdem seien die programmatischen Positionen der Präsidentschaftskandidatin Corazon Aquino zunehmend von Anpassung an die Interessen der USA und der herrschenden Klassen der Philippinen gekennzeichnet.

Die CPP und die um sie gruppierten Kräfte der revolutionären Linken hatten bei dem erneuten Boykottaufruf offenbar folgende Faktoren nicht berücksichtigt: Erstens hatten die zahlenmäßig vor allem in Manila konzentrierten Mittelschichten, die spätestens seit der Ermordung Benigno Aquinos 1983 durch das Marcos-Militär zum offenen Widerstand gegen das Marcos-Regime übergingen, mit der Kandidatur Frau Aquinos, die jenseits der in Cliques zersplitterten alten Oppositionsparteien stand und deren Programm die Ablösung der herrschenden Kompradoren, aber nicht Revolution versprach, einen Fixpunkt gewonnen, der die Konzentration der Kräfte erlaubte. Seit 1983 hatten z.B. die Angestellten des Finanzdistrikts Makati in Manila immer wieder für den Sturz der Diktatur unter gelben Fahnen und Transparenten, heute Symbol der Aquino-Anhänger, demonstriert.

Zweitens waren vor allem aufgrund der Zerrüttung der philippinischen Ökonomie mit den entsprechenden Folgen auch für Teile der besitzenden Klassen die Widersprüche unter den Besitzenden so schroff geworden, daß viele von ihnen die sofortige Ablösung von Marcos verlangten. Diese Widersprüche wirkten auch in der Armee, in der sich ein Teil des Offizierskorps schon Anfang 1985 von Marcos distanziert hatte, sowie in der katholischen

Kirchenhierarchie, die unter Marcos keine Chance für die "nationale Versöhnung" mehr sah. Die Kirchenhierarchie schließlich war es, die die Massendemonstrationen, die die Wahlen begleiteten, zunehmend offen unterstützte, ihre Medien die Parole "Corazon Aquino ist Präsidentin" verbreiten ließ und schließlich die offene Distanzierung der Armeechefs Enrile und Ramos von Marcos nutzte, auf einen Zusammenschluß der Kräfte um Aquino und Enrile/Ramos hinzuwirken.

Im Verlauf der Präsidentschaftswahlen hatten viele Kräfte aus dem Umfeld von CPP, NDF und NPA trotz des Boykottaufrufs die Kampagne der Opposition unterstützt. Bürgerliche Beobachter sahen das schon als Zeichen der zunehmenden Isolierung und Spaltung des revolutionären Lagers. Nach der Installation der Aquino-Regierung wurden immer wieder Berichte von Desertionen von NPA-Kämpfern lanciert. Inzwischen, sieben Monate nach dem Marcos-Sturz, ist von einer Schwächung der Position der revolutionären Linken keine Rede mehr.

Wählen zu relativ wenig Resonanz in den Landgebieten geführt; die Demonstrationen, Messen, Prozessionen etc. gegen Marcos und für Aquino hatten sich fast ausschließlich auf die Hauptstadt beschränkt.

In den Landgebieten konnte die NPA ihre Positionen halten, obwohl die Armee verstärkt in die NPA-Gebiete eindrang. Zudem hat der Aufschwung der Volksbewegung auf dem Lande dazu geführt, daß die armen Bauern und Tagelöhner in zahlreichen Gebieten zur Besetzung der Latifundien und anschließender Landverteilung übergehen. Denn die Aquino-Regierung hat, wie auch die Bischofskonferenz kritisierte, bislang keine Schritte in Richtung Landreform unternommen; sogar die Privatarme der Großgrundbesitzer blieben als Hilfstruppen der Armee intakt.

CPP und die verbündeten Organisationen haben zudem in den letzten Monaten ihre Basis in der städtischen Arbeiterbevölkerung weiter verstärkt: Die in der NDF mitarbeitende Gewerkschaft "Bewegung 1. Mai" hat zahlreiche Streiks für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen organisiert. Die große Streikbewegung hat die Position des gelben Verbandes TUC erschüttert, der u.a. vom CIA und vom US-Gewerkschaftsbund AFL/CIO unterstützt wird.

CPP, NDF und NPA konnten aber



Demonstration gegen den Besuch von US-Verteidigungsminister Weinberger in Manila. Weinberger bekräftigte den US-Anspruch auf die Militärbasen über 1991 hinaus und initiierte mit der philippinischen Armeeführung ein neues Programm zur Guerillabekämpfung.

Der wichtigste Grund ist sicherlich die feste Basis von CPP und NPA in den philippinischen Landgebieten, in denen 65 % der Bevölkerung leben. Die Strategie von CPP und NPA, die philippinische Revolution von den Landgebieten her als Bauernrevolution zu entwickeln, war nicht nur ausschlaggebend für die bisherigen Erfolge, sondern garantierte auch die Stabilität der revolutionären Kräfte trotz der taktischen Fehler bei den Februarwahlen. Im übrigen hatten die

ihre Basis auf dem Lande nur konsolidieren und die Kämpfe der Arbeiterbewegung entwickeln, indem sie gleichzeitig eine wirksame Einheitsfrontpolitik gegenüber liberalen, demokratischen und kirchlichen Kräften und Gruppen in den Städten entwickelten und dabei auch ihre Haltung zur Aquino-Regierung änderten. Ihre jetzige Politik, die Regierung mit den dringendsten Forderungen der nationaldemokratischen Revolution zu konfrontieren und dafür auch die Waf-

"Aufgabe: Konsolidierung der nationalen Einheitsfront"

"Der grundlegende Widerspruch in der halbkolonialen und halbfeudalen philippinischen Gesellschaft drängt auf seine endgültige Lösung. Die wesentlichen politischen Kräfte bereiten sich auf große Auseinandersetzungen vor. Die Volksmassen haben ein hohes Niveau politischer Vorbereitung und Aktivität. Andererseits werden die Risse in den Reihen der reaktionären herrschenden Klassen ständig größer, und die extreme Rechte will die Führung und erneut eine faschistische Herrschaft.

Der Sturz der faschistischen Marcos-Diktatur und die Installation der Aquino-Regierung im letzten Februar lösten nicht die Widersprüche in den herrschenden Klassen, die jetzt gespalten und geschwächt und deswegen unfähig sind, die Ereignisse völlig nach ihren Wünschen zu lenken. Die Ereignisse vom Februar änderten aber auch nicht die Natur oder minderten auch nur die Schärfe des grundlegenden Widerspruchs in der philippinischen Gesellschaft, zwischen dem US-Imperialismus und den lokalen reaktionären Klassen einerseits und der breiten Masse der Bevölkerung andererseits.

An vorderster Front im reaktionären Lager, das die faschistische Herrschaft wiederherstellen und die imperialistische Beherrschung weiter ausdehnen will, sind die US-Imperialisten selbst, der faschistische Block um Enrile, Ramos und die AFP (die phil. Armee, d. Red.), die Marcos-Anhänger und KBL-Warlords (die KBL ist die Marcos-Partei, d. Red.), die Vertreter des Imperialismus innerhalb und außerhalb der Regierung sowie die Klerikalfaschisten, die die extreme Rechte in der katholischen Kirche repräsentieren. Auch die Regierungskoalition ist aufgrund ihres Charakters und ihrer Zusammensetzung ein Schlangenbitt von Widersprüchen. Im wesentlichen reaktionär zusammengesetzt, gibt es aber doch ein paar liberale Demokraten. Die Regierung hat daher eine reaktionäre und faschistische und ebenso eine demokratische Seite. Als die Aquino-Regierung im Februar ihr Amt antrat, setzte sie einen Demokratisierungsprozeß in Gang und ging zur US-Regierung etwas auf Distanz. Seitdem geht die Demokratisierung jedoch immer langsamer, und die Regierung paßt sich zunehmend dem US-Imperialismus an. Der US-Imperialismus will seine Kontrolle über die Regierung Aquino verstärken und nutzt dazu deren dringenden Bedarf an Auslandshilfe für die wirtschaftliche Erholung. Durch die Vertreter des Imperialismus in- und außerhalb der

Regierung drängt er die Aquino-Regierung, die Militäroperationen gegen die NPA zu forcieren und die US-Militärbasen über 1991 hinaus (1991 laufen die Verträge darüber ab, d. Red.) zu garantieren. Der US-Imperialismus hält sich die Optionen Militärputsch oder direkte militärische Intervention offen, sollte sich die Aquino-Regierung nicht stabilisieren und nicht nach den imperialistischen Vorgaben operieren.

Die katholische Kirchenhierarchie, insbesondere die Bischofskonferenz, hat ihren moralischen und politischen Einfluß auf die Regierung und die Bevölkerung vergrößert durch ihre Rolle beim Sturz des Marcos-Regimes. Ihr bestimmender Teil ist konterrevolutionär. Doch aufgrund der ständigen Konfrontation vieler Bischöfe mit den Problemen und Kämpfen der Massen entwickelt sich in der Bischofskonferenz ein Standpunkt, der die Massen unterstützt.

Präsidentin Aquino hat eine liberale Tendenz, insbesondere eine antifaschistische Haltung aufgrund der Verfolgung ihrer Familie durch das Marcos-Regime und aufgrund ihrer direkten Teilnahme in den antifaschistischen Kämpfen. Durch ihre Klassenherkunft tendiert sie zu den Großgrundbesitzern und Kompradorenbourgeois. Als Chefin einer Koalitionsregierung... hat sie einen Balanceakt zwischen den Liberalen und Ultrareaktionären in der Regierung versucht. Doch während ihre antifaschistische Haltung beim Sturz des Marcos-Regimes half, reicht das nicht für die jetzigen Erfordernisse, die fundamentalen Probleme des Landes anzupacken... Sie hat der Enrile-Ramos-Clique freie Hand über die Armee und bei der Initiierung von Anti-Guerilla-Operationen gelassen und scheint Hintergedanken über die Bestrafung faschistischer Krimineller aus der Armee zu haben...

Unsere Partei verpaßte viele exzellente Chancen aufgrund ihres Wahlboykotts bei den Februar-Wahlen. Doch die Partei, die Volksarmee und unsere Massenorganisationen und Bündnisse sind intakt und landesweit aktiv. Unser Vorteil gegenüber den anderen Kräften, die um die Führung der Volksbewegung kämpfen, ist der, daß wir ein umfassendes Programm haben, das den nationalen und demokratischen Interessen des Volkes entspricht... Es hilft uns auch, daß wir nicht an die Regierung gebunden, sondern unabhängig sind. Doch wir müssen uns viel mehr anstrengen, um landesweit die nationaldemokratische Führung in der Volksbewegung wiederherzustellen." (aus: Ang Bayan, Juli 1986)



Verteidigungsminister Enrile mit einem der Marcos-treuen Putschgeneräle. Enrile soll den Putschversuch gedeckt und genutzt haben, um seine Rolle als starker Mann der Regierung zu festigen.

feststellstandsverhandlungen zu nutzen, jede fortschrittliche Regung der Regierung zu fördern und gleichzeitig die proimperialistischen und faschistischen Kräfte um Enrile/Ramos politisch anzugreifen und deren militärischen Provokationen abzuwehren, stößt auf große Zustimmung.

Quellenhinweis: Ang Bayan, Zeitschrift der CPP, div. Ausgaben; Far Eastern Ec. Review, div. Ausgaben; Liberation, Zeitschrift der NDF, div. Ausgaben – (wom)

Frankreich

Polizeiterror und verschärfte Kriegshetze

In den letzten zwei Wochen wurden in Paris sechs Bombenattentate verübt, bei denen es Tote und Verletzte in der Bevölkerung gab. Im selben Zeitraum richteten sich im Libanon Anschläge gegen Vertreter des französischen Staates, wie den Militärattaché und FINUL-Soldaten (Force d'intervention des Nations Unies au Liban – UN-Truppe). Der Regierung ist es gelungen, aufgrund dieser Attentate voranzukommen bei der Schaffung eines nationalen Konsenses über den Ausbau des Polizeiterrors.

Dabei wurden zunächst Maßnahmen erweitert, die Innenminister Pasqua schon im Juli verfügt hatte, betreffend vor allem die Kontrolle und Abschiebung von ausländischen Arbeitern. Daraus resultieren ständige Identitätskontrollen und die schnelle Abschiebung von Ausländern, in der letzten Woche vor allem Libanesen. In Paris ist die Durchsuchung von Passanten durch die Polizei an der Tagesordnung; vor den großen Kaufhäusern kontrollieren private Wachen; an den Grenzübergängen, Bahnhöfen und Flughäfen üben Soldaten Polizeigewalt aus. Die Steckbrieffahndung, die

von der BRD seit langem von Frankreich im Rahmen der Fahndung nach RAF-Mitgliedern gefordert wurde, wurde erstmals seit dem zweiten Weltkrieg – damals richtete sich die Steckbrieffahndung gegen französische Widerstandskämpfer – wieder eingeführt. Die Frist der vorläufigen Festnahme bei "Verdacht auf Terrorismus" wurde auf vier Tage verlängert. Das Erziehungsministerium hat Sicherheitsbestimmungen für die Schulen verfügt (Überwachung der Eingänge, keine großen Schüleransammlungen, ständiger Kontakt der Schuldirektoren mit der Polizei). Weitere Regierungsmaßnahmen sind Vissumspflicht für alle Bürger aus Staaten außer EG und Schweiz sowie das Verbot von Demonstrationen und Kundgebungen. Eine Demonstration der französischen Faschisten unter Le Pen wurde dennoch nicht behindert. Der ehemalige Innenminister Poniatowski forderte die Wiedereinführung der Todesstrafe für "Terroristen und Polizistenmörder". Über all diese Maßnahmen hinaus geht offensichtlich ein geheimgehaltener "Antiterroplan". Der "Figaro" spricht offen die Kriegshetze aus, die sich vor allem gegen Syrien richtet: "Frankreich erklärt sich offen bereit, künftig auf die Gewalt mit Kriegshandlungen zu antworten." Die Regierung erhält Unterstützung von allen Parteien bis hin zur KPF. Weder letztere noch die Trotzkisten, die sich in einer Erklärung von Gewaltanschlägen abgrenzen, greifen die Bürgerkriegsmanöver der Regierung an.

Quellenhinweis: verschied. Ausg. v. Le Monde, Humanité, Lutte Ouvrière, Figaro, H.A.Z. – (sur)

Österreich

Neuwahlen: Auf jeden Fall weiter nach rechts

"Mit an Volksbegehren zur Entstaatlichung meint der Haider hoffentlich net, daß der Staat Österreich wo angegliedert werden soll", heißt es treffend in der Glosse des Wiener "Kurier" vom 27.9.86. Jörg Haider, seit 14 Tagen Parteivorsitzender der deutsch-nationalen FPÖ, hatte tags zuvor vorgeschlagen, ein "Entstaatlichungs-Volksbegehren" in die Wege zu leiten. Mit den zuständigen Parteigremien müßte noch geklärt werden, ob dies noch während oder erst nach der Wahlkampfbewegung angebracht sei.

Haider ist der Stein, der die vorgezogenen Neuwahlen ausgelöst hat. Mitte September hatte die FPÖ ihn auf ihrem Parteitag in Innsbruck anstelle des bisherigen Vizekanzlers Steger zum Parteivorsitzenden gewählt. Der 36jährige – bisher Kärntner Landeshauptmann der FPÖ – hat sich schon seit Kindesbeinen seine

Spuren als gestandener Deutschnationalist verdient. Auf einem Turnerfest 1966 gewann er einen Rednerwettbewerb unter dem Thema: "Sind wir Österreicher Deutsche?" Er bejahte dies aus vollem Herzen und hielt für die "vornehmsten Aufgaben des nationalen Lagers die Abwehr aller Bestrebungen, die auf eine Loslösung Österreichs vom Deutschtum gerichtet sind". Haider betonte später, die FPÖ wäre Österreichs größte Partei, "wenn wir die Nachfolgeorganisation der NSDAP wären".

Nun, in gewisser Weise ist sie es. Die FPÖ wurde von alten Nazis gegründet, sie sind auch weiter in Amt und Würden. Der bisherige Vizekanzler Steger hat nicht viel geredet, er hat gehandelt, als er z.B. den in Italien als Kriegsverbrecher verurteilten SS-Obersturmbannführer Reder feierlich in Österreich empfing. Haider redet viel von deutschnationalen Interessen, das ist der SPÖ zu plump.

Unmittelbar nach der Wahl Haiders zum Parteivorsitzenden der FPÖ hat der seit drei Monaten amtierende Bundeskanzler Vranitzky seitens der SPÖ die Koalition mit der FPÖ aufgekündigt. Neuwahlen sind für den 23. 11. anberaumt. Mittlerweile läßt die SPÖ keinen Zweifel daran, daß sie entschlossen ist, mit der bisher verachteten Bruderpartei der CDU, der Österreichischen Volkspartei (ÖVP), eine große Koalition einzugehen. Die ÖVP hat schon lange vorgezogene Neuwahlen angestrebt.

Sie zieht mit der Forderung nach einer "grundlegenden Steuerreform" in den Wahlkampf. Dadurch sollen, so die Industriellenvereinigung, vor allem Anreize für Investitionstätigkeiten ausländischer Unternehmen geschaffen werden. Österreich müsse ein Niedrigsteuerland werden. Die SPÖ hat in dieser Angelegenheit "Konsensbereitschaft" bekundet, unabhängig vom Ausgang der Wahl.

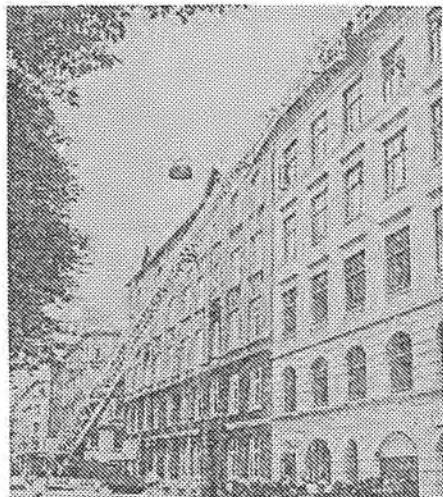
Was die "Entstaatlichung" betrifft, sieht es die SPÖ auch nicht so eng. Arbeiterkammerpräsident Czettel erklärte u.a.: "Dort, wo eine Beteiligung einer privaten Firma an einem staatlichen Unternehmen aus Gründen der Markterweiterung sinnvoll erscheint, kann man sicherlich Ausnahmen machen." Als Beispiel nannte er die laufenden Aufkauf-Verhandlungen der westdeutschen AEG mit der verstaatlichten ELIN AG. Der größte verstaatlichte Betrieb, die VOEST AG, hat angekündigt, bis 1990 10000 Leute unter den gegebenen Umständen entlassen zu müssen. Vielleicht bietet sich auch hier eine rettende deutsche Hand? Es trifft einen sehr unangenehm, wenn der VOEST-Betriebsrat schon jetzt erklärt, für eine kostenneutrale Arbeitszeitverkürzung und Aussetzung der laufenden Lohnverhandlungen einzutreten.

Quellenhinweis: Die Presse, Kurier, profil, div. Ausgaben – (rua)

Dänemark

Asylrecht soll verschärft werden

Im Bereich des Asylrechts werfen sich die Bundesregierung und die dänische Regierung gegenseitig die Bälle zu, um zu einer gemeinsamen Verschärfung zu gelangen. Anfang September verstärkte Dänemark die Kontrollen an den Grenzen gegenüber Asylsuchenden. Konkret sieht es so aus: In einem Kurzverfahren wird geprüft, ob der Einreisende bereits in einem anderen Land, besonders der BRD, schon einen Asylantrag gestellt hat. Falls dies der Fall ist, wird dieser Mensch wieder zurückgeschickt. Keinesfalls bedeutet dies bereits eine generelle



Protestaktion eines Asylbewerbers auf einem Hoteldach

Schließung der Grenze. In der dänischen Presse wurde von der zunehmenden Praxis der BRD berichtet, Asylsuchende unter der Bedingung die Durchreise zu erlauben, daß sie unterschreiben, daß sie in Dänemark Asyl suchen wollen. Ist dies die Taktik der BRD, Dänemark zu einer Reaktion zu zwingen?

Über die generelle Schließung der dänischen Grenze wird zur Zeit laut nachgedacht. Am 10.09. wurde berichtet, die Regierung beabsichtige, die Politik gegenüber Einwanderern gänzlich zu ändern. Dänemark könne die Völkerwanderung nicht länger hinnehmen. Eine Änderung des Ausländergesetzes müsse erwogen werden. Die Spontanflüchtlinge müßten gestoppt werden, in den dänischen Botschaften im Ausland könnten weiterhin Einreiseanträge gestellt werden.

Die Zahl der Asylsuchenden stieg innerhalb weniger Wochen um 30% an. Täglich kommen ca. 100 Asylsuchende. Bisher kamen 1986 5600, das sind 1000 mehr als im letzten Jahr um die gleiche Zeit. 1985 waren es insgesamt 8698 Asylsuchende. Die Regierung meint, es würden 1986 25000 werden,

steige die Zahl weiter wie bisher.

Wieweit die Minderheitsregierung eine Mehrheit für ihre Pläne finden wird, muß sich zeigen. Die Radikalen sprechen sich gegen eine Änderung des Ausländergesetzes aus. Die Sozialdemokraten sind gegen einen Einwanderungsstopp, wohl aber für eine Begrenzung auf 5000 Asylbewilligungen im Jahr. Außerdem solle Dänemark sich energisch für internationale Regelungen einsetzen. Unter dieser letzten Forderung kann sich alles mögliche Reaktionäre verbergen. Die Antwort kam prompt aus der BRD. Schließung der dänischen Grenzen sei unzumutbar, nur ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Länder könne eine tragbare Lösung bieten, insbesondere müsse gemeinsam auf die DDR eingewirkt werden, damit der Flüchtlingsstrom von dort gestoppt würde. Weiter kam die Mitteilung, daß ausdrücklich auf die Verschärfung Dänemarks hin (die ja noch nicht erfolgt ist) auch die BRD verschärfen müsse. Die Vertreter des dänischen Roten Kreuzes, das hauptsächlich die Betreuung der Asylbewerber übernommen hat, sind auch schon dafür, daß die Asylbewerber in ihren Heimatländern in der dänischen Botschaft ihre Asylanträge stellen sollen. Positiv ist, wie z.B. die Zeitung Politiken über Asylbewerber berichtet. Reportagen über Flüchtlingsfamilien nehmen für die Asylbewerber Stellung. Über Folter in der Türkei wird berichtet. Es wird geschildert, welche Schwierigkeiten sie in Dänemark haben. In einem Kommentar der Zeitung heißt es: Der Regierungs-Flüchtlingsstopp müsse verhindert werden. Dänemark solle 10000 Flüchtlinge pro Jahr aufnehmen. Der Staat solle alle Kosten übernehmen, nicht die Kommunen, damit diese nicht in die Lage kämen, wegen finanzieller Probleme Flüchtlinge abzuweisen.

Quellenhinweis: Politiken, Ausg. Juli-Sept. 1986 – (wiw)

El Salvador

Regierung will Befreiungskräfte spalten

Die dritte Verhandlungsrunde im Rahmen der sogenannten Friedensgespräche zwischen der Regierung des Christdemokraten Duarte und den in der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) zusammengeschlossenen Befreiungsorganisationen steht vor dem erneuten Scheitern. Die Regierung erklärte sich nicht bereit, die Vorbedingungen der FMLN nach einer landesweiten Feuerpause und nach einer Entmilitarisierung des Verhandlungsortes zu erfüllen.

1984 scheiterten bereits erste Verhandlungen. Der Christdemokrat Du-

arte kam zuvor mit dem Versprechen an die Regierung, den Bürgerkrieg auf friedlichem Verhandlungswege zu beenden. Das Ziel Duartes war, die Guerrilla innen- und außenpolitisch zu isolieren, um schließlich die reformerischen Teile aus der FMLN herauszuspalten und somit die Bedingungen für die militärische Niederlage der Guerrilla zu schaffen. Gleichzeitig verschärfte die Regierung Duarte den Militär- und Polizeiterror gegen die Befreiungskräfte. Mit Flächenbombardements sollte die Bevölkerung aus den befreiten Gebieten vertrieben und die Guerrilla so geschwächt werden. Der 'Plan mil' – nach US-Strategie in Vietnam – sah den Aufbau von "strategischen Dörfern" am Rande der befreiten Gebiete vor. Mit millionschwerer US-Militärhilfe verstärkte die Duarte-Regierung die Armee um 25 % Soldaten sowie um US-Hubschrauber, Aufklärungsgerät speziell zur Guerrillabekämpfung.

Die Befreiungsorganisationen mußten mit einer Umstrukturierung ihrer bewaffneten Kräfte reagieren. Von der Operation in größeren Verbänden in direkter Auseinandersetzung mit

dem Militär ging die FMLN dazu über, in kleineren Einheiten, mit der Ausnahme von zwei Regionen verteilt über das ganze Land, zu operieren. 1985 konnte die FMLN der Armee mehr als 6000 Verluste, Tote und Verwundete, beibringen, das waren ca. 10 % der Soldaten. Seither greifen die Guerrillaeinheiten immer häufiger die Kriegsökonomie direkt an, Sabotageakte gegen Exportindustrien und das Transportwesen werden unternommen.

Innerhalb der FMLN, die aus fünf Parteien besteht, wurden Anstrengungen unternommen, die stärkere Zusammenarbeit und Vereinheitlichung der politischen und militärischen Aktivitäten voranzutreiben. Das militärische Ziel ist die Bildung einer einheitlichen Front, politisch die einer Gesamtpartei. Fortschritte gibt es bereits im Bereich der gemeinsamen militärischen Ausbildung. Zwei Organisationen haben eine gemeinsame Militärikommandantur eingerichtet.

Quellenhinweis: Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 147; Frankfurter Rundschau v. 22.03.86; Neues Deutschland, versch. Ausg. – (sie)

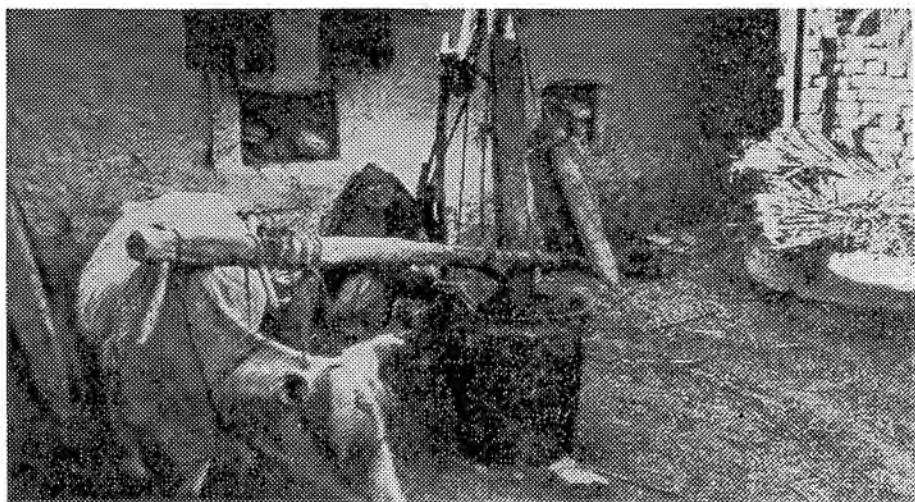
Indien

Terror von Großgrundbesitzern gegen Kämpfe der Landarbeiter

Am 17. April 1986 wurden im Bundesstaat Bihar (Nordwesten Indiens) in der Ortschaft Arwal 23 landlose Arbeiter, Pächter und arme Bauern von der Polizei erschossen, als sie an einer Protestversammlung gegen den Terror der Gutsbesitzer teilnahmen. Zehn Tage zuvor waren zwei führende Mitglieder der Khet Mzdoor Union (KMU), einer Landarbeiterorganisation der Kommunistischen Partei Indiens (CPI) im selben Distrikt er-

mordet worden. Die Gutsbesitzer verfügen über bewaffnete Banden, die unter dem Schutz der staatlichen Polizei mit massivem Terror gegen die seit einigen Jahren wiedererstarke Bewegung auf dem Land vorgeht.

Deren Forderungen sind einfach: Land für die Tagelöhner, Unterstützung für die kleinen Bauern vor allem bei der Erschließung und Bewässerung. Die Probleme, mit denen sich diese Bewegung schlagen muß, sind



Neben den Landarbeitern und den kleinen Pächtern beteiligen sich die Kleinbauern am Kampf gegen die Gutsbesitzer und deren Banden. Sie fordern Land sowie staatliche Unterstützung bei Erschließung und Bewässerung.



Mit großen Demonstrationen in der Hauptstadt Seoul und anderen Städten beantworteten südkoreanische Arbeiter und Studenten die von der Militärdiktatur inszenierte Propagandaschau der Asienspiele und den aus Anlaß der Spiele verhängten Belagerungszustand in den großen Städten. Die offizielle südkoreanische Opposition, die auch von Teilen des US-Kongresses und der US-Administration gefördert wird, hat sich von den Aktionen distanziert. Die Oppositionsparteien haben ihre Forderung nach sofortiger Ablösung der Militärdiktatur faktisch fallengelassen und verhandeln stattdessen über einen Verfassungsentwurf. – (wom)

VR China: Ausländisches Kapital wartet ab

Im ersten Halbjahr 1986 gingen die ausländischen Investitionen in der VR China um 20% gegenüber dem 1. Halbjahr 1985 auf 1,2 Mrd.-\$ zurück. Industrie- und Finanzmonopole aus den USA, Japan und der EG verlangen als Vorbedingung weiterer Investitionen freien Zugang zu den chinesischen Märkten, den Abbau von Devisen- und Kapitalkontrollen und sonstiger "bürokratischer Hemmnisse", noch mehr Steuervergünstigungen sowie eine Revision der Gesetze über ausländische Investitionen. Die Führung der KP Chinas, die den Wirtschaftsboom der letzten Jahre u.a. mit ausländischem Kapital angeheizt hat, hat schon Ein-

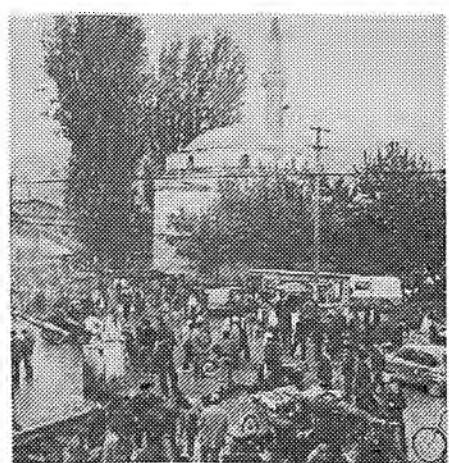
lenken signalisiert: Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen werden überprüft. – (wom)

Peru: Regierung verschärft Anti-Guerillakampf

Ende September forderte Präsident Garcia die Bevölkerung auf, den Kampf "um Leben oder Tod" gegen die Guerilla zu unterstützen, und drohte mit einem noch schärferen Vorgehen gegen den "Terrorismus". Wenige Tage zuvor hatten Polizeieinheiten im Südosten Perus 13 Bauern, Frauen, Männer und Kinder, ermordet. In einer Erklärung hat sich das Wahlbündnis "Vereinigte Linke" deutlich von der Politik der "großbürgerlichen" Regierung Garcia und ihrer "Terrorismusbekämpfung" abgegrenzt. – (sie)

Jugoslawien: Privatbauern gefördert

Die Regierung Jugoslawiens hat im Juli 1986 endgültig beschlossen, die bisherige Beschränkung von zehn ha Grund und maximal fünf Beschäftigten für Privatbauern aufzuheben. Bis-her wurden nicht einmal 10% des Bodens kollektiv bearbeitet. So war dann die bisherige Begrenzung ein Grund für die sehr niedrige Produktivität der Landwirtschaft und die damit verbundene Landflucht. Allerdings ist zu befürchten, daß dies zur Differenzierung der Bauern führt, aber nicht zur Besserung ihrer Lage. Die wird eher noch schlechter, wenn die Pläne des Anschlusses an die EG verwirklicht werden. Mittel zur Maschinisierung



der Landwirtschaft stehen nicht zur Verfügung, und schon jetzt werden – trotz Versorgungsgängen im Land – ca. 30% der landwirtschaftlichen Produktion in EG-Länder exportiert. Das Bild zeigt M. Planinc, Verfechterin des "Reformkurses". – (lsc)

kompliziert und liegen in der tief verwurzelten religiös-sozialen Gesellschaftsstruktur begründet.

Das Kastenwesen bestimmt in Indien weitgehend die Struktur der Gemeinden, Distrikte und auch der Städte. 80% aller Inder leben auf dem Land, und die überwältigende Mehrheit sind Hindus. Diese Religions- und Gesellschaftslehre ist bereits über 2000 Jahre alt. Es gibt ein rassistisches Gesellschaftsbild, das eine exakte Einteilung in gesellschaftliche Gruppen (früher entsprechend der Hautfarbe, durch arabische Eroberer eingeführt) nach einer genauen hierarchischen Struktur festlegt. Bestimmte Berufs- bzw. Personengruppen bilden eine Kaste. Da der Status (z.B. eines Handwerkers) durch Geburt erworben wird und nicht änderbar ist, sind alle Gemeinschaften (Dörfer, Distrikte) entsprechend organisiert. Das hat sicher zu den starren, festgefügten Strukturen beigetragen, die

jetzt auf dem Lande vorherrschend sind. Noch immer spielt die Zugehörigkeit zu einer Kaste im öffentlichen Leben eine entscheidende Rolle. Es herrscht ein Berührungsverbot von oberen mit niedrigen Kasten, den "untouchables" – (Unberührbaren).

In den Kämpfen gegen den englischen Kolonialismus war es von entscheidender Bedeutung, daß Mahatma Gandhi die Masse der Haryanas (Unberührbaren) mobilisieren konnte, da er sich weigerte, die festgelegte Kastenstruktur anzuerkennen. Heute gibt es einen Bundesstaat Haryana, aber auch noch immer die festen Kastenstrukturen. Dabei stellen die "niederen Kasten" 40-50% der Gesamtbevölkerung.

Die Kämpfe gegen den Kolonialismus haben auch dazu geführt, daß Angehörige niedrigerer Kasten in politische Positionen aufsteigen konnten, aber derzeit sind gerade 5% der höheren Staatsbeamten Haryanas und 1%

aus den Reihen der Ureinwohner. Für die Hochschulen gibt es eine Quotenregelung (15% der Studienplätze sollen für die niederen Kasten und Ureinwohner reserviert bleiben). Gerade 7% der Plätze sind belegt. Die schlechte Ausbildung und die frühzeitige Kinderarbeit auf dem Lande verwehren den Zugang. Die Zusammensetzung der Congress(I)-Partei ist ein klassisches Beispiel, wie die Kastenstruktur auch in den politischen Parteien weitergeführt wird, zum Nutzen der oberen Kasten: Sie setzt sich zusammen aus Brahmanen (7% der Bevölkerung) und Unberührbaren (15% der Bevölkerung) mit Unterstützung der Muslim (11%) und eines Großteils der Sikh (2%). Andere Parteien vertreten einseitiger die Interessen bestimmter Schichten. Lediglich die kommunistischen Parteien und Organisationen lehnen eine Orientierung an Kasteninteressen ab.

Der Bundesstaat Bihar ist mit 70

USA: Stahlarbeiter erhalten Arbeitslosengeld

Seit dem 1.8. hat der Stahlkonzern USX 22000 Stahlarbeiter ausgeschlossen, die nach Auslaufen der Tarifverträge zu Konzessionen nicht bereit waren. Die Kapitalisten haben das als Streik erklärt, um zu verhindern, daß Arbeitslosengeld gezahlt wird. Trotzdem erhalten über 19000 Arbeiter Arbeitslosengeld. Der Gewerkschaftsverband AFL-CIO hat eine Solidaritätskampagne eingeleitet und einen Unterstützungsfonds eingerichtet: AFL-CIO Steelworkers Support Committee Defense Fund, 815 16th Street, N.W., Room 807, Washington, DC 20006. — (ger, her)

USA: Indianerführer Peltier bleibt verurteilt

Seit elf Jahren ist Leonard Peltier, ein bekannter Kämpfer für die Rechte der Indianer in den USA, eingekerkert. Angeblich hat er zwei FBI-Agenten in einer Auseinandersetzung auf einem Indianerreservat erschossen. Aufgrund der später widerrufenen Aussage eines Augenzeugen wurde Peltier damals von der kanadischen Regierung an die USA ausgeliefert. Sein Antrag auf ein neues Gerichtsverfahren, der von 55 Mitgliedern des US-Kongresses, 56 Mitgliedern des kanadischen Parlaments, vier Nobelpreisträgern und anderen öffentlichen und kirchlichen Würdenträgern in den USA, Kanada und Europa unterstützt worden war, wurde abgelehnt. Das Berufungsgericht hat allerdings festgestellt, daß die Staatsanwaltschaft wichtige Beweise von der Jury ferngehalten hatte, die eventuell zu einem Freispruch Peltiers hätten führen können — eine Formel, die notwendig ist, um den Weg vor das Oberste Bundesgericht offen zu halten. Damit hat

das Gericht den schwarzen Peter weitergeschoben und dafür gesorgt, daß L. Peltier weiter verurteilt bleibt. Die Chancen, vor dem Obersten Bundesgericht erfolgreich zu sein, sind dünn. — (ger, her)

Israel: Krankenpflegepersonal im Streik

Am 19. September sind die israelischen Krankenschwestern und -pfleger erneut in den Streik getreten, nachdem sie bereits vor einigen Monaten gestreikt hatten. Der Ausstand richtet sich gegen die von der Regierung verfügten Kürzungen für öffent-

liche Ausgaben zugunsten der Rüstungsausgaben und der Schuldenrückzahlungen, gegen die damit verbundenen Lohnkürzungen und Entlassungen. Seit Ende September werden in den Krankenhäusern nur noch Notoperationen durchgeführt. Das Pflegepersonal hat beschlossen, den zunächst auf die Tagesschicht beschränkten Streik auf täglich 16 Stunden auszuweiten, falls das Finanzministerium kein Angebot macht. Um eine Ausweitung der Streiks auf weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes zu verhindern, hat das Finanzministerium jetzt Verhandlungen angeboten. — (sie)



Am 21.9. demonstrierten mehrere hundert Demonstranten gegen die Anwesenheit von 22 NATO-Kriegsschiffen, auf denen sich auch Nuklearwaffen befinden, im Amsterdamer Hafen. Sie forderten die Einhaltung der "atomwaffenfreien Zone", die der Amsterdamer Stadtrat 1982 beschlossen hatte. — (sie)

Millionen Einwohnern der zweitgrößte Bundesstaat Indiens. Die Auseinandersetzungen, die sich hier abspielen, sind deshalb von Bedeutung, weil hier gleichzeitig in großen Teilen die Verhältnisse noch rückständiger sind als in anderen Staaten. Dies betrifft die meisten Staaten des "Hindu-Gürtels" (Rajasthan, Haryana, Uttar Pradesh, Bihar und z.T. Westbengalen).

Nachdem in weiten Teilen Indiens zögerlich mit einem Landverteilungsprogramm begonnen worden war (zwischen 1960 und 1970), begannen in diesen Gebieten Bauern, organisiert von Marxisten-Leninisten, gegen die Grundbesitzer mit Landbesetzungen und bewaffneten Auseinandersetzungen vorzugehen. Diese sogenannte "Naxalitenbewegung" (1967 bis 1972) wurde blutig niedergeschlagen. Erst seit 1980 beginnen die landlosen Massen sich erneut in genossenschaftlichen Organisationen zusammenzutun, die von den Großgrundbesitzern

und den sie unterstützenden Banden erbittert bekämpft werden. Dabei spielt vor allem eine Rolle, daß auch kleine Bauern, die etwas Land besitzen, durch ein System von Abhängigkeiten (Schuldendienst, Wasser- und Erschließungskosten) an die Großgrundbesitzer gebunden sind.

Die Zeitschrift "Economic and Political Weekly" (v. 30.8.1986) berichtet dazu:

"Zwei bis drei Familien (in den Distrikten, d.V.) besitzen 31-62 acres (1 acre = 4046,85 m²), während hunderte Familien 3-6 acres besitzen. Der Rest sind entweder kleine Pächter oder mehrheitlich landlose Landarbeiter. Die meisten Dorfbewohner versuchen, Arbeit in anderen Dörfern oder Städten wie Patna oder dem weiter entfernten Calcutta zu finden".

Die Regierung des Bundesstaates Bihar (Congress-I-Partei) hat jetzt eine der Landarbeiterorganisationen, die Mazdoor Kisan Sangram Samiti

(MKSS) verboten. Die Union von Großgrundbesitzern, bewaffneten Banden (die eigene Kasten darstellen und sich zum Schutz anderer Kasten anbieten) versucht, durch die Ermordung führender Mitglieder und mit einer Hetzkampagne gegen diese Bewegung vorzugehen. Die Bewegung ist allerdings kräftig und kämpft mittels Landbesetzungen, kurzfristiger Vertreibung der Gutsbesitzer (am 11.4.1986 besetzte die MKSS z.B. das Haus eines Großgrundbesitzers mit 5000 Landarbeitern aus Protest gegen die bewaffneten Banden) und Protestdemonstrationen.

Allerdings wird es die Bewegung so lange sehr schwer haben, solange sie sich auf die untersten Kasten beschränkt.

Quellenhinweis: The Economist, 6.9.86; Economic and Political Weekly, 30.8.86; Frontier, 30.8.86; New Age, Organ der CPI, 14.9.86 — (cog)

* Veröffentlichungen *

S.O.S. Rassismus – Zusammengefaßte Texte

Der VIA (Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit), Regionalverband Nord, hat Ende 1985 zusammengestellte Texte zum Thema Rassismus herausgegeben, in denen auch noch einmal die Absichten der französischen Aktion "S.O.S. Rassisme" und der DGB-Aktion "Mach meinen Kumpel nicht an" dargestellt werden. Abgedruckt sind auch Dokumente wie das faschistische "Heidelberger Manifest" und Stellungnahmen, z.B. eine gute von Harald Grosch zu den sogenannten "Türkenwitzten" oder eine von Peter-Christian Löwisch, die den Rassismus in den Zimmermann-Vorschlägen kritisiert und deutlich macht, daß der Rassismus Regierungspolitik ist und daher eine Gegenwehr ein langfristiger Kampf sein wird. Die Texte über "S.O.S. Rassisme" in Frankreich geben leider nicht viele Informationen her, sind zum großen Teil eher literarisch, also geeignet für Leute, die sich ein Stimmungsbild über den Rassismus in Frankreich machen wollen. Unkritisiert bleibt die Stellungnahme von Ilse Brusis, DGB-Bundesvorstand, die auch bei der Eröffnung der Aktion "Mach meinen Kumpel nicht an" vom DGB verbreitet wurde, die die Politik der Bundesregierung beschönigt: Die Maßnahmen der Bundesregierung (Rückkehrförderungsgesetz etc.) helfen indirekt denen, die in den ausländischen Mitbürgern die Ursache aller Übel sehen; also wieder viel Kritik an den Arbeitern, wenig an der Bundesregierung. Insgesamt ist die Textzusammenfassung nützlich für alle, die sich einmal über die Ausländerfeindlichkeit in der BRD und auch in Frankreich informieren und etwas dagegen tun wollen. – (eve)

"Asylanten – ein Killwort"

Unter diesem Titel erschien in "kulturrevolution" auszugsweise ein Vortrag zum Thema "Ausländermythen im Diskurs der Massenmedien" von J. Link, 1982 an der Bochumer Uni gehalten. Seine Forschungen nach der Herkunft des Begriffs "Asylant" ergeben: "Höchstwahrscheinlich entstand der Begriff im bürokratischen Diskurs, ganz sicher nicht im 'Volk', und der Mediendiskurs übernahm ihn aus dem bürokratischen und trug ihn dann aktiv ins 'Volk' hinein." "Diskurs" verwendet J. Link im Sinne von M. Foucault als "stereotype Rede mit Machteffekt". Foucault betonte, daß solche Wirkungen "stets an bestimmte gesellschaftliche Institutionen und Apparate gebunden sind". Auch die antifaschistische und revolutionäre Presse hat Flüchtlinge und Asylbe-

werber in "Asylanten" verwandelt. Nach Recherchen von J. Link u.a. tauchte der "Asylant" erstmals im Duoden in der 18. Auflage 1980 auf mit der Bedeutung "Bewerber um Asylrecht". Der Paderborner Linguist Broder Carstensen nannte den Begriff "Asylant" im Bericht über neue "Wörter des Jahres" 1980. Von "Scheinasylant" spricht die "Zeit" vom 30.5.80. Häufig taucht der "Asylant" ab 1980 auf, zumeist in Verbindung mit dem "Zustrom von Asylanten" ("Hör zu", "Spiegel", "Saarbrücker Zeitung", "FR", "FAZ", "TAZ"). Daneben gab es noch sog. "Ostblockflüchtlinge". Daß der "Asylant" im "Diskurs der Ausländerbürokratie" entstand, stützt J.

Fragen Sie Ihren Abgeordneten, wie er sich die Zukunft unseres Volkes denkt!

Auch wer sich mit Fremdwörtern gut auskennt, weiß nicht genau, was sich unsere Politiker unter der „Integration der Ausländer“ vorstellen. Jedenfalls haben ihrer viele die „Integration“ zum Ziel ihrer Politik gemacht. Davon steht nichts im Grundgesetz, und auch der Bundestag hat ein solches Gesetz nicht beschlossen. Wenn man einige dieser Politiker fragt, scheinen sie den fremden Kindern erst unsere Sprache beibringen zu wollen, und dann lassen sie sie mit dem Etikett „Deutscher“ herumlaufen.

Das wäre Volksbetrug, denn durch Äußerlichkeiten wird man nicht eines anderen Volkes Kind.

Ausländer zu „integrieren“ heißt Ihnen ihr Volkstum und uns unser Land zu stehlen. Wer gibt unserer Regierung das Recht, fremde Völker zu „germanisieren“ (wie die Nazis sich einmauteten) und deutschen Boden zu internationalisieren? Ausgerechnet das bisschen deutschen Bodens, das uns noch geblieben ist!

Sozialliberale Vorstellungen über Südafrikas Befreiung

Der SPD-Vorsitzende Brandt hat in der Bundestagsdebatte am 25. September eine persönliche Erklärung abgegeben: Er sei nun auch für Sanktionen gegen Südafrika, obwohl er sich jahrelang dagegen gesträubt habe. Damit hat Brandt das Gerücht eines Kurswechsels der SPD in die Welt gesetzt, ohne daß eindeutige Beschlüsse von zentralen Körperschaften der Sozialdemokratie existieren. Das liberale SPD-Mitglied Günter Verheugen, von der SPD mit der Bearbeitung des südlichen Afrikas beauftragt, veröffentlichte vor kurzem ein Buch, in dem er sich mit "deutschen Interessen am Kap" befaßt. Verheugen beklagt die politische und wirtschaftliche Un-

politischer flüchtling	1	2	3	4	5	6	7	asylant
viele			*		x			wenige
laut				>		x		leise
rückständig		*				x		fortschrittlich
dunkel			*					hell
sauber				*				schmutzig
aggressiv					*			friedlich
arbeitsam	*							faul
städtisch			*					ländlich
ordentlich	*							chaotisch
stark				*				hilfsbedürftig
erfreulich					*			unerfreulich
angesesehen					*			verachtet
								politischer flüchtling
								asylant

Links: "Aufruf an die deutschen Wähler" des faschistischen "Schutzbund für das Deutsche Volk e.V.", 1983. Rechts: Experiment unter Fachoberschülern, die negativen Werte sind beim "Asylant" stärker als beim "politischen Flüchtling", Teil einer Unterrichtseinheit über Ausländerfeindlichkeit.

Link auf Antworten der Innenministerien in Bonn und Düsseldorf, die mitteilten, auf Anweisung dürfte der Begriff "Asylant" nicht verwendet werden, es müsse "Asylbewerber" und "Asylberechtigter" gesagt werden. Dies wird widerlegt mit der Bundestagsdrucksache 8/4279 v. 20.6.1980, Innenminister Baum rechtfertigte die Sichtvermerkplicht für Sri Lanka, Afghanistan und Äthiopien mit den Worten: "um den Zustrom von Asylanten kanalisieren zu können ..." Die Assoziation von "Asylant" mit "Asiaten" aufgrund der ständigen Abbildungen pakistanischer u.ä. Flüchtlinge wirkte also wie eine diskursive 'Brechstange', die den Weg zum 'Durchbruch' für neonationalistische und neorassistische Diskurselemente öffnete." J. Link's These ist, "daß die Medien durch die Neuschöpfung der 'Asylantenspringflut' alle Fluten einzelner Krisenerscheinungen in der kritischen Zeit zwischen 1978 und 1980 unter den einen Hut der 'Ausländerflut' gezaubert haben." (kRR 2, 1983, s.a. Abb. aus kRR 10, 1985; Germinal Verlag GmbH, Bochum, je Heft 10,- DM – düb)

terstützung der südafrikanischen Minderheitenregierung durch westdeutsche Regierungen und westdeutsches Kapital und hält den Einfluß der BRD und ihre Mitverantwortung für die Herrschaft der Rassistenregierung für bedeutend. Einen Schwenk in der Südafrika-Politik weg von der offiziellen Unterstützung der Botha-Regierung hin zu Sanktionen gegen Südafrika und eine Unterstützung der Befreiungsorganisation ANC hält er heute für unbedingt notwendig. Die SPD befürchtet, daß der Befreiungskampf in Südafrika nicht aufzuhalten ist und sucht nun nach einem Weg, ihn dennoch aufzuhalten. Mit Hilfe von abgestuften, koordinierten und keinesfalls vollständigen oder auch langandauernden Sanktionen soll die "weiße Minderheit" dazu gebracht werden, erstens Nelson Mandela und die politischen Gefangenen freizulassen, zweitens die Verbote der afrikanischen Organisationen aufzuheben und drittens die Apartheidsgesetzgebung zu beseitigen. Der Forderungskatalog entspricht dem der EG-Ministerpräsidenten. Er beinhaltet, daß die rassistische Regierung nach wie vor an der Macht

ist, aber der Weg frei ist für Verhandlungen mit den "Führern der Schwarzen" und für Übergangslösungen. Die "Endlösung" soll nach Verheugens Vorstellung dem Wirken westdeutscher und anderer kapitalistischer Konzerne jedenfalls keine Schranken setzen. Die SPD sucht nach einer Kraft in der Befreiungsbewegung in Azania, die solches mit sich veranlassen läßt. Verheugen befindet den ANC als geeignet und beschreibt, wie die SPD die Befreiungsorganisation zurechttrimmen will: Sie soll sich als "gemäßigte Kraft" erweisen. Der CDU wirft er vor, daß sie mit der Inkatha-Bewegung und Buthelezi das "falsche Pferd" erkoren habe. (Günter Verheugen, Apartheid, Südafrika und die deutschen Interessen am Kap, Kiepenheuer & Witsch, 18,80 DM – uld)

Kritik der Entwicklungshilfe

Das Buch "Tödliche Hilfe. Bericht von meiner letzten Dienstreise in Sachen Entwicklungshilfe" von Brigitte Erler ist recht ungewöhnlich. Die Autorin war ehemals Referentin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und für eine Legislaturperiode Mitglied des Bundestages. Aufgrund ihrer Erlebnisse auf ihrer "letzten Dienstreise" sowie der vorhergewonnenen Erfahrungen mit der Entwicklungshilfepolitik kündigte sie ihre Stellung; sie führt als Grund u.a. an, daß sie der Illusion beraubt sei, daß "ihre" Projekte zur Beseitigung von Hunger und Elend führen würden. Das Gegenteil ist der Fall, wie sie als ehemalige Leiterin für die technische Hilfe für Bangladesch anschaulich belegen kann: z.B. die Lieferung und die Aufstellung von Wasserpumpen richten sich gegen die Existenz von kleinen Bauern und machen die größeren Bauern noch reicher. Überhaupt kann sie nachweisen, daß z.B. die Züchtung von besonderen Getreidesorten, von Milchkühen usw. die Großbauern begünstigt, die kleinen Bauern vernichtet und das Heer der Armen und Landlosen vergrößert. Ihre Kritik gilt "dem Zusammenspiel der an dem Geschäft beteiligten deutschen Industrie, der Schicht der Reichen in den Entwicklungsländern und ... dem ganzen Entwicklungshilfe-Jet-Set, mit seinen hervorragenden Gehältern, interessanten Reisen" usw. Sie will sich mit dem Buch an die "zahllosen gutwilligen Befürworter der Entwicklungshilfe" wenden und aufklären, was ihr auch gelingt. Unterstützenswert ist auch das Fazit, das Frau Erler zieht: "Entwicklungshilfe schadet allen, denen sie angeblich nützen soll, ganzen Ländern wie einzelnen Betroffenen. Sie muß deshalb sofort beendet werden. Ohne Entwicklungshilfe ginge es den Menschen in den Ländern der Dritten Welt besser." – (sie)

MLPD-Wahlkampf

Kritik und Kampfansage – aber an wen?

Nach der Minimalplattform, die in der "Roten Fahne" 51/85 veröffentlicht wurde, und nach dem Entwurf für ein Wahlprogramm, der nicht veröffentlicht wurde, den man aber von MLPD-Mitgliedern bzw. auf Anschreiben der MLPD-Zentrale erhalten konnte, ist jetzt das Wahlprogramm der MLPD für die Bundestagswahlen 1987 erschienen. Um die inhaltliche Bestimmung der Politik im Wahlkampf gab es eine Polemik zwischen dem BWK und der MLPD. Polemiken zwischen Parteien sind immer schwer zu verfolgen. Zur Erleichterung drucken wir untenstehend ab, was die MLPD in der "Roten Fahne" 37/86 auf die in den "Politischen Berichten" 15/86 an dieser Stelle vorgetragene Kritik an ihrer Wahlkampfführung erwiderte. In ihrer Antwort, die in einem Ton gehalten ist, den sich die MLPD auch noch abgewöhnen wird, weist die "Rote Fahne" unsere Kritik zurück. Aber indem sie das tut, setzt sie zugleich Maßstäbe, die eine weitere Auseinandersetzung möglich und sinnvoll machen.

Die MLPD gesteht der Kritik des Kapitalismus immerhin einen gewissen Rang zu. Sie sagt, den Kapitalismus zu kritisieren, reiche nicht aus. Wenn Kritik "nicht ausreicht", ist sie zugleich unverzichtbar. Das beinhaltet die Formulierung. Die MLPD bestätigt das selbst, indem sie für ihr Wahlprogramm den hohen Anspruch setzt, es sei eine einzige Kritik und Kampfansage an das kapitalistische System der BRD.

Das wäre immerhin ein gemeinsamer Bezugs- und Ausgangspunkt. Den Anspruch, daß ein Wahlprogramm Kritik und Kampfansage an das kapitalistische System der BRD zu sein habe, können und wollen wir unterstreichen.

Gerade hier besteht aber die Differenz. Die MLPD, die unter der Parole "Die Sozialistische Alternative" kandidiert, sieht die Kritik an Verhältnissen wie in der Sowjetunion und der DDR als entscheidende Bedingung dafür an, die Arbeiterklasse für den Sozialismus zu gewinnen, d.h. den Kampf für den Sozialismus zum Erfolg zu bringen. Ihre Kritik des Revisionismus verbindet sie mit der Kritik des Imperialismus. Da sie der Theorie der Supermächte anhängt, sucht sie in erster Linie die schroffe Abgrenzung gegen die Sowjetunion, nicht die BRD. Das hat sich in der bisherigen Praxis ihres Wahlkampfes niedergeschlagen. Die Kritik der MLPD am Imperialismus der BRD ist wenig entwickelt, auch im Wahlprogramm. Der Wahlkampf war – zumindest bisher – politisch vor allem durch das sog. "internationale Tribunal gegen Sozialimperialismus und Revisionismus" bestimmt (der Film darüber wird bis heute auf zahlreichen Veranstaltungen gezeigt), d.h. durch Kritik und Kampfansage an die Sowjetunion.

Noch schädlicher ist der zugrundeliegende Fehler, den die MLPD macht, in ihrem Verhältnis zur DDR oder, was dasselbe ist, zum Nationalismus und

Das Wahlprogramm der MLPD und die Kritik des BWK

(cg) Als Resümee unter einen Artikel über den Wahlprogramm-Entwurf der MLPD schreibt der BWK (Bund Westdeutscher Kommunisten): "Weil und solange die MLPD die Abgrenzung gegen die herrschende Klasse nicht ins Zentrum ihres Wahlkampfes stellt, können wir ihre Kandidatur nicht unterstützen und ihre Wahl nicht empfehlen."

Diesem "Ratschlag" wird sich die MLPD sehr bewußt nicht anschließen: Der Wahlkampf der MLPD rückt die heutigen und zukünftigen Interessen der Arbeiterklasse in den Mittelpunkt. Doch das paßt offensichtlich dem BWK nicht in das politische Konzept: Er polemisiert gegen die Propagierung des Sozialismus durch die MLPD, weil sich, wer hätte es gedacht, "der Klassenkampf aus den Widersprüchen der bürgerlichen Gesellschaft selbst entwickelt". Daraus

schließen die Kritiker des BWK, daß eine "Kritik an der Politik der herrschenden Klasse" ausreiche – und genau diese hätte die MLPD nicht entwickelt.

Erstens ist das eine plume Lüge: denn das ganze Wahlprogramm der MLPD ist eine einzige Kritik und Kampfansage an das kapitalistische System der BRD.

Zweitens ist der von der MLPD geführte Kampf für den Sozialismus die grundsätzlichste Kritik am Kapitalismus.

Drittens reicht es nie und nimmer aus, den Kapitalismus nur zu "kritisieren". Meinen denn die BWK-Führer, damit den Kapitalismus überwinden zu können? Oder wollen sie das etwa gar nicht, sondern fühlen sich in ihrer selbstgewählten Rolle als linke Kritiker und Kommentatoren innerhalb des kapitalistischen Systems ganz wohl? (Rote Fahne 37/1986, 13.9.1986, S. 9)

Revanchismus der Reaktion in der BRD. Die MLPD hat auf ihrem "Tribunal" vor allem der DDR und der DKP vorgeworfen: "Die Revisionisten haben den Kampf um die Einheit Deutschlands aufgegeben und die nationale Frage den Rechten überlassen." Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die MLPD die sog. "deutsche Frage" – entgegen ihrem Parteiprogramm übrigens, das der "deutschen Frage" keine Bedeutung für die Revolution beimißt – aufgeworfen hat, nicht weil sie unbedingt deutsch-national ist oder sein will, sondern weil sie daran die Möglichkeit der schroffen Abgrenzung gegen die DDR reizt. Dieses Bestreben muß aber unweigerlich dazu führen, daß die MLPD keine fortschrittliche Politik gegen Nationalismus und Revanchismus des BRD-Imperialismus entwickeln kann.

Das scheint leider einzutreten. Doch ist der Schritt, den die MLPD machen muß, um sich zu korrigieren, vielleicht gar nicht so groß.

Im Entwurf für ihr Wahlprogramm hatte die MLPD – wir hatten das in unserer Polemik als positive Entwicklung herausgestellt – unter Punkt 14 mit der Zwischenüberschrift "Den Weltfrieden verteidigen!" u.a. auch die Forderung aufgenommen: "Für die volle Anerkennung der staatlichen Souveränität und der Grenzen Polens und der DDR!"

Damit hatte sie eine eindeutige Position gegen die Ansprüche des BRD-Imperialismus bezogen, sich die DDR und Teile Polens wiedereinzuerleben. Die MLPD war demgegenüber für eine Außenpolitik der BRD gegenüber der DDR eingetreten, die auf den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz beruht, wie sie die KP Chinas in der "Polemik über die Generallinie" formuliert hatte: " gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Vorteil, friedliche Koexistenz" (S. 300).

Aber inzwischen ist aus dem Entwurf das Wahlprogramm selbst geworden. Dazwischen lag eine zweimonatige intensive Diskussion, wie die "Rote Fahne" 34/86 schrieb. Über die Diskussion schrieb die "Rote Fahne" nichts. Das Ergebnis jedenfalls ist in der systematisch wichtigen Frage der Stellung gegenüber Nationalismus und Revanchismus eine Änderung der Position der MLPD.

Im Wahlprogramm fordert die MLPD nicht mehr die Anerkennung der staatlichen Souveränität, sondern nur noch die "völkerrechtliche Anerkennung der Grenzen Polens und der DDR!" Weil die MLPD über die Gründe, die sie zu dieser Änderung bewogen haben, nichts verlautet, die Änderung aber viel zu bedeutsam ist, als daß man darüber hinweggehen könnte,

zwingt sie zur Spekulation. Wir müssen befürchten, daß die Streichung der Forderung nach Anerkennung der staatlichen Souveränität bedeutet, daß die MLPD nicht mehr für die Anerkennung der staatlichen Souveränität der DDR eintritt.

Die MLPD kann nicht einwenden, daß mit der Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der Grenzen das Problem doch erledigt und die Kritik deshalb an den Haaren herbeigezogen sei. Die Anerkennung der Grenzen ist nicht identisch mit der Anerkennung der staatlichen Souveränität. Die Souveränität eines Staates drückt u.a. gerade seine Unabhängigkeit von anderen Staaten aus. Die BRD kann die Unverletzlichkeit der Grenzen z.B. der DDR leicht anerkennen, wie sie dies in den sog. Ostverträgen getan hat. Das hindert sie in keiner Weise, einen Rechtsstandpunkt einzunehmen, der die Souveränität der DDR,

usw.usf. Das heißt, die BRD verletzt die Prinzipien der friedlichen Koexistenz gegenüber der DDR.

Diese aggressive Politik des BRD-Imperialismus kann mit der Forderung nach "völkerrechtlicher Anerkennung der Grenzen" nicht kritisiert und bekämpft werden, jedoch mit der Forderung des Wahlprogramm-Entwurfs. Gegen die in der BRD niemals verstummte Erörterung z.B., wem denn das Vermögen der IG Farben in der DDR und den "Ostgebieten" gehöre, ist die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der Grenzen allein hilflos, mit der Forderung nach der Anerkennung der Souveränität der DDR dagegen kann man ihr ein Ende setzen. Gegen die reaktionäre Mobilisierung zum 17. Juni, zum 25. Jahrestag des Mauerbaus, zu den Treffen der Revanchistenverbände, die den offenen Faschisten die Gelegenheit bietet, sich mit dem bürgerlich-konservativen Lager zu verbinden, richtet die Forderung nach völkerrechtlicher Anerkennung der Grenzen allein wenig aus. Reaktionäre und Faschisten sammeln und verbinden sich ja gerade über die Hetze gegen das "Unrechtsregime" u.ä. und indem sie der DDR das Recht bestreiten, über ihre eigene Ordnung selbst, d.h. unabhängig von der BRD, zu entscheiden.

Es ist ausgeschlossen, daß die MLPD all diese Aggressionen gegen die DDR nicht kritisieren, nicht bekämpfen will. Sie hat jedoch die Schwierigkeit, daß sie eine Politik dagegen nicht richtig entfalten kann. Dem kann sie abhelfen, wenn sie sich auf die Positionen zur friedlichen Koexistenz, wie sie in der "Generallinie" entwickelt waren, zurückbesinnt und für die Anerkennung der Souveränität der DDR und gegen die Einmischung der BRD in die inneren Angelegenheiten der DDR im Namen irgendeines "deutschen Volkes" eintritt. – (scc)



"Angeklagt" – prangt ein Transparent über dem Tribunalstreffen. Angeklagt hat die MLPD vor allem die SU und die DDR.

d.h. ihre Unabhängigkeit von der BRD, leugnet:

"Die Bundesrepublik Deutschland ... ist als Staat identisch mit dem Staat 'Deutsches Reich' – in bezug auf seine räumliche Ausdehnung allerdings 'teilidentisch' ... Die Deutsche Demokratische Republik gehört zu Deutschland und kann im Verhältnis zur Bundesrepublik nicht als Ausland angesehen werden ..." (Urteil des BVerG vom 31.7.73)

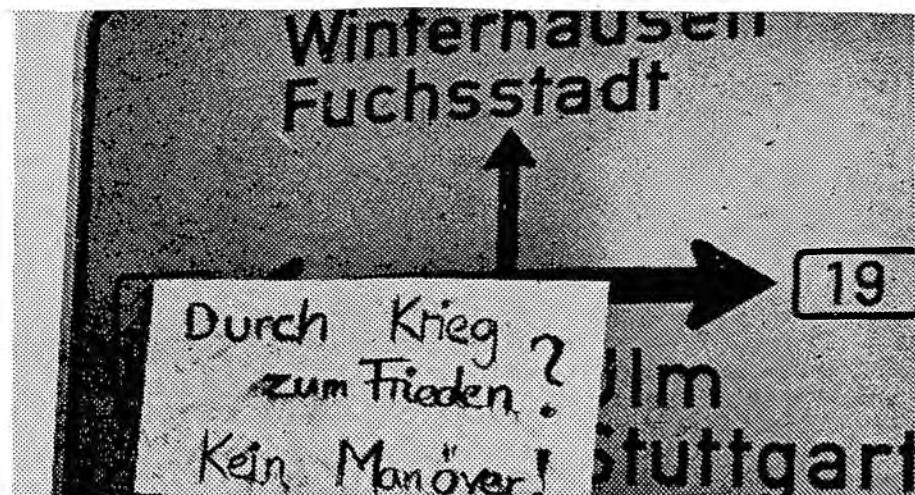
Von dieser Rechtsposition aus praktiziert die BRD ihre unablässige Einmischung in die Angelegenheiten der DDR, deren Souveränität sie nicht anerkennt, weigert sie sich, die DDR-Staatsbürgerschaft anzuerkennen, unterhält sie zum Zweck der Strafverfolgung von SED- und DDR-Funktionären die berüchtigte Erfassungsstelle in Salzgitter, läßt sie Bundeswehrsoldaten darauf vereidigen, im Dienste der BRD "die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen"

Provokation gegen kurdischen Arbeiterverein

Hamburg. Knapp 400 vornehmlich kurdische Teilnehmer demonstrierten am 20.9.1986 gegen die Verhaftung von Faruk Bozkurt und für den Befreiungskampf des kurdischen Volkes. Faruk Bozkurt, Mitglied des "Arbeitervereins aus Kurdistan", war am 15.8. festgenommen worden, als er ein Schließfach öffnete, in dem sich laut Polizei u.a. Sprengstoff und ein Lageplan des türkischen Konsulat befunden hatte. Der Schlüssel war zusammen mit einem anonymen Brief dem Arbeiterverein von der Polizei zugeschickt worden. Angeblich hatten sich Brief und Schlüssel vorher in der abgefangenen Post des Arbeitervereins befunden. Der Arbeiterverein hat inzwischen eine Erklärung veröffentlicht, in der es u.a. heißt: "Hauptbeträger dieser Provokation ist das Konsulat der Türkischen Republik mit seinen Agenten... Ohne Zweifel hat das türkische Konsulat dieses... Komplott mit Wissen der deutschen Polizei durchgeführt". Aus Protest gegen seine Verhaftung hat Faruk Bozkurt am 15.9. mit einem befristeten Hungerstreik begonnen, dem sich in Hamburg und anderen Städten mehrere kurdische Freunde anschlossen. – (bab)

Antifaschisten verhindern DVU-Veranstaltung

Karlsruhe. Mehr als 200 Antifaschisten haben am 13.9. die Durchführung einer Veranstaltung der Deutschen Volksunion (DVU) verhindert. Die drei anwesenden DVUler gaben ihr Vorhaben nach einer halben Stunde auf, anderen Faschisten wurde es gar nicht erst möglich gemacht, den Veranstaltungsraum zu erreichen. Die Polizei nahm von zwei Antifaschisten Personalien auf, mußte aber ihre Absicht, der DVU die Veranstaltung durchzusetzen, aufgeben. Sowohl der Wirt, der bei der Raumvergabe übers Ohr gehauen worden war, als auch ein Vertreter des Gaststättenverbandes waren an der Unterbindung der DVU-Veranstaltung beteiligt. In einer Presseerklärung des Bündnis gegen Neofaschismus wurde u.a. festgestellt: "Der Sprecher des Gaststätten- und Hotelverbandes Karlsruhe brachte gegenüber den Demonstranten/innen und auch gegenüber der DVU deutlich zum Ausdruck, daß die Karlsruher Gastwirte in ihren Räumen keine neofaschistischen Veranstaltungen wünschen. Dieses gemeinsame Auftreten gegen neofaschistische Aktivitäten in unserer Stadt stellt eine neue politische Qualität dar, die schließlich dazu beigetragen hat, daß die Polizei von ihrer ursprünglichen Haltung, die Versammlung im Sinne der DVU durchführen zu lassen, abkam." Die Polizietaktik hat es der DVU immerhin noch ermöglicht, gegen zwei Antifaschisten Anzeige zu erstatten. – (map)



Würzburg. Mit Sorgentelefon, Bürgerinformation und Waffenschau warb die Bundeswehr beim Manöver "Fränkischer Schild". Wörner klagte, von aus der Umgebung eingezogenen Reservisten seien nur 12000 (60%) erschienen. Französische Truppen, erstmals dabei seit dem NATO-Austritt, stellten angreifende "Rote" dar, die gedachte Staatsgrenze verlief kurz vor der DDR. – (dir)

Proteste gegen den Terror des Rassistenregimes

Bad Salzdetfurth. Über 50 Belegschaftsmitglieder bei fuba unterschrieben den Aufruf für die Aufhebung der Todesurteile gegen die "Sechs von Sharpeville": Am 13. Dezember 1985 wurden sechs Patrioten aus Sharpeville, Südafrika, darunter eine 24jährige Frau, zum Tode verurteilt. Es sind Terrorurteile, mit denen ein Exemplar statuiert werden soll. Der "Prozeß" war ein politischer Prozeß und auf falsche Zeugenaussagen gestützt. Die Verteidigung hat Revision eingelegt, damit den Verurteilten zwölf bis 18 Monate Aufschub geschaffen. – Bisher wurden bei fuba in nur vier Abteilungen Unterschriften gesammelt. Die Vertrauenskörperleitung lehnte die Unterstützung der Unterschriftensammlung ab, will aber im Rahmen der IG Metall Briefe an verschiedene Gewerkschaftsadressen in Azania/Südafrika, an das Bundeskabinett, an die Botschaft des Rassistenregimes in der BRD, an die Zeitschrift "Metall" und an den Vorstand der IG Metall (z. Kts.) schicken. – (mal)

Geringe Strafen für FAP-Rollkommando

Duisburg. Ohne in irgendeiner Weise auf die Zugehörigkeit zur neofaschistischen "Freiheitlichen Arbeiterpartei" (FAP) einzugehen, verurteilte die 7. Strafkammer des Duisburger Landgerichtes sechs Mitglieder der FAP zu Haftstrafen zwischen sieben Monaten und 27 Monaten, die Strafen wurden teilweise zur Bewährung ausgesetzt. Zu Beginn dieses Jahres hatten die sechs FAP-Neonazis gemeinsam mit anderen einen geplanten Überfall auf eine Gruppe von Antifaschisten verübt. Die Faschisten setzten dabei neben Schlagstöcken auch Schußwaffen ein. Einem der Überfallen war sogar gezielt ins

Gesicht geschossen worden. Er trug schwere Augenverletzungen und Sehstörungen davon. Der Schütze wurde lediglich zu zwei Jahren und drei Monaten Jugendstrafe verurteilt, und das auch nur, weil eine andere gegen ihn verhängte und noch nicht verbüßte Strafe dazugerechnet wurde. – (rub)

Rom-Mädchen 25 Tage in U-Haft gehalten.

Hamburg. Richter des Landgerichts haben ein 15jähriges Rom-Mädchen 25 Tage lang in Einzelhaft im Untersuchungsgefängnis einsperren lassen. Bizerka ist Angehörige einer aus Jugoslawien eingewanderten Rom-Familie, die seit einigen Jahren in Hamburg auf die Anerkennung als politische Flüchtlinge wartet, ins Lager gesteckt worden ist und von Sozialhilfe leben soll. Ihr wird Betteldiebstahl vorgeworfen. Weil sie nach einem ähnlichen Vorfall im Frühjahr aus dem Heim zurück zu ihrer Familie gegangen war, unterstellen die Richter ihr jetzt "schädliche Neigungen" und – weil sie eine "Zigeunerin" ist – die Absicht, sich der Bestrafung durch Untertauchen bei "Sippenangehörigen" zu entziehen, obgleich ihre ganze Familie in Hamburg lebt. Sie verordneten U-Haft, mehrere Beschwerden dagegen wurden zurückgewiesen. Im Gefängnis wurde das Mädchen ständig schikaniert und u.a. mehrere Stunden an ihre Pritsche gefesselt.

In Hamburg ist seit einigen Jahren die geschlossene Heimunterbringung für Kinder und Jugendliche abgeschafft. Reaktionäre Richter und Staatsanwälte haben dies wiederholt zum Vorwand genommen, Jugendliche und auch Kinder in Einzelhaft stecken zu lassen. Fast ausnahmslos sind dies Kinder der Rom oder Sinti gewesen, denen pauschal "schädliche Neigungen" oder soziale Unangepaßtheit unterstellt wird. – (mek)

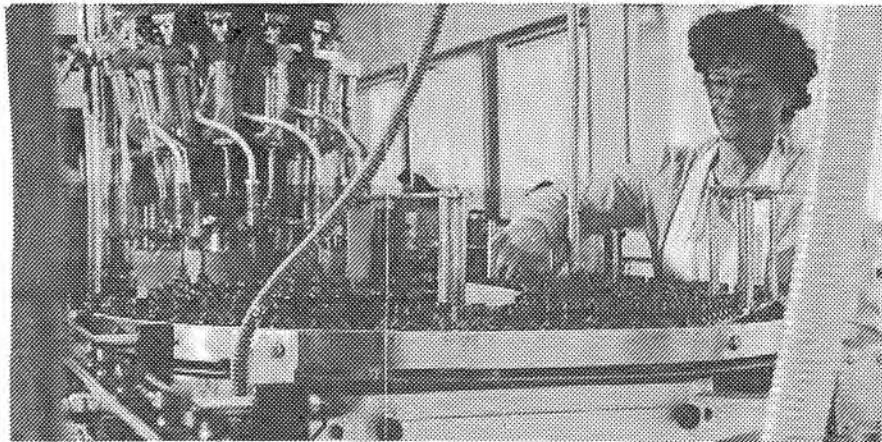
Boehringer Mannheim (BM)

Flexible Personaleinsatz: Möglichkeiten der Eindämmung auf betrieblicher Ebene

Mannheim. Im Programm der IG-Chemiekandidaten zur Betriebsratswahl '84 stand: "Zur Schaffung neuer Arbeitsplätze wollen wir die Umwandlung von Zeit- und Leiharbeitsverhältnissen erreichen." Durchgesetzt wurde seither: Vollständige Be seitigung der Leiharbeit in der Geräte Produktion, 1984. Übernahme aller dort für 6 Monate beschäftigten "Aushilfen" in einen unbefristeten BM-Arbeitsvertrag, Ende 1985. Übernahme aller nach dem Beschäftigungsförderungsgesetz (BeschF.G.) mit 18 Monatsverträgen eingestellten Kollegen, wenige Wochen nach der Einstellung Anfang 1986. Der Betriebsrat erklärte hierzu auf einer Betriebsversammlung, daß die Betroffenen (7) alle Frauen und in ungelernten Tätigkeiten beschäftigt sind; also zu

che" gehört und nach wie vor Einstellungen vornimmt. Die Darstellung der Nachteile der Stamm- und der Randbelegschaft, die Vorteile der Kapitalisten nahm großen Raum ein auf Infos, Betriebsversammlungen, Abteilungsversammlungen. Eine Unterschriften sammlung von Beschäftigten verlieh der Forderung nach Übernahme aller befristet beschäftigten Kollegen Nachdruck.

Die juristische Auseinandersetzung wurde hauptsächlich über § 99 Betr. V.G. geführt, der verbietet, daß eine personelle Einzelmaßnahme wie Einstellung von Aushilfen und Leasingkräften zum Nachteil der Einzustellenden oder der im Betrieb befindlichen Beschäftigten führen darf. Ein letzter Erfolg gegen den Einsatz von Randbelegschaften wurde bei den



An den Maschinenarbeitsplätzen werden häufig Aushilfen eingesetzt. Stark gegliederte Produktionsabläufe erlauben kurze Einarbeitungszeiten. Arbeiten auf Hochtouren ist angesagt: für die Aushilfen, weil sie einen festen Arbeitsplatz wollen, für die Stammbelegschaft aufgrund der permanenten Personalunterdeckung der Abteilung. (Bild: Abfüllen und Verpacken von Tropfen bei Boehringer Mannheim, Werk Terassa-Barcelona).

den Schwächsten am Arbeitsmarkt gehören. Professor Determann von der Geschäftsführung soll dazu gesagt haben, er sei für die Anwendung des Besch.F.G. wo immer und wann immer der Arbeitsmarkt befristete Arbeitsverträge hergäbe. Nach dieser Betriebsversammlung mußte die Geschäftsführung erklären, nur noch in "begründeten Einzelfällen" von diesem Gesetz Gebrauch zu machen. Bis heute hatte es keine Einstellungen nach dem Besch.F.G. mehr gegeben. Grundlage dieser Erfolge ist eine intensive Informationspolitik des Betriebsrates, eine gute Zusammenarbeit mit der Belegschaft und Aus schöpfung aller juristischen Möglichkeiten, bis hin zu Arbeitsgerichtsprozessen, auch wenn diese wenig aussichtsreich erscheinen. Gesagt werden muß aber auch, daß Boehringer als Pharmabetrieb zur "Wachstumsbran-

schwer zu knackenden Werksverträgen erzielt: Auf der Septemberbetriebsversammlung 1985 berichtete der Betriebsrat von ungewöhnlichen Abrechnungsmethoden in den technischen Werkstätten; es waren 600,- DM auf einem Auftragszettel für "Fremdhandwerkerarbeit" verbucht worden, obwohl noch kein Schlag an der ausführenden Arbeit getan worden war. Da es Gerüchte gab über persönliche Bereicherung von Vorgesetzten, wurde die Geschäftsführung zur Prüfung aufgefordert. Ergebnis: In Zukunft werden bei der Vergabe von Aufträgen Vergleichsangebote eingeholt und ab sofort – September 1986 – werden 42 Neueinstellungen im Handwerkerbereich mit BM-Verträgen erfolgen.

Doch die Randbelegschaft ist immer noch ein Problem: Nach wie vor werden "Aushilfen" zwischen 4 Wochen und 6 Monaten und als Ersatz für

Urlaub, Krankheit, Schwangerschafts- und Wehrdienstzeit, bei "Projektarbeit" und "Arbeitsspitzen" eingesetzt, Leiharbeit gibts nach dem BeschF.G. jetzt für 6 Monate. Um hier weitere Schranken ziehen zu können, wird der Betriebsrat seine formalen Kontrollmöglichkeiten verbessern müssen, z.B. durch Computereinsatz; inhaltlich wird letztlich ohne eine Betriebsvereinbarung "Einsatz von Aushilfen und Leiharbeit" kein Fortkommen sein. Anhaltspunkte einer solchen Vereinbarung könnten sein: Humane Arbeitsbedingungen durch ausreichendes Vorhaltepersonal; eine Personalplanung, die die Ausweitung von Produktion und Verwaltung in Beziehung zu eingesetztem Personal setzt; Übernahmeregelungen für Langzeitsbefristungen, z.B. bei Schwangerschaft, Wehr- und Ersatzdienst, Erziehungsurlaub; Beschränkung des Einsatzes von Aushilfen auf Ausnahmesituationen mit kurzer Laufzeit. Gegenüber der Leiharbeit, die hauptsächlich in den Büroberufen stattfindet, könnte eine betriebsinterne Verleihung mit geschütztem Arbeitsverhältnis, höherer Bezahlung als Springer und Anspruch auf einen festen Arbeitsplatz nach absehbarer Zeit, der von der z.Z. untersuchenden Rationalisierungsfirma McKinsey vorgeschlagenen Poolbildung im Sekretariatsbereich auf Grundlage von Beschäftigteninteressen voregreifen. – (itt)

Gesundheitspolitik

Bürgerliche Parteien scheuen die Diskussion

Braunschweig. Ca. 70 Leute – überwiegend Klinikbeschäftigte, ÖTV, Mitglieder des Personalrat und DAG – kamen am 24.09.86 ins DGB-Haus zur Diskussionsveranstaltung des Gesundheitspolitischen Arbeitskreises Braunschweig zum Thema: "Gewinnerwirtschaftung und Kosten dämpfung im Städtischen Klinikum – auf dem Rücken von Patient und Personal? Sind die Weichen schon gestellt?" Diese wurde durchgeführt, um die Gesundheitspolitik der bürgerlichen Parteien im Rat ins Schußfeld zu kriegen. Vor der Veranstaltung wurden Kritikmaterialien ausgearbeitet und mit Einladungen an Parteien und Interessierte verschickt. Die GRÜNEN kamen. CDU, SPD und FDP, die durch Anträge der Grünen im Rat seit dem Sommer unter Druck gekommen waren, sagten mit fadenscheinigen Argumenten ab. Sie scheuten offenbar diese öffentliche Veranstaltung zu obigem Thema vor den Wahlen; denn in den verschickten Materialien wurden sie angegriffen, weil sie erstens duldeten, daß die Verwaltung in den letzten drei Jahren

10,5 Mio. DM Gewinn im Klinikum erwirtschaftete, zweitens, weil sie erst im Juni den Personalaufwand des Klinikums um 4,5 Mio. DM kürzten, und drittens, weil sie zuließen, daß die Verwaltung 1986 erneut ca. 1,6 Mio. DM Gewinn aus dem Klinikum schöpfte und diesen z.T. zur Entlastung des Stadthaushaltes einsetzen will, der durch Millionengeschenke an die Kapitalisten "stark belastet" ist.

In den Materialien wie in der Eingangsrede hat der Arbeitskreis den Standpunkt vertreten: Solange die für eine ausreichende Pflege erforderliche Zeit nicht dem Personal zugestanden wird, müssen zwangsläufig bestimmte Pflegeleistungen unterbleiben, da die Zeit fehlt. In jedem Fall tragen die für den Stellenplan verantwortlichen Ratsparteien gegenüber Patienten und Öffentlichkeit die Verantwortung. Die Anwesenden einigten sich in folgenden Punkten: 1) Die gegenwärtige Besetzung von Allgemeinstationen (ca. 25 Betten) mit zwei Vollkräften im Früh- und einer Vollkraft im Spät Dienst (Schüler und Praktikanten nicht mitgerechnet) ist nicht ausreichend und muß angehoben werden. 2) Der Stellenplan muß um die vom Personalrat geforderten 150 Planstellen erweitert werden. 3) Die Stadt soll zur Finanzierung der Planstellen Zuschüsse ans Klinikum zahlen, sofern die Kassen nicht zur Finanzierung bereit sind. — (smi)

Innere Sicherheit

Mit neuem Polizeikonzept Kurs auf große Koalition

Hamburg. Bereits vor den Wahlen will der SPD-Senat sein neues Polizeikonzept absegnen lassen und eine große Koalition in Sachen innere Sicherheit festklopfen. Zur Begründung für die Einrichtung von 292 zusätzlichen Planstellen bei der Polizei wird zweierlei herangezogen: die zunehmenden Zweifel am Gewaltmonopol des Staates einerseits und das "Sicherheitsgefühl" des "rechtstreuen Bürgers" andererseits.

Zum Gewaltmonopol stellt der Senat fest: "... daß der gesellschaftliche Grundkonsenz über die Ablehnung von Gewalt wiederherzustellen ist. Für viele scheint in einer Situation der existenziellen Verunsicherung und Zukunftssangst die Gewaltfrage nachrangig geworden zu sein." Die Antwort des Senats darauf ist die Vorbereitung auf härtere und größere Auseinandersetzungen, mehr Polizei also. Außerdem wird jedem Demonstranten im Senatsantrag gedroht: "Jeder, der sich der Polizei in den Weg stellt, um den Zugriff auf einen Gewaltverdächtigen zu erschweren, ist ein Störer" und kann also einkassiert werden.

Außerdem schreibt der Senatsantrag ausdrücklich die "Einkesselung" einer Demonstration "als letztes Mittel" fest. In diesem Bereich sollen vor allem zusätzliche Polizeipsychologen und Sozialarbeiter zum Einsatz kommen, um "Fehler" wie beim Hamburger Kessel vermeiden zu können.

Festhalten will der Senat an der bekräftigten "Hamburger Linie", alle größeren Demonstrationen von starken Polizeikräften eskortieren zu lassen. Dafür sind bei über 600 Demonstrationen allein 1985 maßlos viele Überstunden von Polizisten angefallen. Diese werden künftig meist bezahlt, damit nicht durch den notwendigen Freizeitausgleich Kräfte fehlen, außerdem wird hierfür auch neu eingestellt, weil die Bewachung von Demonstrationen unbedingt beibehalten werden soll.

Um das "Sicherheitsgefühl des Bürgers" zu stärken, wird auf Hamburgs Straßen schon seit einigen Jahren wieder mehr Uniform gezeigt. Seit Anfang September fahren jetzt auch Polizisten nachts in den U- und S-Bahnen, "..., wenngleich die Kriminalität in den Zügen des Hamburger Verkehrsnetzes objektiv gering ist" – durchschnittlich drei Delikte pro Tag. Die bürgerliche Presse erhofft sich davon auch eher eine Bekämpfung des "Rowdytums", wenn nämlich in den Abteilen geraucht, gebettelt, die Füße auf die Bank gelegt werden oder Fahrgäste angepöbelt werden. Polizisten der Revierwache 33 haben darauf hingewiesen, daß der Einsatz eines einzigen Polizisten in den Zügen fast notwendigerweise zu vermehrtem Einsatz von Reizgas und Schußwaffen führen muß, denn ein einzelner Polizist mag als Provokation erscheinen. Auf eine Unterschriftensammlung von Polizistenfrauen zu dieser Art Zielscheibenpolitik hat der zuständige Innensenator nur Zynismus übrig: "Wer Angst hat, soll besser gehen." Die von der CDU zusätzlich verlangte Räumung der Hafenstraße ist nach den Wahlen sowieso koalitionsfähig. (Quelle: Bürgerschafts-Drucksache 6700) – (mek)

Re-Privatisierung

SPD wie immer: nicht ohne "Wenn und Aber"

Krs. Pinneberg. Gleich nach den Kommunalwahlen verlangt Buchholz, Kreisgeschäftsführer der ÖTV, von der neuen Kreistagsmehrheit aus SPD und Grünen, die Privatisierungen der öffentlichen Dienste rückgängig zu machen. Die ÖTV macht sich große Hoffnungen insbesondere auf die SPD. Diese Hoffnungen werden bereits im Mai enttäuscht. Die SPD-Kreistagsfraktion läßt verlauten, daß die Re-Privatisierung der Reinigungsdienste

für kreiseigene Gebäude nicht ohne "Wenn und Aber" abgehen würde. Daraufhin fordert die ÖTV erneut die Kündigung der Verträge mit Privatfirmen. Solche Forderungen wären nicht im Kommunalwahlprogramm, antwortet Fraktionsvorsitzender Anders. Man könne "sich in der Privatisierungsfrage nicht jedesmal bei geänderten Mehrheitsverhältnissen hin und her bewegen", so jüngste Stellungnahme. Für ÖTV-Sekretär v. Virag ist das "ein Schlag ins Gesicht". Die Zusage der SPD, sich dennoch mit den ÖTV-Forderungen auseinanderzusetzen, nennt er unverbindlich und nichtssagend.



gend. Die Abkehr der SPD wäre "ein Begräbnis der Arbeitnehmerforderungen und eine Zumutung für nach der Wahl hoffnungsvolle Arbeitnehmer". Die Kreis-Grünen verhalten sich in der Presse weder von sich aus dazu, noch fühlen sie sich offenbar geneigt, die Politik der SPD zu kritisieren. Es kann wohl kaum sein, daß alle Mitglieder der Mehrheitsfraktionen des kompetenten Kreistagsausschusses mit der langjährigen Privatisierungspolitik der CDU einer Meinung sind.

Bisher haben nur die Tornescher Grünen im Juni öffentlich bekanntgegeben, daß sie auf der nächsten Gemeinderatssitzung einen Antrag auf Rückgängigmachung der Privatisierung des Reinigungsdienstes stellen. Die örtlichen Sozialdemokraten wollen den Antrag "zunächst noch einmal an die Ausschüsse zurückgeben". Sie bringen zugleich ins Gespräch: Die Ausschüsse "sollen prüfen, ob eine Vereinigte Gebäudereinigung ihre Mitarbeiter sozialversichert und ihnen einen entsprechenden Kündigungsschutz gewährt". Re-kommunalisiert ist im September also nichts. Eine Front von Beschäftigten, nicht mehr Beschäftigten und Beanspruchern dieser Leistungen aufzubauen, die die SPD, offensichtlich aber auch die Grünen, unter Handlungsdruck setzen könnte, müßte der ÖTV eigentlich gelingen. – (dim)

DGB-Jugend

Aktionsherbst gegen Jugendarbeitslosigkeit: "Wer nicht ausbildet, muß zahlen!"

München. Die DGB-Jugend führt bundesweit vom 13. September bis 15. November 1986 einen "Aktionsherbst gegen Jugendarbeitslosigkeit" durch, der unter dem Motto steht: "Wer nicht ausbildet, muß zahlen." Im Zentrum des Aktionsherbstes stehen die Forderungen nach einer "qualifizierten Berufsausbildung für alle", nach "sinnvoller Arbeit für alle", gegen Sozialabbau bei Jugendlichen und nach einer gesetzlichen Umlagefinanzierung für Berufsausbildung.

Da die Berufsausbildung in der BRD nach dem "dualen System" durchgeführt wird, bestimmen allein die Unternehmer, wieviel in welchen Berufen ausgebildet wird. Das bedeutet, es gibt erhebliche qualitative und regionale Unterschiede und Diskriminie-

werkschaftliche Forderungen" sind "vorrangig darauf gerichtet, das Angebotsmonopol der Unternehmer zu brechen, die alleinige Verfügung der Unternehmer über die Berufsausbildung durch ihre Kammern zu beseitigen und die einzelbetriebliche Finanzierung abzulösen." Die DGB-Jugend fordert ein Finanzierungsgesetz auf Bundesebene, und solange das nicht erreicht werden kann, ein Landesgesetz. Betriebe, die unter einer bestimmten Quote oder gar nicht ausbilden, müssen eine Ausbildungsabgabe zahlen. Das Geld soll an Betriebe fließen, die ausbilden und an zu schaffende außerbetriebliche Ausbildungsstätten. Die paritätische Mitbestimmung bei Vergabe der Mittel soll ge-

sung vorgelegen. Eine Ansammlung von Maßnahmen ist in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt, der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer entstanden.

Die Vorschläge beinhalten "Hilfen zur Berufswahl und Berufsvorbereitung", besondere "Vermittlungs- und Betreuungsmaßnahmen", die Aufstockung der städtischen Ausbildungsplätze und die Übernahme von "Ausbildungspatenschaften" durch die Stadt. Das Ganze soll "die Ausbildungschancen solcher Jugendlicher verbessern, die es nach wie vor schwer haben, einen Ausbildungssplatz zu erhalten."

Nicht beschlossen sind bis jetzt die zusätzlichen Ausbildungsplätze bei der Stadt, beschlossen wurden dagegen die sogenannten "Ausbildungspatenschaften." Jeder Betrieb, der einen "besonders benachteiligten Jugendlichen" (z.B. Altbewerber, Frauen, Ausländer) drei Jahre lang ausbildet, erhält einen einmaligen Zuschuß in Höhe von 10000 DM. Wird der/die Jugendliche danach ein Jahr lang weiterbeschäftigt, erhält der Betrieb weitere 5000 DM. Die Stadt rechnet mit etwa 200 Anträgen, das macht ca. 2,4 Mio. DM aus.

Der DGB kritisiert an diesen Patenschaften lediglich, daß das Kriterium der Zusätzlichkeit nicht erfüllt werden muß, daß ein "Mitnahmeeffekt" entstünde. Die Patenschaften würden begrüßt werden, wenn dadurch 200 Jugendlichen konkret geholfen werden könnte (nach dem Münchener Berufsbildungsbericht sind ca. 4000 Jugendliche als mit Ausbildung unversorgt zu betrachten).

Jetzt beteiligt sich die DGB-Jugend in München am Aktionsherbst mit der Forderung "Wer nicht ausbildet, muß zahlen". Mit dieser Forderung stellt die DGB-Jugend ganz richtig fest, daß jedem Jugendlichen eine Ausbildung nur garantiert werden kann, wenn man die Berufsausbildung der Unternehmerwillkür entzieht. Sie hat richtig festgestellt, daß die Unternehmer allein für die Finanzierung aufzukommen haben, denn schließlich sind sie es ja, die ausgebildete Arbeitskraft ver nutzen. Wenn jetzt die Stadt München hergeht und aus Steuergeldern den Betrieben die Ausbildung von Facharbeitern und damit letztlich ihre Profitmacherei subventioniert, fällt sie den Forderungen der DGB-Jugend direkt in den Rücken. Die DGB-Jugend tut gut, daran festzuhalten, daß es keine ausbildungsunfähigen und -unwilligen Jugendlichen gibt, daß es keiner besonderen "Förderungsmaßnahmen" bedarf, die doch nur den Zweck haben, den jugendlichen Ausbildungs- und Arbeitslosen die Schuld an ihrer Lage zuzuweisen. Sie sollte auf ihre Forderung nach einer Umlagefinanzierung bestehen und das "Ausbildungskonzept" der Stadt München zurückweisen. — (mab)



Die Busse sollen Aktionen der DGB-Jugend unterstützen, die schwerpunkt mäßig vor Berufsschulen, auf Jugendversammlungen, in Betrieben und in Jugendzentren stattfinden.

nung von Frauen und Ausländern.

In der Industrie stehen relativ wenig Facharbeiter relativ vielen ungelernten Arbeitern gegenüber. Es werden also weniger ausgebildet, als insgesamt Arbeitskräfte benötigt werden. Im Handwerk ist es umgekehrt. In den Bereichen, in denen die Auszubildenden mehr einbringen, als sie kosten, wo sie schon nach kurzer Zeit produktiv sind, wird über dem Bedarf an Facharbeitern ausgebildet. Im Münchener Handwerk hat von 1970 bis 1980 die Zahl der Ausbildungsvorverträge um 190% zugenommen, die Zahl der Beschäftigten jedoch nur um 11%. Die Auszubildenden sind hier die billigen Arbeitskräfte, und diejenigen, die nach der Ausbildung nicht übernommen werden, gehen als ungelernte Arbeiter in die Industrie.

So hat die 12. DGB-Bundesjugendkonferenz 1985 beschlossen: "Ge-

währleistet sein, dadurch hätten die Gewerkschaften Einfluß auf Qualität und Inhalte der Ausbildung.

Da ungelernte Arbeiter immer eine billige Manövriermasse sind, die am schlechtesten bezahlt und am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen sind, ist die Forderung nach einer möglichst breiten Qualifikation für alle richtig. Konsequenterweise muß aber auch die kapitalistische Arbeitsorganisation angegriffen werden, die Tätigkeiten vorsieht, für die keine Ausbildung notwendig ist, die stumpfsinnig sind und krank machen.

Öffentliche Gelder für die Ausbildung in Betrieben

Der Stadt München hat ein Konzept der "Münchener Ausbildungsiniative", die aus dem Personalreferenten Frieling und aus Stadträten aller Fraktionen besteht, zur Beschußfas-

NRW

40 Jahre im Zeichen der christlichen Reaktion

Düsseldorf. Mit 10000 Akteuren, einer Zeltstadt auf den Düsseldorfer Rheinwiesen und mit einem dreistündigen Festumzug mit 5000 Teilnehmern ließ Johannes Rau, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen und Kanzlerkandidat der SPD, die Gründung des Landes NRW vor 40 Jahren feiern. Rau meinte in seinen "Gedanken zum 40. Geburtstag unseres Landes", es gäbe allen Grund dafür, denn: "Nordrhein-Westfalen ist zu einer stabilen und verlässlichen Kraft in der Bundesrepublik Deutschland geworden... das Herz unserer Bundesrepublik". Zu verdanken hätten "Wir in NRW" dies vielen Kräften. "Die Gewerkschaften und die Arbeitgeber, Kirchen und Verbände, Politiker aller Parteien, Millionen Menschen haben Anteil am erfolgreichen Weg unseres Landes."

Begonnen hatte dieser Weg am 23. August 1946 mit der Verordnung der britischen Militärregierung, aus Westfalen und dem britisch besetzten Teil des Rheinlandes das neue Land Nordrhein-Westfalen zu bilden. Noch vor der Gründung der Bundesrepublik wurde NRW gegründet als erster wichtiger Schritt, um den Westen Deutschlands der von den Siegermächten in Potsdam 1945 beschlossenen demokratischen Umgestaltung zu entziehen und einen separaten kapitalistischen Staat zu bilden. Insofern stimmt auch Raus Bezeichnung von NRW als "dem Herzen unserer Bundesrepublik".

Die deutschen Reaktionäre mischten bei der Gründung NRW's kräftig mit, allen voran Konrad Adenauer, damals Oberbürgermeister von Köln und rheinischer CDU-Vorsitzender, und sein späterer Innenminister Lehr.

Adenauer hatte schon 1945 in einem Interview erklärt: "Es sei notwendig, die drei Teile des nicht russisch besetzten Gebiets, die bei der Schaffung eines Rhein-Ruhr-Staates entstünden, in einem staatsrechtlichen Verhältnis zueinander zu belassen. Vor allem aber sei nötig, die Wirtschaft dieses Teiles, insbesondere die Wirtschaft des Rhein-Ruhr-Staates mit derjenigen Frankreichs und Belgiens zu verflechten, damit dadurch gemeinsame Interessen entstünden." Dieses Expansionsprogramm wird heute von der westdeutschen Bourgeoisie verfolgt, und Rau nimmt es ernst. Er war es, der ein eigenes Büro für NRW bei der EG in Brüssel eingerichtet hat.

Auch das von Rau so geliebte "Wir in NRW"-Gefühl stand bereits an der Wiege NRW's Pate. Denn um die Expansionsabsichten durchsetzen zu können, war es vonnöten, zu verhin-



Rau feiert sein NRW

dern, daß die Arbeiterparteien im Herzstück der zukünftigen BRD die Mehrheit gewinnen. Das proletarische Ruhrgebiet, in dem die KPD bei den letzten freien Wahlen 1932 stärkste Partei geworden war, galt es mit Hilfe der christkatholischen-erzkonservativen Kräfte des Rheinlandes und Westfalens zu majorisieren. Dazu Adenauer: "Durch die Einbeziehung des Rheinlandes mit seiner überwiegend konservativ gerichteten Bevölkerung in den neuen Staat sei die Möglichkeit gegeben, die Vorherrschaft der sozialistischen Parteien im Industrievier zu brechen." Damals stimmten KPD und SPD gegen die neue Landesverfassung – heute läßt Rau sie feiern. – (rub)

Bold Guard '86**Aktionseinheit gegen
NATO-Kernmanöver**

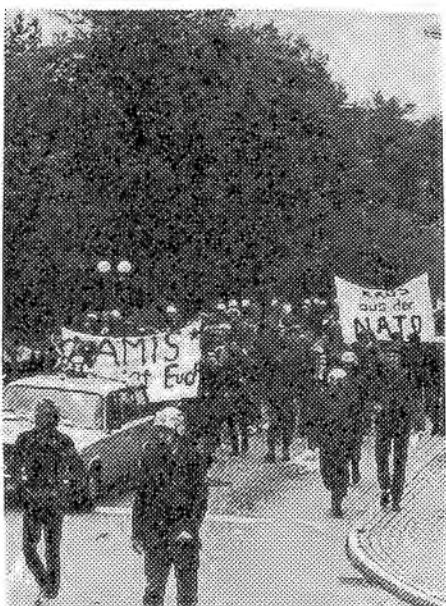
Rendsburg. Rund 200 Personen demonstrierten unter Forderungen nach Manövereinstellung und NATO-Austritt am 20.9.86 gegen das NATO-Kernmanöver "Bold Guard" (Böse Garde). "Bold Guard" findet seit 1974 alle vier Jahre in Schleswig-Holstein im Rahmen der Manöverserie "Autumn Forge" (Herbstschmiede) statt. In Rendsburg sitzt das NATO-Hauptquartier für die Ostseezugänge COMLANDJUT.

Zur Demonstration aufgerufen hatten Antimilitaristen aus Rendsburg, Kiel, Ostholstein und Lübeck, DFG/VK, Grüne Kiel, Volksfront, Autonome, BWK, KB und KPD. Die Rendsburger Jusos hatten sich zuvor in der örtlichen Presse staatstreu von den aufrufenden "gewalttätigen" Gruppen distanziert. Die DKP stellte zwar den Lautsprecherwagen, blieb dann aber der Aktion fern. Das mit SPD/DKP verbundene Ostermarschspektrum trat zwar ebenfalls nicht offen gegen die Demonstration auf; es konzentrierte sich in Flens-

burg, Kiel, Lübeck und Pinneberg aber allein auf die Mobilisierung zur Hundsrück-Demonstration am 11.10.86 unter der Losung: "Abrüstung wählen".

Dennoch fand die Demonstration Aufmerksamkeit unter der Bevölkerung; Rendsburger Autonome hatten den Aufruf zur Aktion an nahezu jeden Haushalt in der Innenstadt verteilt. Wenigstens an den mehrmonatigen Vorbereitungstreffen und drei öffentlichen Veranstaltungen in Kiel und Rendsburg beteiligten sich erstmals seit 1982 noch Jusos, DKP und der gesamte Landesverband Schleswig-Holstein der Grünen. Dabei konnte aufgrund von Ausarbeitungen von BWK und Volksfront Einheit darüber erzielt werden, daß die NATO-Manöverserie "Autumn Forge" mit von Nord nach Süd wechselnden Kernmanövern in der BRD an einem der vier geografischen Einfallstore zur DDR nicht bloß gigantische Übung jeweils aktueller NATO-Doktrinen und Taktiken ist; so wurde bei "Bold Guard '86" erstmals der Einsatz chemischer Waffen geprobt. Zustimmung fand vor allem die Analyse, daß solch eine Mobilmachung NATO und BRD befähigen könnten, "Kriegshandlungen aus dem Stand vom Nordkap bis zum Mittelmeer" ohne große Abwehrmöglichkeiten des Warschauer Paktes einzuleiten (Volksarmee, DDR, 1978).

Umstritten blieb dabei die Rolle der BRD. Als im Aufruf ein besonderes Interesse der BRD an einer Angriffs-kriegsvorbereitung gen Osten festgehalten wurde, schieden die "Vassallen"theoretiker aus. Umstritten blieb danach zwischen Autonomen, KB und Grünen einerseits und BWK und Volksfront andererseits der aktuelle Schwerpunkt der NATO-Strategie: Westeuropäische Zentralfront oder "Dritte Welt"? Der KB stellte klar, daß im Zentrum nach wie vor das Roll-Back gegen die sozialistischen Staaten steht. – (ped)



Stadtteilsanierung südliche Nordstadt

Geplant sind unterschiedliche Mieterhöhungen – eine "Verdrängung" der unteren Einkommen droht

Hildesheim. Am 4.Juni 1986 ist die südliche Nordstadt durch Genehmigung der Bezirksregierung zum viertgrößten Sanierungsgebiet Niedersachsens erklärt worden. Zuvor hatte das niedersächsische Sozialministerium den Sanierungsantrag der Stadt befürwortet und die Sanierung in das Förderprogramm des Landes aufgenommen. Bereits 1978 ließ die CDU-regierte Stadt von der Gesellschaft für Wohnungs- und Siedlungswesen mbH Hamburg (GEWOS) eine "Studie zur Abgrenzung von Sanierungsverdachtsgebieten" durchführen:

"In den 70 Straßen mit einem Ausländeranteil von 10 Prozent und mehr wohnen 52 Prozent aller in Hildesheim lebenden Ausländer; dagegen sind in den 78 Straßen mit einem Altenanteil von 25 Prozent und mehr nur 22 Prozent aller älteren Einwohner Hildesheims erfaßt." (1) Die Gutachter messen daraus folgernd der Konzentration der ausländischen Arbeiter mit ihren Familien "ein höheres Gewicht als Problemindikator" (1) bei. Offenbar ist den Auftraggebern wie den Verfassern der Studie Hauptproblem, Interessensäußerung unterer Einkommensgruppen im Wohnbereich von vornherein nicht entstehen zu lassen.

Die südliche Nordstadt wurde als ein "Sanierungsverdachtsgebiet" ausgemacht. Der Stadtrat beschloß 1981 die Aufstellung eines Stadtteilentwicklungsplans. Die südliche Nordstadt ist ein innenstadtnahes Wohngebiet mit kleineren Gewerbebetrieben. In 3631 Wohnungen leben 7031 Bewohner. 1985 arbeiten in 194 Betrieben ca. 2500 Beschäftigte. 41 Prozent der Betriebe haben weniger als drei Beschäftigte. Lediglich zwölf Betriebe haben mehr als 20 Beschäftigte, sie stellen jedoch 58 Prozent der Beschäftigten.

Sinkende Einkommen

1985 leben 816 Ausländer hier, von denen viele in benachbarten Industriebetrieben arbeiten. Von 1981 bis 1985 hat der Anteil unterer Einkommensgruppen an allen Haushaltsnettoeinkommen weiter zugenommen. Jeder dritte Haushalt hat 1985 weniger als 1400 DM netto zur Verfügung. Der Anteil dieser unteren Einkommensgruppen stieg in vier Jahren um neun Prozent. Im einzelnen (Inflation nicht berücksichtigt):

Einkommensgruppen mit monatlichem Haushaltsnetto unter 1000 DM lagen 1981 bei zehn Prozent aller Haushalte; 1985 bereits bei 14 Prozent. Die Gruppe 1000 bis 1400 DM lag 1985 bei 19 Prozent nach 14 Prozent im Jahr 1981. Demgegenüber

verringerte die Gruppe 1400 bis 1800 DM sich von 27 Prozent (1981) auf 20 Prozent (1985). Auch in der Gruppe 1800 bis 2200 waren nach 20 Prozent (1981) nur noch 17 Prozent (1985) zu finden. Zugenommen hat die Gruppe 2200 bis 2600 DM monatliches Haushaltsnettoeinkommen von elf Prozent 1981 auf 14 Prozent (1985). Die Einkommensbereiche 2600 bis 3000 DM blieben mit einem Acht-Prozent-Anteil gleich belegt. Der Anteil von Haushaltseinkommen über 3000 DM ist von zehn auf neun Prozent gesunken.

aller Haushalte 1985 gestiegen.

Schlechter Wohnstandard

Zahlreiche Häuser (Baujahre vor 1918, in den 30er und frühen 50er Jahren) waren schlecht ausgestattet. 1985 hatten 320 Wohnungen weder Bad noch Sammelheizungen. 890 Wohnungen waren zwar mit Bad, nicht aber mit Sammelheizungen ausgestattet. Weiteren 700 Wohnungen fehlten Isolierglasfenster, und insgesamt 2500 Wohnungen hatten keinen Balkon. Die Durchschnittsmiete pro Quadratme-



Mietshäuser und kleine Betriebe, typisch für die südliche Nordstadt.

ken.

Die "Planerwerkstatt 1", Hannover, die 1981 und 1985 im Auftrag der Stadt Bewohnerbefragungen durchführte: "Die Zunahme des Anteils unterer Einkommen ist auch landesweit (vgl. Mikrozensus 1982) und in anderen Städten (z.B. Repräsentativuntersuchung der Stadt Hannover) zu beobachten und insofern kein Spezifikum der Nordstadt. Allerdings ist der in den anderen Untersuchungen festgestellte gegenläufige Trend der gleichzeitigen Zunahme des Anteils hoher Einkommen für das Untersuchungsgebiet Nordstadt nicht zutreffend!" (2)

Die Erfahrung der zunehmenden Verarmung machen viele, die in gleichen Straßen wohnen, nicht nur als einzelne. Über die Jahre spricht sich das rum. Der PKW-Bestand sinkt: 1985 hatten nur noch 49 Prozent aller Haushalte einen PKW, während es 1981 noch 60 Prozent waren. Reproduktion im Familienzusammenhang existiert für die Mehrheit nicht mehr: Der Anteil der Ein-Personen-Haushalte ist von 1970 gleich 30 Prozent über 1980 gleich 52 Prozent auf 54 Prozent

ter Wohnfläche stieg von 4,30 DM auf 5,39 DM. Die jährliche Mietsteigerung von 6,3 Prozent lag über den Angaben des Mietenberichts der Bundesregierung für Altgebäude in diesen Jahren. Sie lag jedoch im Durchschnitt der Mietsteigerung, die für den besonderen Wohnungsmarkt für Altbauwohnungen in Ballungsräumen gilt. Die Mietsteigerung bei sinkenden Einkommen hat dazu geführt, daß ein Drittel aller Haushalte durch die Kaltmiete mit einem Mietkostenanteil von über 25 Prozent des Haushaltsnettoeinkommens belastet war. "Dabei sind Haushalte mit einer Nettomietkostenbelastung von über 25 Prozent als 'hochbelastet' und bezogen auf lokale Wohnungsmärkte (z.B. in Stadtteilen) akut verdrängungsgefährdet einzustufen." (2)

63 Prozent der Bewohner waren der Auffassung, daß ihre Wohnung Modernisierungsbedarf aufweist. 34 Prozent bezeichneten ihre Wohnung als dringend modernisierungsbedürftig (Bewohnerbefragung 1985). "Diejenigen, die ihre Wohnung für dringend moder-

nisierungsbedürftig halten, sprechen sich jedoch ... überwiegend gegen eine Modernisierung aus, die anschließende Mieterhöhungen zur Folge hat: 71 Prozent meinen, daß sie sich eine modernisierungsbedingte Mieterhöhung nicht leisten können. Dieser Anteil lag 1981 noch bei 60 Prozent!" (2)

Maßnahmen der Stadt

In der Öffentlichkeit stellt die Stadtverwaltung als Sanierungsziele Verkehrsberuhigung, Verbesserung des Grünflächen- und Spielplatzangebots, Schaffung bedarfsgerechter Kommunikationseinrichtungen, Auslagerung störender Gewerbebetriebe und eine Neugestaltung der Blockinnenhöfe in den Vordergrund. Die Modernisierungsförderung der Wohnungen nimmt mit 63,132 Mio. DM jedoch den größten Ausgabenanteil an den geplanten 106 Mio. DM ein, die in den nächsten 20 Jahren ausgegeben werden sollen. Demgegenüber fallen die Ausgaben für Freiflächen, Spielplätze mit 3,61 Mio. DM und die Verkehrserschließung mit 10,995 Mio. DM weniger ins Gewicht. Direkt ausgewiesen sind Ge-

werbeverlagerungs-Hilfen mit 6,3 Mio. DM im Rahmen des "Sozialplans". Hinzu kommen Entschädigungen an Kapitalisten für Abbruch gewerblich genutzter Bausubstanz in Höhe von 5,825 Mio. DM.

Nur drei Viertel der Wohnungen ohne Bad und Sammelheizung und 60 Prozent der Wohnungen, denen eine Sammelheizung fehlt, sollen modernisiert werden. Die fest eingeplanten Mietsteigerungen liegen zwischen 0,90 DM und 1,85 DM pro Quadratmeter, was bei einer Durchschnittsgröße von 70 Quadratmeter eine Mietsteigerung zwischen 63 DM und 129,50 DM pro Monat bedeutet. Wohl wissend, daß die unteren Einkommensgruppen dies nicht tragen können und mit Widerstand zu rechnen ist, hat die Stadt einen "Sozialplan" aufgestellt. Danach sollen in zwei Dritteln der Wohnungen, die modernisiert werden, die Mieterhöhungen auf 4,50 DM bis 5,50 DM begrenzt werden. Die Ausgangsmieten der am schlechtesten ausgestatteten Wohnungen liegen 1985 zwischen 3,75 und 4,25 DM pro Quadratmeter. Gegenüber der Forderung nach

Modernisierung aller schlechtausgestatteten Wohnungen ohne Mieterhöhung schlägt die Stadt eine Taktik der Spaltung und Differenzierung ein. Ihr geht es nicht um Modernisierung aller Wohnungen. Nur soviel, um einen Teil der unteren Einkommensgruppen aus der südlichen Nordstadt zu "verdrängen".

Im Rahmen der Sanierung kauft die Stadt Wohngebäude auf. Diese will sie nach der Modernisierung wieder reprivatisieren. Demgegenüber ist die Übernahme weiterer Häuser in kommunaler Trägerschaft zur Sicherstellung eines gleichbleibenden Mietniveaus nach erfolgter Modernisierung ein Weg, Interessen der unteren Einkommensgruppen zu wahren. Störende Gewerbebetriebe sollen Investitionen selbst bezahlen, statt kommunale Finanzen zu belasten.

Quellenhinweis: (1) GEWOS-Studie, 1979; (2) Ergänzende Untersuchungen zum Stadtteilentwicklungsplan Nordstadt, 12/1985, Stadt Hildesheim; Südliche Nordstadt, Ergebnisse der vorbereitenden Untersuchungen zur Sanierung, 7/86, Stadt Hild. – (rab)

Positionen von DKP, GRÜNEN und SPD

Der CDU-Oberbürgermeister Klemke und der Oberstadtdirektor Dr. Buerstedde (CDU) schreiben im Vorwort zur "Informationsbroschüre zu den Ergebnissen der vorbereitenden Untersuchung zur Sanierung": "Niemandem soll durch die Sanierung ein Nachteil entstehen, und niemand soll aus seinem angestammten Wohnquartier durch Sanierungsmaßnahmen vertrieben werden. Um dies zu gewährleisten und um im Einzelfall auftretende Beschwerden so weit möglich zu mildern, hat die Stadt einen umfangreichen Sozialplan beschlossen." In der Broschüre heißt es dann unter den Sanierungszielen: "Gebäude- und Wohnungsmängel, die die Wohnnutzung beeinträchtigen, sollen durch Modernisierungsförderung bei weitgehendem Erhalt des mietpreisgünstigen Wohnungsbestandes behoben werden, um die gewachsene soziale Zusammensetzung des Stadtteils zu sichern." Mieterhöhungen werden nicht ausgeschlossen. Im folgenden haben wir Auszüge aus den Programmen zur Kommunalwahl am 5.10.86 der DKP, der GRÜNEN und der SPD dokumentiert. Die DKP fordert als einzige die Senkung der Mietbelastung.

DKP: "Der soziale Wohnungsbau ist längst zum Erliegen gekommen. Stattdessen nehmen Bodenspekulationen zu. Steigende Mieten und schlechte Wohnverhältnisse kennzeichnen die Situation in Hildesheim. Aufwendige Renommierpro-

jekte werden mit Millionen DM subventioniert, während die Nordstadtsanierung etwa zwanzig Jahre dauern soll. Hauptbetroffene sind junge Arbeiter-Familien, kinderreiche Familien, ausländische Kollegen und ihre Familien, Rentnerhaushalte und nicht zuletzt Studenten.

* Die DKP setzt sich für einen sofortigen Mietpreis-Stopp und eine Begrenzung der Miete auf 12 Prozent des Einkommens des Hauptverdieners der Familie. Der soziale Wohnungsbau muß gefördert und ausgebaut werden; erhaltenswerte Bausubstanz darf nicht vernichtet werden. Es muß eine wirksame Kontrolle der Wohnungs- und Baugesellschaften durch Mietermitbestimmung unter Einbeziehung

der Gewerkschaften, Mietervereine und anderer Mieterorganisationen geben."

Die GRÜNEN: "Wichtige Ziele bei der Ausarbeitung eines STEP (Stadtentwicklungsplans) sollten sein: ...

* Verbesserung der Wohnungsqualität, auch unter baubiologischen Gesichtspunkten, im Rahmen von Sanierungsmaßnahmen, allerdings mit der Vorgabe, daß nicht durch Totalsanierung o.ä. eine für viele der bisherigen Mieter nicht tragbare Mietbelastung entsteht

* Vermeidung sozialer Ghettos ... durch gemischte Bebauung ...

An solchen Plänen und daraus folgenden Maßnahmen sind die Bürger über Sanierungsbeiräte ... Bürgerversammlungen zu beteiligen ...

Die stadteigene Gemeinnützige Baugesellschaft, die sich in einer Finanz-Krise befindet und deren Wohnungsbestand drittklassig zu werden droht, scheint uns nicht in der Lage, die Interessen ihrer Mieter zu befriedigen. Nachgedacht werden sollte über kleine überschaubare genossenschaftliche Wohnmodelle, in denen die Bewohner/innen ein Höchstmaß an Einfluß bekommen."

SPD: "... * Wir werden viele Stadtteile sanieren

* die Gemeinnützige Baugesellschaft bei der Instandsetzung ihrer Wohnungen unterstützen

* Wir werden die Wohnqualität erhöhen z.B. durch Modernisierung und Sanierung des Altbaubestandes unter weitgehender Erhaltung preiswerter Wohnungen."



Frauenrenten sind oft sehr niedrig.

Senat ändert Arbeitszeitverordnung

Westberlin. Der Senat hat die Arbeitszeitverordnung für die Beamten geändert. Ab 1.1.87 stehen auch ihnen zwei freie Arbeitstage zu, die "Arbeitszeitverkürzung" im öffentlichen Dienst. Davon ausgenommen sind die Westberliner Lehrer. GEW, DGB und HPR (Hauptpersonalrat) haben sich erfolglos gegen die Anweisung gewandt, wonach die zwei Tage mit den Schulferien abgegolten sind. Ferner kritisiert der HPR die Absicht, die im Wechselschichtbetrieb als Ausgleich geschaffenen 158 Stellen an anderer Stelle einzusparen. — (har)

Stahl: Abschluß schlechter als Metall

Essen. Am Montag, 29.9., haben der Kapitalistenverband Eisen und Stahl und die IG Metall einen Tarifvertrag für die rund 150000 Beschäftigten der Stahlindustrie NRW, Südwestfalen und Bremen abgeschlossen. Ab 1.9.1986 sollen die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um 3,3% steigen, ab 1.2.1987 um 4,4% auf Grundlage der jetzigen Löhne. Die Laufzeit beträgt 14 Monate, endet also erst am 31.10.1987. Nach Angaben der IG Metall

Dortmund. Seit Anfang der letzten Woche blockieren Bewohner des Stadtteils Dorstfeld-Süd mit Transparenten ein verseuchtes Wohngebiet, damit keine Baufahrzeuge der Stadt mit "Sanierungsarbeiten" beginnen können (Bild). Die Bewohner fordern die Umsiedlung in neuen Wohnraum, bevor mit den Arbeiten begonnen wird. Sie fürchten, daß bei den Arbeiten Giftstaub, auch krebsfördernde Stoffe, weggeweht und daß die Bevölkerung zusätzlich gefährdet wird. (Quelle "UZ", 27.9.86) — (gba)

macht die Erhöhung im Schnitt pro Monat 4,01% aus. Berücksichtigt man die längere Laufzeit, kommt man jedoch auf keine 3,5%. Ihr Ziel, den "nicht tragbaren" Metallabschluß von 4,4% und einer Einmalzahlung zu unterbieten, haben die Stahlkapitalisten also erreicht. Die Tarifkommission der IG Metall tagt am 30.9. Gegen das erste Angebot, das — ebenfalls auf Grundlage eines Stufenplanes — im Schnitt 2,78% ausmachte, bei Berücksichtigung der längeren Laufzeit knapp 2,4%, haben Zehntausende gestreikt. Allein am 24.9. legten rund 44000 Beschäftigte die Arbeit nieder, die Produktion ruhte bis zu vier Stunden. — (wof)

ten vereinbart. 67,2% haben neun freie Tage bzw. "kombinierte Freizeitregelungen". Für sie ist das "Flexitor" aufgestoßen. Redebeiträge zum Thema "Neue Heimat" wurden seitens der Konferenzleitung nicht zugelassen. — (has)

"Dank" für Streikbrecher

Waldmichelbach. Die Firma Coronet hat für 1986 den Urlaub von 30 auf 25 Tage und das Urlaubsgeld von 50 auf 25% des Lohnes/Gehalts gesenkt. Manche Arbeiter arbeiten ausschließlich Nachschicht, um tagsüber ihre Landwirtschaft, auf die sie zusätzlich angewiesen sind, zu betreiben. Jüngere Arbeiter versuchen, in Weinheim oder an der Bergstraße eine andere Arbeit zu finden. Coronet ist die Mutterfirma der Pinselafabrik Sterkel in Ravensburg, bei der die Belegschaft im Juni einen Streik um Anerkennung der Tarife führte. Damals sandte Coronet 24 Streikbrecher nach Ravensburg. — (tht)

38,5-Std.-Woche: Ganz schön flexi!

Heidelberg. Auf der IGM-Funktionärskonferenz am 23. September sprachen sich in Bezug auf die Tarifbewegung für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich Ortsverwaltung und Vertreter aus den Betrieben gegen die Flexibilisierungspläne der Kapitalisten aus. Samstags-/Sonntagsarbeit, Abkopplung der Betriebsnutzungszeit von der Arbeitszeit, "mehr Individualisierung statt kollektiver Regelungen" wurden einheitlich abgelehnt. Laut Ortsverwaltungsstatistik gilt für 98,6% von 26800 Beschäftigten in 65 Betrieben der Verwaltungsstelle die 38,5-Std.-Woche. Betriebsvereinbarungen mit freitags 1,5 bzw. jeden zweiten Freitag 3 Std. früher Feierabend wurden jedoch nur für 13,2% bzw. 4,4% der Beschäftig-



Am 22.9. erzwangen mehrere tausend schwarze Bergarbeiter der Kinross-Mine in Südafrika den Abbruch einer Veranstaltung der Bergwerkskapitalisten für die 180 Bergarbeiter, die bei einer Explosion getötet wurden. Die schwarzen Bergarbeitergewerkschaft NUM hat für Mittwoch, den 24.9., zu einer Gedenkveranstaltung aufgerufen. Sie klagt die Bergwerkskapitalisten an, die durch die Arbeitsbedingungen und durch das Fehlen von Vorkehrungen des Arbeitsschutzes nicht nur diese Todesfälle zu verantworten haben. In den letzten 16 Jahren starben im südafrikanischen Bergbau mehr als 8300 Arbeiter. Fast eine Viertelmillion wurde verletzt. — (anl)



DGB-Jugend-Aktion an Berufsschulen

Karlsruhe. Die DGB-Jugend führte eine Informations-Tour an den Berufsschulen durch. Dabei wurden folgende Forderungen zur Verbesserung der Lage der Berufsschüler erhoben: Lernmittelfreiheit — anstatt des 50%-Bonussystems der Stadt; Begrenzung des Unterrichtsausfalls. Weiter wird von der DGB-Jugend die Einrichtung einer Mensa an den Berufsschulen gefordert, um den Schülern ein warmes Mittagessen zu ermöglichen. — (evd)

KAPOVAZ**Flexible Arbeitszeiten –
im Einzelhandel seit Jahren**

Karlsruhe. Die Einzelhandelskapitalisten waren die ersten, die die Schranken des Normalarbeitstags, der sich auszeichnet durch festgelegte Arbeitszeiten, festen Lohnrahmen und weitere tarifliche Regelungen, mit flexiblen Arbeitszeitssystemen wie Teilzeitarbeit, Rolliersysteme, Arbeit auf Abruf, Leistungs- und Prämienkopplung an Umsatzerwartung usw. durchbrachen. In keiner anderen Branche ist der Anteil an Teilzeitarbeit so hoch, ist der Anteil an Frauenarbeit so groß, sind Löhne und Gehälter so niedrig: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sank von 1980 = 1768000 auf 1652200 im März 1984. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigte stieg von 334000 auf 338000, die der Vollbeschäftigte gingen um 120000 zurück. Insgesamt sind im Einzelhandel rund 1,9 Mio. Arbeiter und Angestellte beschäftigt, davon knapp 600000 in Teilzeit. Rund 71 % der Beschäftigten sind Frauen. In Teilzeit arbeiten 98 % Frauen, in Vollzeit nur 59 %. (1) Die Ausdehnung auf alle Branchen zeigt die Anstrengungen der Kapitalisten, flexible Arbeitszeiten durchzusetzen: Von den rund 28 Mio. Beschäftigten aller Branchen haben ca. 2,5 % der Vollzeitkräfte, ca. 10 % der Teilzeitkräfte und 40 % der "geringfügig" Beschäftigten Arbeitsverträge mit variabler Arbeitszeit. (2)

Laut Geschäftsbericht '84 hatte die Fa. OTTO Versand 1983 10800 Beschäftigte (auf Vollzeitkräfte umgerechnet). Im Betrieb Hamburg werden zu Saisonspitzen "bis zu 1700 Aushilfskräfte, meist Hausfrauen aus der Umgebung, zusätzlich eingesetzt". "20 Prozent aller Mitarbeiter sind Teilzeitbeschäftigte. Neben der klassischen Teilzeit- und Halbtagsbeschäftigung werden ... andere Formen von flexiblen Arbeitsverträgen angewendet, wie z.B. garantierte Jahres- und Saisonarbeitszeitverträge." (3)

Seit 1960 gibt es im Einzelhandel tarifliche Bestimmungen zur Teilzeitarbeit. Hausfrauen wurden unter dem Motto "Arbeit nach Maß" angelockt.

Der planmäßige Angriff auf den Normalarbeitstag erfolgte in den 70er Jahren. Zugunsten der "Grünen Wiese"-Märkte ging der Marktanteil der Kaufhauskonzerne kontinuierlich zurück. 1974 betrug dieser noch 10 %, heute sind es knapp 6 %. Im Lebensmitteleinzelhandel konzentrieren heute 1 % der Unternehmen 60 % des gesamten Umsatzes auf sich – dabei handelt es sich um 6 Firmengruppen. (4) Das führte zu einer Rationalisierungswelle, die bis heute andauert. Mittels Datenverarbeitung wurden Warenwirtschaftssysteme, Betriebsdaten- und Personaldatenerfassung von der Kasse bis zum Zentralrechner gekoppelt. Die bekannteste Unternehmensumstrukturierung führte McKinsey bei der Kaufhof AG durch. Bis 1983 wurden 12521 Arbeitsplätze wegrationalisiert. Das waren 28,4 % der Arbeitsplätze von 1980. (5)

In der "Gemeinkostenwertanalyse Kaufhof 1980" stellt McKinsey fest, daß es um die Beseitigung der "ungenügenden Abstimmung zwischen Arbeitskraftvolumen, Arbeitsanfall und hohem organisatorischen Aufwand" geht. (6) 1975 wurden Gleitzeitmodelle wegen mangelnder Variabilität aufgrund der zu langen Kernarbeitszeit zugunsten "offener" Arbeitsverträge beseitigt. (7)

Die Studie "Die Mittel zur Optimierung des Personaleinsatzes und der Arbeitsproduktivität durch Einsatz von Teilzeit- und Aushilfsarbeitskräften" (8) legte Rationalisierungsberechnungen vor. Auftraggeber war das Bundeswirtschaftsministerium. Es wurden Formeln errechnet wie 1 % Umsatzrückgang = 0,5 % Personalabbau. Oder Arbeiten im Verkaufsbereich mit Kundenkontakt: Teppiche = 16,4 % bis Damenkonfektion = 46,3 %. Die durchschnittliche "unproduktive Ausfallzeit" beträgt 25 % der "bezahlten Arbeitszeit". Danach muß das Ergebnis von Personaleinsatzplanung der Abbau dieser "unproduktiven Wartezeiten",

Ausgleich der Beschäftigungsschwankungen und das Erreichen eines möglichst "hohen Auslastungsgrades" der Beschäftigten sein. Verwiesen wird auf das Problem der tariflich geregelten Arbeitszeit von 40 – heute 38,5 – Stunden gegenüber einer durchschnittlichen Geschäftsöffnungszeit von 57 Stunden pro Woche.

Beispiele von KAPOVAZ-Arbeitsverträgen

"Formulararbeits-Vertrag" der Firma Peek & Cloppenburg KG, Punkt 2: "Die Arbeitszeit richtet sich nach dem Arbeitsanfall und wird von Fall zu Fall zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer abgesprochen." Im "Anhang zum Abruf-Vertrag" von Peek & Cloppenburg heißt es: "Sie haben mit uns einen Abruf-Arbeitsvertrag geschlossen, der vorsieht, daß sich ihr Arbeitseinsatz (und damit auch die Höhe Ihres Verdienstes) nach dem Arbeitsanfall richtet und jeweils zwischen Ihnen und Ihrem Vorgesetzten abgesprochen wird ... Der Vertrag sichert Ihnen kein regelmäßiges festes Einkommen. Die Höhe des Verdienstes richtet sich nach dem Arbeitsanfall, der wiederum ist abhängig von unseren Umsatzerwartungen. Es ist durchaus möglich, daß Sie auch einmal über einen gewissen Zeitraum hinweg nicht bestellt werden ..." (9)

Einen ähnlichen Fall entschied das Arbeitsgericht Hamburg am 2.5.1984: "Aufgrund dieser Klausel wurde der Kläger, der zunächst variabel zwischen 20 und 40 Wochenstunden abgeleistet hatte, zunächst zwei Wochen, später drei Monate lang nicht abgerufen und erhielt in dieser Zeit folglich auch keinen Lohn." (10)

Ein sog. "Bandbreiten-Vertrag" ist der "Anstellungsvertrag für Verkäuferinnen" der Firma ALDI. Unter Punkt 6 "Beschäftigungsumfang" heißt es: "a) Sie werden als Teilzeitbeschäftigte eingestellt und haben einen Arbeitsanspruch von mindestens ... Stunden je Woche im Jahresdurchschnitt. Sie sind damit einverstanden, daß sich die Stundenzahl in den einzelnen Wochen auf bis zu ... Stunden verringern und auf bis zu ... Stunden erhöhen kann ... b) Die Arbeitsteilung ist wechselnd und wird jeweils für eine Woche im Rahmen der Personaleinsatzplanung durch den Filialleiter festgelegt. Ihre Wünsche werden dabei weitgehend berücksichtigt." (11)

Als sog. "Mindestarbeitszeit-Vertrag" gilt der "Anstellungsvertrag für kaufmännische Teilzeitbeschäftigte" der Horten AG. Punkt 3: "Die Arbeitszeit beträgt ... % der tariflichen Arbeitszeit, das sind durchschnittlich ... Stunden ... Der Arbeitseinsatz sowie Lage und Dauer der Arbeitszeit erfolgt entsprechend dem Arbeitsanfall ... Bei Beschäftigung über die vereinbarte Zeit hinaus, erhalten Sie je Arbeitsstunde die vereinbarte Vergütung, soweit die Stunden innerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit des Betriebs geleistet wurden." (12)

Als weiteres Beispiel sei der "Jahresarbeits-Vertrag" von C&A Brennikmeyer zitiert: "Die effektive Arbeitsleistung beläuft sich auf ... Stunden im Kalenderjahr, die je nach Festlegung zu erbringen sind. Die Festlegung der Arbeitsleistung nach Tagen und Uhrzeit wird in angemessener Zeit voraus getroffen." (13)

Das Bestimmungsrecht über Dauer und Länge der Arbeitszeit liegt allein beim Kapitalisten. Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf entschied, daß "Ablehnung des Arbeitsangebots" ohne "stichhaltige Begründung" als "Arbeitsverweigerung" anzusehen ist. (14)

Nach Berechnungen der Gewerkschaft HBV liegt der Rationalisierungseffekt dieser Arbeitszeitssysteme bei Umsatzsteigerungen von 6–7 % mit gleichzeitiger Verringerung des Arbeitseinsatzes von 7–8 %. (15) (1), (4), (5) Glaubitz/Schamper: "Hinter Neonlicht und Glitzerwelt", VSA 1985; (3) OTTO Versandinformation 1984; (2), (9), (10), (11), (14) Klevemann : "Arbeitszeit" in Arbeitsrecht im Betrieb Heft 5/86; (5), (6), (7) "Arbeitsheft Personalplanung – Für eine arbeitnehmerorientierte Personalplanung – gegen Personal- und Sozialabbau", HBV-Vorstand, Düsseldorf 1982; (8) absatzwirtschaft Heft 11/83; (12), (13), (14), (15) HBV-Projekt "HAZEG", versch. Mitteilungen – (rub)

Bücher

Öffentliche und häusliche Kindererziehung

Zur Kinderpsychologie in der Sowjetunion

Die Autorin widerlegt im unten genannten Buch die bürgerliche Theorie der Vererbung von Charaktereigenschaften und Fähigkeiten eines Menschen, in dem sie feststellt und belegt, daß die Entwicklung des Kindes im wesentlichen von den Einflüssen der Umwelt und der Gesellschaft abhängig ist. Sie beweist dies durch eine differenzierte und systematisch gegliederte Darstellung der Entwicklung von Empfindung, Wahrnehmung, Aufmerksamkeit, Gedächtnis und Phantasievorstellungen, Denken, Sprache, Gefühl und Wille des Kindes vom Säuglings- bis ins jüngere Schulalter. Die Abschnitte sind nach den drei Entwicklungsstufen Kleinkindalter, Vorschulalter und jüngeres Vorschulalter gegliedert. Im letzten Teil des Buches wird auf die Entwicklung der Persönlichkeit des Kindes im Zusammenhang mit den sozialistischen Gesellschaftsverhältnissen eingegangen.

Das Wissen, wie ein Kind Erkenntnisse gewinnt, das in diesem Buch vermittelt wird, bietet eine gute Grundlage beispielsweise für die Kritik an der Art und Weise wie in unserer Gesellschaft Wissen vermittelt wird und bietet gute Argumente für eine polytechnische Ausbildung. (Anna Ljublinskaja, Kinderpsychologie, Pahl-Rugenstein Verlag – mok)

Babys wachsen gemeinsam auf

Mit dem Untertitel "Mütter entlasten sich selbst und helfen ihren Kindern" berichtet L. Doormann in ihrem Buch über die Erfahrung von Müttern, die aus Mangel an städtischen Krippenplätzen eine private "Baby-Initiative" gründeten.

Präzise werden die vielen Schwierigkeiten der Mütter geschildert, die Ängste, sich gegen die herrschende Ideologie, die starke Mutter-

Kind-Bindung zu entscheiden, der Kampf um städtische finanzielle Unterstützung, die Organisation einer Krippe mit ihren ganzen Problemen. Weiter erfährt man dann etwas über die positive Entwicklung der Kinder, Kontaktaufnahme untereinander, Erweiterung des Erfahrungsschatzes der Kinder, Versuche und Resultate gezielter Förderung der Kleinkinder.



Doormann: "Zur gesunden Entwicklung ist die Förderung motorischer Fähigkeiten nötig."

Geschildert wird auch eine enorme Belastung der Eltern und Erzieher, die sich aus finanziellen Problemen, aber auch aus sehr hohen Ansprüchen der Eltern ergab. Diese Belastung wird aber kaum kritisiert, sondern als gegeben hingenommen.

Unter dem Stichwort "Kleinkinderziehung" wird wissenschaftlich untersucht, wie die derzeitige Ideologie der engen Mutter-Kind-Bindung sich entwickeln konnte. Beispielsweise werden falsche Schlußfolgerungen aus Untersuchungen von R. Spitz, die zur Aufwertung der Mutter-Kind-Beziehung führten, in der BRD nicht kritisiert und zurückgenommen. Kritisiert und beim Namen genannt werden die Hauptverfechter dieser staatstragenden Ideologie. (Lottemi Doormann, Babys wachsen gemeinsam auf, rororo Elternrat, Nr. 7447, September 1981 – unb)

Die berufstätige Mutter

Der DDR-Autor Heinz Schmidt kritisiert in seinem Buch die westliche Ideologie, die die Mutter an die Familie fesseln soll, vor allem anhand der Beispiele USA und BRD. Er setzt ihr als positives Beispiel die DDR und die sozialistischen Staaten entgegen. Nach einer geschichtlichen Einleitung zur Entwicklung der Familie kritisiert er das westliche Mutterbild, wie es von Seiten der Politik und Wissenschaft verbreitet wird; er setzt sich auch mit dem Widerstand dagegen auseinander, beispielsweise anhand der Frauenbewegungen.

Das Buch bietet einen Einblick, wie die sozialistischen Staaten eine partnerschaftliche Beziehung in der Familie fördern, Grundvoraussetzungen schaffen, die es den Frauen ermöglichen, trotz Mutterschaft sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen, um eine gleichberechtigte Funktion in der Gesellschaft einzunehmen zu können. Ein solcher Grundsatz ist z.B. der gleiche Lohn für gleiche Arbeit, aber auch die besondere Unterstützung der berufstätigen Mutter durch den Staat.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Kindererziehung, besonders die Kleinkinderziehung. Die kollektive Erziehung setzt er der Behauptung entgegen, daß Kleinkinder bei Trennung von der Mutter geschädigt würden. (Heinz H. Schmidt, Die berufstätige Mutter, Dietz-Verlag, Berlin 1981 – unb)

Glückliche Kinder – bessere Gesellschaft

Benjamin Spock, Kinderarzt aus den USA, veröffentlichte 1946 erstmals "Säuglings- und Kinderpflege", inzwischen Millionenfach aufgelegt und betitelt als der ganzen Welt meistbefragter Ratgeber. In 171 Anweisungen auf 440 Seiten wird beschrieben, wie sich Eltern ihren Kindern zwischen Geburt und Pubertät gegenüber zu verhalten haben. Spock bezeichnet sich als antiautoritär. Er opponierte in den USA gegen die herrschenden konservativen Er-

ziehungsvorstellungen von der Unterdrückung des Kindes. Sein Erziehungsziel ist geprägt von seiner Kritik an Korruption, Konkurrenzkampf, Wohlstandsdenken und Demoralisierung der US-amerikanischen Gesellschaft. In einer tiefgreifenden Revision des Ehe- und Familienlebens hin zur Erziehung glücklicher Kinder, die wiederum glückliche Eltern würden, sieht er die Lösung. Seine entsprechenden Tips scheinen, obwohl 40 Jahre alt, heutigen BRD-Frauenzeitschriften entnommen. Ob es sein Engagement für die stillende oder für die nicht- bzw. teilzeitbeschäftigte Mutter betrifft: Letztendlich liege es an der Familie und an der Unfähigkeit der Eltern glückliche Kinder aufzuziehen, wenn diese Welt keine "bessere" würde. (Dr.med. B.Spock: Säuglings- und Kinderpflege, Ullstein, 1970, ca. 19 DM – ccs)

Alltag mit Kleinkindern

Das Buch "Von 0 bis 3" von Gisela Preuschoff ist ein Ratgeber für Eltern kleiner Kinder im kapitalistischen Alltag: "Es gibt Erziehungsfehler, die sich unter den derzeitigen Bedingungen nicht vermeiden lassen ... Mein Buch handelt von den vermeidbaren." Es enthält viele Anregungen für Tätigkeiten, Spiele, Spielzeug und Bewegungsspiele mit Kleinkindern, die auch in der Großstadt umzusetzen sind. Positiv ist, daß die Autorin – im Gegensatz zu den meisten Eltern- oder Mütterratgebern – davon ausgeht, daß beide Elternteile voll berufstätig sind. Für die einzelnen Altersstufen enthält das Buch jeweils ein Kapitel "Anregungen für einen Tagesablauf berufstätiger Eltern mit ihrem Kind". Die Autorin bewertet die verschiedenen Unterbringungsmöglichkeiten kleiner Kinder (Großeltern, Tagesmütter, Babygruppen, Krippen). Grundsätzlich befürwortet sie die Kripenerziehung, räumt aber ein, daß die Unterversorgung mit guten Krippenplätzen viele Eltern dazu zwingt, sich für andere Lösungen zu entscheiden. Gisela Preuschoff un-

terstützt die Forderungen von gewerkschaftlich organisierten Erziehern in den Krippen: "Ideale Krippen gibt es derzeit nicht. Um so mehr kommt es darauf an, daß sich Eltern mit den Forderungen der Erzieher solidarisieren: Wenn es auch keine idealen Krippen gibt, so gibt es doch vielerorts engagierte und mutige Erzieher und Elternvertreter, die sich nicht alles bieten lassen." (Pahl-Rugenstein Verlag, 1985, 14,80 DM – sae)

Gehorsam, Disziplin, Gebet, Askese

60 Seiten quälende Beschreibung schon seit "grauer Vorzeit bestehender" Probleme Jugendlicher in der Pubertät, heute zu "neurotischer Depression" sich steigernd durch "instinktlose Mutter-Säugling-Beziehung. Seit den 60er Jahren nutzt der "veränderte Zeitgeist" diese Chance: "Emanzipation", "Sexualisierung", "Indoktrination". Gegen diese "Flut" sammelt die Autorin "Inseln des Widerstandes": private Konfessions-, "Schulen des Hans

Nonne. Beim Lesen ihres neusten Büchleins wird man abwechselnd von Ekel und schallendem Gelächter befallen. (C. Meves, Unsere Kinder wachsen heran, Herder TB, Bd. 1269 – uls/ols)

"Auf der Suche nach dem verlorenen Glück"

Die Autorin lernt in Venezuela die Yequana-Indianer kennen. Sie ist fasziniert von der Selbstzufriedenheit dieser Menschen, die als Sammler und Jäger leben. Für Arbeit haben sie keinen Gattungsbegriff, da alle Tätigkeiten gleichermaßen mit Freude und Selbstverständlichkeit verrichtet werden. Die Säuglinge werden bis zum Krabbelalter von ihren Müttern am Körper getragen, so daß sie an allen Lebensäußerungen teilhaben. Reaktionen wie anhaltendes Weinen oder Trotz sind ihnen völlig fremd. Lieloff führt dies zurück auf das "Getragenwerden", das für das Baby nach der Geburt einen Zustand der Stabilität wiederherstellt. Das so entstandene innere Gleichgewicht sei



Maier und Mayer-Vorfelder", Elternhäuser. Hebel zur moralischen Aufrüstung: "Triebaufschub". Ist doch die Zügelung des sexuellen Triebes (Klöster des Mittelalters!) die Ursache für die Entwicklung von "Kulturvölkern" und sein freier Lauf am zurückgebliebenen, kraushaarigen Schwarzafrika zu beobachten. Für gewisse Mitglieder der katholischen Kirche sicher eine Attraktion – diese ihre eigenen Sexualphantasien öffentlich verteufelnde

prägend für das spätere Leben. Das Buch beeindruckt durch die anschauliche Darstellung der Yequana-Lebensweise. Die Versuche der Autorin, diese Beobachtungen zu einer "Theorie des Kontinuums" zusammenzufassen, zeugen jedoch von idealistischer Betrachtungsweise und ihre konkreten Vorschläge geraten sehr in die Nähe konservativer Politiker. (J. Lieloff, Auf der Suche nach dem verlorenen Glück – usm)

Aussöhnungskampagne

Friedenspreis des Deutschen Buchhandels

Den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, der jährlich im Rahmen der Buchmesse überreicht wird, empfängt der Pole Wladyslaw Bartoszewski am 5. Oktober 1986 in der Paulskirche in Frankfurt am Main. Bartoszewski war in Auschwitz inhaftiert, war Mitgründer des Hilfsrates für Juden in Warschau, Mitglied der Heimatarmee und Teilnehmer am Warschauer Aufstand. Er war Mitarbeiter verschiedener katholischer Zeitschriften und ist seit 1972 Generalsekretär des polnischen PEN-Zentrums. 1980 wurde er Mitglied der Gewerkschaft "Solidarität". 1983/84 war er Gastprofessor an der Universität München und 1985/86 an der Katholischen Universität Eichstätt.

Der Stiftungsrat für den Friedenspreis begründete seine Wahl: "Seit über 40 Jahren kämpft er gewaltlos als leidenschaftlicher Pole, leidenschaftlicher Katholik und leidenschaftlicher Humanist für seine Heimat." Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken ehrt Bartoszewski mit einer Broschüre, in der ein Vortrag nachgedruckt ist, den er vor der Vollversammlung des Zentralkomitees im November 1983 hielt. Hans Maier hebt im Vorwort hervor, daß der Preisträger auch ein leidenschaftlicher Europäer sei.

Für alle diese lobenden Charakterisierungen kann man Belege in Bartoszewskis Schriften finden. "Als Nation, die sich dem westlichen Mittelmeer-Kulturreis zugehörig fühlt, träumen wir von einer Rückkehr in unser größeres Vaterland Europa. Daher die Notwendigkeit einer Aussöhnung mit den Deutschen, die schon in diesem Europa sind und darin bleiben werden." Damit auch die Polen in dieses Europa eintreten können, verlangt Bartoszewski von ihnen, daß sie nicht nur das Böse sehen, das die deutschen Faschisten den Polen angetan haben, sondern sie sollen erkennen, die "Vertreibung" von Deutschen sei auch etwas Böses, wenn auch ein "kleineres Übel". Zu diesem Schluß kommt er durch Interpretation der Formel, die die polnischen Bischöfe in ihrem Versöhnungsappell gegenüber dem deutschen Episkopat gebrauchten: "Wir vergeben, und wir bitten um Vergebung." Die allgemeinchristliche Vorstellung, daß jeder Mensch Vergebung brauche, weil er sündig sei, überträgt Bartoszewski auf das polnische Volk und auf politische Verhältnisse, die durch einen ungerechten Raub- und Ausrottungskrieg ausschließlich der deutschen Seite hervorgerufen wurden. Er erklärt, neben dem moralischen Inhalt habe der Appell der Bischöfe einen "nationalen und kulturellen Inhalt".

Aber Bartoszewski geht noch einen Schritt weiter, indem er eine historische Sichtweise der deutsch-polnischen Beziehungen befürwortet, die nicht mehr durch seine katholische Weltanschauung zu erklären ist und der historischen Wahrheit widerspricht: "Es ist bekannt, daß die Westgrenze der Ersten Republik Jahrhunderte hindurch eine der friedlichsten und stabilsten in Europa gewesen ist. Die Eroberungen des Kreuzritterstaates haben kaum einen Bruchteil der mittelalterlichen deutschen Geschichte ausgemacht. Dagegen schreibt man bei uns nicht gern davon, was wir zivilisatorisch und kulturell den Deutschen verdanken."

Bartoszewskis Wunsch, Polen möge so recht europäisch werden, erhält durch diese Beschwörung und Verteidigung der jahrhundertelangen Aggression und Expansion der deutschen herrschenden Klasse nach Osten den Beigeschmack, daß die Deutschen ihre Kultur, die sie den Polen ja erst gebracht hätten, doch heimholen sollten in ein Eu-

ropa, das eben durch diese Kultur geprägt wird.

Solche Auffassungen mögen den Preisverleihern sehr willkommen gewesen sein. Sie führen ihren Kandidaten vor als Beitrag in der von der westdeutschen Bourgeoisie betriebenen Versöhnungskampagne, die nicht die Ansprüche des polnischen Volkes gegenüber dem deutschen imperialistischen Staat stützt, sondern eigene Ansprüche begründen soll. Die Verbrechen der Nationalsozialisten sollen zugeschüttet werden. Diejenigen, die sie zu erleiden hatten, sollen zu dem Bekenntnis gebracht werden, daß die Geschichte der Deutschen im Großen und Ganzen positiv gewertet werden müsse.

Quellenhinweis: Wladyslaw Bartoszewski, Herbst der Hoffnungen, Herder, Freiburg im Breisgau 1983; W. Bartoszewski, Tradition und Zukunft im Denken von Polen und Deutschen, Hrsg. Generalsekretariat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Butzon & Bercker, Kevelaer 1986 – (anl)

100 Jahre Fa. Bosch

Die Legende vom "roten Bosch"

Es war einmal ein Kapitalist, der war gewissenhaft und bescheiden, strebsam und geschäftstüchtig. Das Unternehmen war für ihn eine Gemeinschaft von Menschen. Einmal sprach er: "Jede Arbeit ist wichtig, auch die kleinste, es soll keiner sich einbilden, seine Arbeit sei über die seines Mitarbeiters erhaben." 1906 führte er für seine Arbeiter schon den 8-Stunden-Tag ein und erfüllte damit eine der zentralen Gewerkschaftsforderungen. Anders als die übrigen Kapitalisten trat er für weitergehende Arbeitszeitverkürzungen ein, 1932 dachte er angesichts der großen Arbeitslosigkeit über den 6-Stunden-Tag nach. Sein Geschäft blühte und gedieh, und es wurde zu einem weltweiten Monopol in Kfz-Elektrik, und alle westdeutschen Wirtschaftsgrößen bewunderten diesen Mann und sein Werk anlässlich der Wiederkehr seines 125. Geburtstages und des 100-jährigen Firmenjubiläums. Der Mann, über den so viel Gutes zu berichten war, hieß Robert Bosch.

Diese Legende des "roten Bosch" wurde gewoben von der Creme der westdeutschen Industrie-, Banken- und Politikerwelt und tatsächlich meinen größeren Kreise der Sozialdemokratie und Teile der Gewerkschaftsbewegung sich darin wiederfinden zu können.

Eine Kritik solcher Anschauungen wurde von etlichen aus den Bosch-Betrieben und aus der Gewerkschaftsbewegung und aus dem politischen Bereich gewünscht und gefordert. Die Kritik sollte von Arbeiterinteressen ausgehen und der Wahrheit entsprechen. In diesem Zusammenhang hat sich eine betriebliche Aktionseinheit bei Bosch im Großraum Stuttgart gebildet, die eine Broschüre zum 100-Jahre-Jubiläum geschrieben hat. (1)

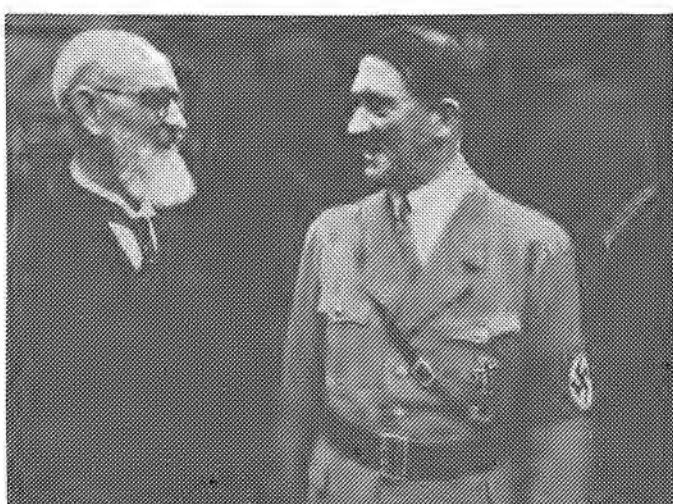
Die Einführung des 8-Stunden-Tages sah Robert Bosch entgegen aller Legendenbildung ganz nüchtern: "... und wenn man, was möglich und beweisbar ist, in dieser kürzeren Zeit dieselbe Warenmenge wie vorher bei längerer Arbeitsdauer erzeugen kann, so ist die kürzere Arbeitsdauer auch aus Sparsamkeitsgründen vorzuziehen ... Wo es gilt, Betriebsanlagen möglichst ausgiebig auszunutzen, wird man dies demnach nicht mit längerer Arbeitszeit, sondern durch Arbeit in Schichten zu erreichen suchen." Schon bald setzte Bosch auf wissenschaftliche Methoden zur Intensivierung der Arbeit. 1908 gründete er ein Akkordbüro, das die Verlustzeiten auf ein Mindestmaß beschränken mußte.

Die Zeitstudien hielten ihren Einzug. Bosch war auch einer der ersten, die den Taylorismus einführten und Facharbeiterarbeitertätigkeit durch einfachere Arbeit ersetzten.

Für die Vertreter der damaligen Gewerkschaft, dem Deutschen Metallarbeiterverband (DMV), galt Bosch als sozial eingestellt. Bosch regelte die Lohn- und Arbeitsbedingungen direkt mit dem DMV, der seinerseits auf die Aufrechterhaltung des Betriebsfriedens achtete. Andererseits riß die Kette der Auseinandersetzungen nicht ab. 1913 kam es zum Bruch zwischen Bosch und der Gewerkschaft, als er die Löhne der Arbeiterinnen um 21% kürzte, die Mitglieder des Arbeiterausschusses entließ und Betriebsvereinbarungen aufkündigte. Der DMV rief zum Streik auf, Bosch antwortete mit Aussperrung. Der Zeitpunkt war für die Firma günstig, da die Lager voll waren und der Absatz schwach. Nach 6 Wochen Streik und Aussperrung forderte Bosch zum Streikbruch auf. Nach weiteren 10 Tagen war die Streikfront zerbrochen, Hunderte von Arbeiter wurden von Bosch entlassen. Von der Illusion des "roten Bosch" blieb nicht mehr viel übrig, die 25 Jahre gepflegte Betriebsgemeinschaft war zerbrochen. Erst der Terror der Nationalsozialisten schuf diese Betriebsgemeinschaft wieder unter dem Aushängeschild der Deutschen Arbeitsfront.

Die Gesellschaftstheorie von Robert Bosch

Entsprechend dem hohen Anteil des Außenumsatzes war Bosch ein entschiedener Gegner von Autarkiebestrebungen und plädierte für den Freihandel. Dies brachte ihn anfangs in Distanz zur Wirtschaftspolitik der Nationalsozialisten, aber die spätere Neuordnung Europas unter der Vorherrschaft des faschistischen Deutschland wie auch die weltweite Neuauflistung der Märkte dienten dem Expansionsstreben von Bosch. Die Blitzkriege der faschistischen Wehrmacht waren nur möglich mit Bosch-Technik in Panzern und Flugzeugen. In der Gesellschaftskonzeption von Bosch hatten Gewerkschaften, die für Arbeiterinteressen und gegen die Betriebsgemeinschaft auftraten, keinen Platz. Der Klassenkampf war für ihn unsinnig, da doch der Fortschritt der Technik und der Freihandel das Lebensniveau der Erdenbewohner heben würden. Unternehmer und Arbeiter hätten gemeinsame Interessen: Der Kapitalist müsse die Maschinen beschäftigen und deshalb den Arbeitern mehr als nur dürftigen Lohn zahlen, damit diese wieder die produzierten Waren kaufen könnten. Der Klassenkontrast Kapitalist – Arbeiter wurde von Bosch umgedeutet in die Aufgabenteilung Wirtschaftsführer – Arbeiter. "Wirtschaftsführer, Kapitalist zu sein, wird nur für schöpferische Menschen einen Anreiz bieten, und je weni-



Bosch und Hitler auf der Automobilausstellung 1938.

ger schwer es sein wird, als Arbeiter sich seines Lebens zu freuen, desto weniger groß wird das Bestreben, Führer zu werden, bei denjenigen sein, die nicht den inneren Beruf und Drang dazu haben." (2) Der Kapitalist (Wirtschaftsführer) ist demnach der auf seine persönliche Bedürfnisbefriedigung verzichtende Führer, der den Fortschritt der Technik und das Wohlergehen der Erdenbewohner im Sinn hat. Am Bosch-Wesen sollte nicht nur das Deutsche Reich, sondern die ganze Welt genesen. Der Arbeiter indes frönt nur dem Wohlergehen. Dieses Selbstverständnis prägt noch heute das Auftreten der Bosch-Geschäftsführung. Es ist die Identität und die Kultur des Hauses Bosch, in der Öffentlichkeit bescheiden aufzutreten und den politischen Einfluß auf leisen Sohlen auszuüben. Die Verwandschaft zum schwäbischen Pietismus liegt auf der Hand. Der Übergang zur faschistischen Betriebsgemeinschaft kann auf solcher Grundlage bruchlos sein – in den Vorstellungen der Führungsriege, nicht bei den Arbeitern.

In diese Konzeption passen auch Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung: "Der Klassenkampf aber wird allmählich verschwinden, schon durch die Herabsetzung der Arbeitszeit. Bereits die Herabsetzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden nimmt viel von der Bitterkeit weg, die zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer heute besteht." (Bosch 1932) Bosch als weitsichtiger Bourgeois erkannte die Notwendigkeit der Einbindung der Arbeiterbewegung oder doch wenigstens ihrer Vertreter. Die Lobeshymnen auf Bosch von Bangemann, Weizsäcker, Späth und Rommel sind eine Kampfansage an die Arbeiterbewegung.

Die "Betriebsgemeinschaft" im Faschismus

Bei der Betriebsratswahl in den Stuttgarter Werken der Robert-Bosch-GmbH 1931 erreichten die freien Gewerkschaften 20 und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition 9 von insgesamt 31 Sitzen. Im April 1934 beschreibt der Leiter der Stoffabteilung bei Bosch, Dr. Otto Schwarz, rückblickend die Schwierigkeiten der Nationalsozialistischen Betriebszelle (NSB), Fuß zu fassen:

"Angesichts dieser Abstimmung war zunächst an einen auf breiter Grundlage angelegten Angriff nicht zu denken, ganz abgesehen davon, daß die Mittel für die dazu notwendige Propaganda fehlten; es mußte buchstäblich der Kampf Mann um Mann geführt werden." (3)

Zwei Jahre Gleichschaltung aller gesellschaftlichen Bereiche, Terror und geschickte nationalsozialistische Propaganda, die an den gewaltigen Umsatzsteigerungen, welche die Erfüllung der kriegswirtschaftlichen Vierjahrespläne mit sich bringt, sind nach der Zerschlagung der Opposition als gesellschaftlich in Erscheinung tretender Kraft nötig, um am 12.4.35 bei den Betriebsratswahlen in den Bosch-Werken zu erreichen, daß eine, allerdings nach Angestellten und Arbeitern nicht differenzierte Mehrheit die allein zur Kandidatur zugelassene Liste der DAF wählt. Die 14% ganz und 16% teilweise durchgestrichenen Listen zeugen immer noch von einer merklichen innerbetrieblichen Opposition, die erst im Gefolge der Blitzsiege von einer um sich greifenden Endsiegstimmung erdrückt wird, wie aus zahlreiche Feldpostbriefen zu ersehen ist.

Ein wichtiges Mittel, auf die Beschäftigten meinungsbildend zu wirken, ist die Werkszeitung "Der Bosch-Zünder". Seit der Gründung 1919 zeichnet dieses Organ das Bild einer Hochleistungsgemeinschaft der "Boschler", die unter dem Betriebspatriarchen "Vater Bosch" sog. Bosch-Siege erringt, v.a. im Bereich Kraftwagenrennen und Weltmarkanteile. Dabei leiste jeder im Betrieb, vom "Vadder" über das Management, die Ingenieure, Facharbeiter, Hilfsarbeiter einen gleichberechtigten, anerkannten Beitrag zum Betriebserfolg. Die Ideologie der Volksgemeinschaft kann leicht an diesem Kontinuum Betriebsgemeinschaft



Merkle, Herrhausen, Lambsdorff, Kissinger im Gespräch.

anzetzen und die Schicksalsgemeinschaft Großbetrieb, die sich gegenüber der Marktkonkurrenz behaupten muß, auf die gesamte Gesellschaft, auf die Nation übertragen.

Auf den Bosch-Zünder allein wollte sich die Geschäftsleitung bei der Unterordnung der Belegschaft unter die Betriebszwecke nicht verlassen, zudem ihr bekannt war, daß es den akkordgeschundenen Bandararbeitern und später den ausländischen Zwangsarbeitern der Betriebspatriotismus völlig abging. Hier wurden alle Register des nationalsozialistischen Arbeitszwangssystems gezogen: Geldstrafen, Anzeigen beim Reichtstreuhandier der Arbeit bzw. der Gestapo; im Gefolge Gefängnis oder Arbeitserziehungslager für deutsche, KZ für ausländische Arbeiter.

Die Bosch-Betriebsgemeinschaft heute

Gesamtbetriebsratsvorsitzender Richard Rau, Mitglied im Vorstand der IG Metall, hielt auf der Jubiläumsveranstaltung am 23.9. eine Rede, die recht gut die heutige Haltung betrieblich fest eingebundener Sozialdemokraten zum Ausdruck bringt: "... An der Schwelle eines neuen Jahrhunderts der Firmengeschichte möchte ich den heute und in der Zukunft Verantwortlichen zurufen: Denken Sie nicht nur an Produktionszahlen, Investitionen und Ausdehnung des Unternehmens, sondern denken Sie auch daran: Ein Unternehmen, das weiterhin erfolgreich sein will, braucht gutbezahlte, sozial abgesicherte und somit zufriedene Arbeitskräfte, ein gutes Betriebsklima und die Chance, sich im Berufsleben weiterentwickeln zu können."

Rau knüpfte damit an bereits laufende Verhandlungen des Gesamtbetriebsrates mit der Geschäftsleitung über bessere Eingruppierung und Entlohnung für Facharbeiter an. Das Angebot von Rau am Ende seiner Rede lautete: "Packen wir es gemeinsam an, dann wird vieles gelingen!" Zwei Drittel der Arbeiter bei Bosch sind un- und angelernt. Meist sind sie Akkord- und Maschinenarbeiter, die Fluktuation unter ihnen ist hoch. Sie werden kaum in die besonderen betrieblichen Leistungen wie Bosch-Rente oder Bosch-Kuren einbezogen. Das "Glück", zur Stammbelegschaft zu gehören, muß von den Fachkräften erkauft werden mit dem Verzicht auf selbständige Interessenvertretung. Wer sich gegen die Zumutungen der Firma wehrt, der muß mit Versetzung an schlechtere Arbeitsplätze, Verwarnung oder Kündigung rechnen. "Halt bei Gosch, Du schaffsch beim Bosch" drückt die weit gediehene Praxis der Unterdrückung aus.

(1) 100 Jahre Bosch: Halt Dei Gosch, Du schaffsch beim Bosch, GNN-Verlag Stuttgart, Gutenbergstr. 48; (2) Robert Bosch, Die Verhütung künftiger Krisen in der Weltwirtschaft, Panropa-Verlag Leipzig-Wien, Mai 1932; (3) Broschüre 100 Jahre Bosch a.a.O. S. 11. – (ros, zem)

Aus der Diskussion der Organisation**Ergebnisse der Sitzung des Zentralen Komitees
des BWK vom 13./14. September 1986****Bericht: Überprüfung unserer Politik –
Fortsetzung der wissenschaftlichen Arbeit
und Propaganda im Bereich Industrie/Handel**

Mit der Entschließung der 2. o. DK zur Lohnpolitik haben wir systematisch begonnen, eine Politik zu begründen und zu entwickeln, die der kapitalistischen Tendenz der ständig weiteren Differenzierung der Arbeits- und Lebensumstände der Lohnabhängigen und der weiteren Hierarchisierung der Arbeitsorganisation entgegenwirkt. Dies hat sich als richtig, ja dringlich erwiesen.

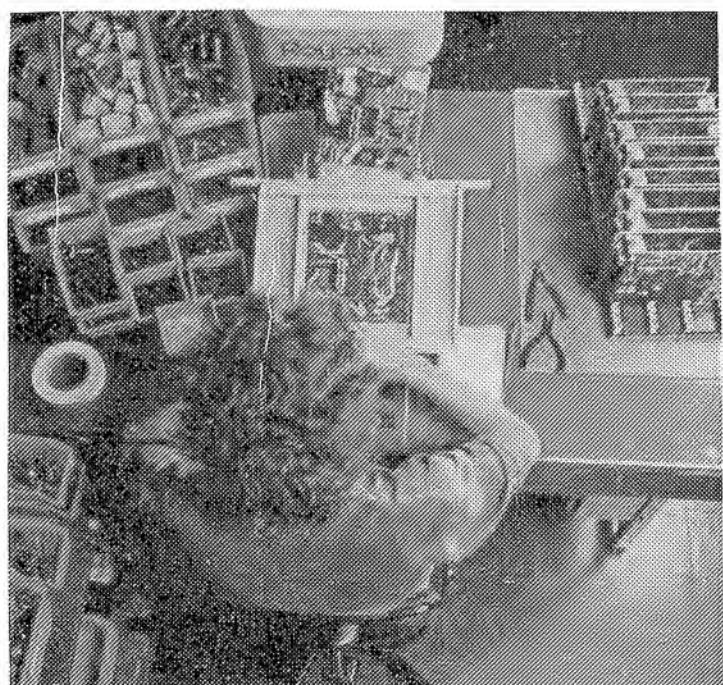
1. Gerade hier hat die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren schwere Niederlagen erfahren. Die Kapitalisten haben vieles niederreißen können, wofür die Arbeiterbewegung Jahrzehnte gekämpft hat. Sie haben in großem Umfang Arbeitsverhältnisse geschaffen, in denen das Einkommen den Lebensunterhalt des Arbeiters nicht mehr gewährleistet: vor allem in dem anwachsenden Bereich der Teilzeitarbeit und der unstetigen Beschäftigung. Sie haben gerade in den unteren Lohngruppen die Intensität der Arbeit so gesteigert, und zwar wesentlich mit Hilfe von Methoden der sog. Arbeitswissenschaft und durch die verschiedenen Formen der Flexibilisierung, daß nicht nur die Reproduktion der Arbeitskraft nicht mehr möglich ist, sondern Arbeit unter solchen Bedingungen acht Stunden lang an fünf Wochentagen das ganze Jahr über und das viele Jahre lang für eine wachsende Zahl von Arbeitern physisch unmöglich wird. Das erweitert dann in dem Bereich wiederum das Angebot für "flexible" Arbeitsverhältnisse und schafft damit die Möglichkeit zu weiterer Intensivierung. Andererseits wurde durch die Einschränkung öffentlicher Ausgaben (Kindergärten, Kranken- und Altenpflege u.a.) ein "Bedürfnis" nach flexiblen Arbeitsverhältnissen geschaffen. Die Zone niedrigster Entlohnung wird auf die-

se Weise von den Kapitalisten ausgedehnt. Wachsender Druck gegen die Niedriglohnzone im Bereich tarifierter Löhne und Gehälter ist die Folge: siehe u.a. die Forderungen von Arbeitgeberverbänden, FDP usw. nach niedrigeren Tarifeingangsstufen, tariflicher Differenzierung usw.

2. Aus dem Bereich der Grünen – als Partei der werktätigen Intelligenz – ist, das ist inzwischen ebenfalls ganz deutlich geworden, keine Politik gegen die Differenzierung und Hierarchisierung zu erwarten. Die Theorien aus und Diskussionen in diesen Kreisen zeigen vielmehr ein eigenes Interesse an der Aufrechterhaltung der Hierarchie der Arbeitsorganisation und der Differenzierung der Arbeits- und Lebensumstände. Gleichwohl hat sich die grundlegende Auffassung der Lohnpolitischen Entschließung von der Vereinbarkeit unterschiedlicher Interessen bestätigt. Mit Interessen der Arbeiter konfrontiert, können die Grünen einiges schlucken und unterstützen, auf was sie von den Interessen ihrer Klientel aus nicht unbedingt gekommen wären (s. die Position gegen Flexibilisierung und für Einkommensnivellierung im Bundestagswahlprogramm oder die Klage der Grünen gegen die Sondergenehmigung für Sonntagsarbeit bei Siemens in Regensburg). Eine Bündnispolitik, die die werktätige Intelligenz dafür gewinnt, Mindestansprüche der Arbeiter zu respektieren und zu unterstützen, scheint möglich.

3. Unsere Politik gegen die Differenzierung – gegen Flexibilisierung, für Mindeststandards und Mindestbedingungen – schien eine ganze Zeit lang sehr isoliert. Inzwischen ist aber deutlich geworden – auch in den Diskussionen innerhalb der Gewerkschaften –, daß wir mit dieser Politik dazu beigetragen haben, daß jene durch die Kapitalisten am meisten unterdrückten Interessen sich geltend machen können.

Im Lichte dieser Entwicklungen und Ergebnisse wird deutlich, daß wir auf der Grundlage der Entschließung zur



Lohnpolitik weiterarbeiten können. Wir müssen weiterhin daran arbeiten, die Arbeiterinteressen zu unterstützen und gleichzeitig eine Bündnispolitik gegenüber anderen Bereichen der Lohnarbeit zu entwickeln. Die Diskussion der beiden Aufsätze in den Politischen Berichten über Arbeit – Freizeit bzw. über die Theorien der Freizeitgestaltung sollte dahingehend fortgeführt werden: a) Aufklärung theoretischer Grundlagen dieser Auffassungen, b) wo bieten sie Anknüpfungspunkte für eine Bündnispolitik.

Untersucht werden soll außerdem, in welche Richtung sich die Vorstellungen der Grünen zu Arbeitszeitgestaltung, -organisation und -inhalten und zur Leistungsabforderung entwickeln. Dabei soll ihr Bundestagswahlprogramm '87 berücksichtigt werden.

Beschlußpunkte

– Die Propaganda gegen Arbeit am Wochenende muß fortgesetzt und ausgebaut werden. Wir müssen uns dabei jedoch mit einer anscheinend weit verbreiteten Blauäugigkeit bezüglich der Arbeit am Samstag auseinandersetzen. Enthüllungen über das Ausmaß von Samstags- und Sonntagsarbeit sind nötig.

– Wir sollten eine Aufklärungskampagne über die Schäden der Arbeit bei Nacht entfalten und damit die Front gegen die Ausweitung der Schichtarbeit stärken. Wir sollten wissenschaftliche Untersuchungen der Arbeiter selbst über die Schäden der Arbeit bei Nacht fördern. Wir sollten dabei darauf achten, daß die Schäden möglichst exakt beziffert werden, um die Kapitalisten haftbar machen zu können. Wir sollten die Diskussion von Forderungen gegen die Nachtarbeit sowie die Diskussion über eine Begrenzung der Dauer und die zeitliche Lage der Betriebsnutzungszeit fördern. Ein Ziel dieser Diskussion könnte die Feststellung eines Kernbereichs in der Nacht sein, in dem die Maschinen nicht laufen dürfen.

– Wir müssen unsere Politik gegen die Teilzeitarbeit weiter entwickeln. Wir sollten eine Position entwickeln, die gegen die Ausweitung wirkt und zugleich gegen die mehrfache Schädigung von Teilzeitbeschäftigen. Gewerkschaftlich muß der tarifliche Schutz von Teilzeitbeschäftigen verbessert werden, ggf. auch durch neue Tarifnormen wie z.B. Antrittsgeld etc. Angesichts der Tatsache, daß heute nicht mehr unwahrscheinlich ist, daß eine große Zahl von Lohnabhängigen ein ganzes Leben lang oder doch weitgehend Teilzeitarbeitsverhältnisse hat, muß die Frage der Mindestversicherung der Arbeitskraft ernsthaft geprüft werden.

Die Forderung einer Mindestversicherung für so beschäftigte Arbeitskräfte, die einen Anspruch auf Mindestleistungen auch für Arbeitslosengeld und Rente begründet, kann ausgehen von der Tatsache, daß im umgekehrten Verhältnis zu der billigsten Verwertung ihrer Arbeitskraft durch die Kapitalisten das Risiko ihrer Sozialversicherung steht. In der Unfallversicherung zum Beispiel werden den Kapitalisten für überdurchschnittliche Unfallhäufigkeiten (höhere Gefahrenklassen) auch höhere Beiträge abverlangt. Für das erhöhte Versicherungsrisiko sog. geringfügiger Beschäftigung und Teilzeitbeschäftigung wäre entsprechend zu Lasten der Kapitalisten ein höherer Beitrag zu verlangen.

– Wir müssen in den Industriegewerkschaften zur Errichtung einer Front gegen die Änderung der Ladenschlußzeiten beitragen. Es zeigt sich inzwischen eindeutig, was zu erwarten war, daß nämlich Vorstöße gegen den Ladenschluß auf die Arbeits- und Öffnungszeiten im gesamten

Dienstleistungsbereich zielen und damit auch Hindernisse für ungehemmte Flexibilisierung im Industriebereich beseitigen sollen. Die Ladenschlußzeiten stellen einen wichtigen Anhaltspunkt für die gesellschaftlich übliche Geschäftszeit dar. Es scheint so, als könne die HBV, auf sich allein gestellt, den Angriff der Reaktion nicht abwehren. Von uns aus muß auf eine Unterstützung der HBV durch die anderen Gewerkschaften gedrängt werden.

– Die Kritik der leistungsbezogenen Entlohnung muß entfaltet werden. Hinsichtlich Entlohnungsgrundsatz (Leistungslohn, Zeitlohn, Gehalt), Arbeitspensum und Lohndifferenzierung (Eingruppierung) muß die Diskussion gewerkschaftlicher Positionen (u.a. LRTV II, Vögele Entgelt-Tarifvertrag, VW Standardlohn) zu Festlegungen darüber führen, welche Positionen wir unterstützen und welche nicht.

– Schließlich ist es notwendig, die lohnpolitische Entschließung dort weiter zu entwickeln, wo sie bisher noch allgemein bleibt: in der Frage der Wirtschaftsrechte der Kommunen. Dieser Punkt ist von Bedeutung auch für die Kritik der Forderungen der Gewerkschaften nach einem Beschäftigungsprogramm. Allgemein bleibt die Entschließung deshalb, weil sie die Konzerne und ihre Bedeutung, ihre Politik nicht behandelt. Es scheint, daß kommunale Wirtschaftskompetenzen (übrigens selbst Länderkompetenzen – man denke z.B. an Baden-Württemberg/Daimler Benz oder Rheinland-Pfalz/BASF) mit der Existenz von Konzernen unvereinbar sind. Zweierlei ist festzustellen: Bisher gibt es einige Ansätze zur Auseinandersetzung mit Konzernen, und zwar ganz konkreten Konzernen. Zum anderen haben wir in der Vergangenheit einige Schwierigkeiten mit staatlichen oder halbstaatlichen Konzernen (wie VW, VEBA) gehabt. Erörtert muß werden, wie wir die Auseinandersetzung mit den Konzernen fördern und wissenschaftlich fundieren können.

– Eine Untersuchung der Entwicklung der Arbeitsbedingungen und Einkommen im Angestelltenbereich – insbesondere Enthüllungen über die Bedingungen der Angestellten in der Hardware- und Software-Entwicklung – ist nötig, um eine Bündnislinie zwischen Arbeitern und werk-tätiger Intelligenz herauszuarbeiten.

Auschuß Industrie/Handel



Südliches Afrika

Sanktionen gegen Südafrika schaden den Frontstaaten?

Imperialisten können sich nicht auf die Frontstaaten berufen!

Die neun Frontstaaten im südlichen Afrika – Angola, Botswana, Lesotho, Malawi, Mosambik, Sambia, Swasiland, Tansania und Zimbabwe – haben sich auf einer Konferenz im August nicht auf Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika einigen können. Vor allem die von Südafrika eingeschlossenen Länder Swasiland und Lesotho lehnten Sanktionen ab, aber auch Botswana. Trifft also zu, was die Imperialisten scheinheilig behaupten: daß Sanktionen gegen Südafrika den Frontstaaten mehr schadeten als Südafrika? Großen Schaden erleiden die Frontstaaten durch die De-

stabilisierungspolitik des Siedlerregimes, das selbst vor militärischen Überfällen nicht zurückschrekt. Zu seiner Destabilisierungspolitik aber ist das Regime nur aufgrund des politischen Rückhaltes und der materiellen Unterstützung durch die imperialistischen Mächte in der Lage. Die Weigerung vor allem der USA, Großbritanniens und der BRD, ernsthafte Sanktionen gegen Südafrika zu verhängen, ermuntert und befähigt das Regime, seine Politik der Aggression und Destabilisierung fortzusetzen und seine Nachbarstaaten zu bedrohen.

Abhängigkeit von Südafrika ist ein Hindernis für die unabhängige Entwicklung

Der Kolonialismus hat den Nationen im südlichen Afrika ein schweres Erbe hinterlassen. Ihre Wirtschaften sind infolge der kolonialen Ausbeutung deformiert und in starkem Maße abhängig von Südafrika.

Deutlich werden die schwierigen Ausgangsbedingungen für den unabhängigen Aufbau am Beispiel Mosambiks, einer ehemals portugiesischen Kolonie. Als die Befreiungsbewegung 1975 nach zehnjährigem bewaffneten Kampf die Unabhängigkeit erreichte, stand Mosambik vor gewaltigen Problemen. Das Land war ganz auf den Weltmarkt und auf die Anforderungen der südafrikanischen Kolonialwirtschaft ausgerichtet. Die portugiesischen Kolonialherren hatten auf Kosten der allgemeinen landwirtschaftlichen Entwicklung die Produktion sogenannter "cash crops" (Cashew-Nüsse, Zucker, Tee, Baumwolle) für den Weltmarkt betrieben. Industrieprodukte mußten weitgehend importiert werden. Die Infrastruktur war als Dienstleistungsunternehmen für Südafrika entwickelt worden: Über mosambikanische Transportwege und Häfen wurde ein erheblicher Teil der Rohstoffe aus Südafrika in die imperialistischen Metropolen abtransportiert. Hinzu kam, daß Mosambik den Bergbau in Südafrika seit Jahrzehnten mit billigen Arbeitskräften beliefernte. Der Verleih der Arbeitskräfte und die Einkünfte aus dem Transit waren bis dahin die Hauptinnahmequellen.

Kampf um Unabhängigkeit: Gründung der SADCC

Schon die schmerzhafte Erfahrung mit dem rhodesischen Siedlerregime hatte die Frontstaaten gelehrt, daß sie für fortbestehende Abhängigkeiten einen hohen Preis zahlen müssen. Sie sind Erpressung und Aggression ausgesetzt, ihre Wirtschaft ist verwundbar und ihre politische Unabhängigkeit stets bedroht. Diese Erfahrung führte 1980, im Jahr der Unabhängigkeit Zimbabwes, zur Gründung der "Konferenz zur Koordination der Ent-

wicklung im südlichen Afrika" (SADCC), der die neun Frontstaaten angehören. Ihr Ziel ist es, die Zusammenarbeit untereinander zu entwickeln und sich dadurch aus der Abhängigkeit von Südafrika, der letzten und mächtigen Bastion des Kolonialismus auf dem afrikanischen Kontinent, zu befreien. Sie verstehen die Arbeit der SADCC – wie es etwa der SADCC-Sekretär Makoni formulierte – deshalb als Teil des Befreiungskampfes im südlichen Afrika. (1)

Tatsächlich war die Zusammenarbeit bis zur Gründung der SADCC kaum entwickelt. Für alle Frontstaaten mit Ausnahme Tansanias ist Südafrika der wichtigste Handelspartner im südlichen Afrika. Lesotho (95%), Swasiland und Botswana (je 90%) sind fast völlig von südafrikanischen Einfuhren abhängig, aber auch für andere Länder ist der Anteil Südafrikas am Außenhandel sehr hoch. (2)

Besonders krass ist die Abhängigkeit der Frontstaaten von ihrem militärisch überlegenen Gegner im Transportwesen. Gerade hier wird deutlich, wie der Siedlerstaat die Abhängigkeit zur Aggression gegen seine Nachbarstaaten und zu ihrer Destabilisierung nutzt.

Sechs der neun Frontstaaten sind Binnenstaaten. Sie haben keinen eigenen Zugang zum Meer und müssen ihren Außenhandel zum großen Teil über Drittländer abwickeln. Das heißt: vor allem über Südafrika. Von den 40000 km Eisenbahnnetz im südlichen Afrika kontrolliert Südafrika 22600 km, die neun SADCC-Länder 12500 km und Zaire 5000 km. (3)

In Wirklichkeit ist die Abhängigkeit aber noch stärker, als es in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt. Das Eisenbahnnetz stammt fast vollständig aus der Kolonialzeit. Es ist daher stark auf die südafrikanischen Häfen ausgerichtet, die neben den mosambikanischen Häfen traditionell Umschlagplatz für die Rohstoffe und Agrarprodukte der Region waren, und es ist, da den jungen Nationen nach ih-

rer Unabhängigkeit die Mittel für die Erneuerung und Entwicklung fehlten, in den meisten Ländern in einem schlechten Zustand. Der einzige bedeutende Fortschritt, den sie bis 1980 überhaupt erreicht hatten, war die mit chinesischer Hilfe gebaute Tasa-Ra-Bahn von Sambia nach Tansania. Ihre Leistungsfähigkeit ist jedoch durch die chronische Überlastung des Hafens in Dar es Salaam eingeschränkt.

So erfolgt z.B. der Abtransport der Rohstoffe aus dem zairisch-sambischen Kupfergürtel weitgehend per Bahn nach Südafrika und von dort v.a. in die EG. Malawi verschiffst 60% seines Überseehandels in den südafrikanischen Häfen, obwohl andere bedeutend näher liegen. Das frühere Rhodesien wickelte seinen Außenhandel zu 90% über südafrikanische Häfen ab. Bis 1982 hat die zimbabwische Regierung den Anteil auf rund 60% reduziert können. (2) Das ist ein Erfolg; gleichwohl sind 60% immer noch viel.

Aus den geschilderten Umständen wird verständlich, warum sich die Anstrengungen der SADCC zu Beginn auf die Entwicklung unabhängiger Verkehrsverbindungen konzentrierten, vor allem auf die Sicherung und den Ausbau der Verbindungen zu den Häfen in Mosambik und Angola. Ohne unabhängige Verkehrsverbindungen war jeder Schritt im wirtschaftlichen Aufbau ständig bedroht. Nach den Beschlüssen von 1980 sollen im ersten Jahrzehnt der SADCC 1,5 Mrd. \$ für Projekte des Transport- und Nachrichtenwesens bereitgestellt werden.

Südafrikas Antwort

Südafrika hat diese Anstrengungen von Anfang an zu durchkreuzen versucht, da ihr Erfolg seine Einflußmöglichkeiten erheblich beschniedet.

Unmittelbar vor dem SADCC-Treffen 1981, gleichsam als Warnung an die Konferenz, zerstörten Sabotage-truppen aus der RSA eine Eisenbahnbrücke auf der Strecke Zimbabwe – Beira. (4) Vom Rassistentenregime geförderte und ausgehaltene Widerstandsgruppen in Angola und Mosambik sowie Spezialeinheiten aus Südafrika haben seit 1981 regelmäßig fünf der

acht SADCC-Eisenbahnlinien angegriffen.⁽¹⁾ Die wichtige angolanische Benguela-Bahn war infolge der Aktivitäten der UNITA neun Jahre für den internationalen Verkehr gesperrt. Die mosambikanischen Bahnlinien sind ständigen Überfällen durch die reaktionäre Renamo ausgesetzt, die mit der Unterstützung des südafrikanischen Militärs operiert. Zu ihrem Schutz sind über 10000 Soldaten aus Zimbabwe in Mosambik eingesetzt. Die Kosten der südafrikanischen Aggressionen – nicht nur gegen die Verkehrsverbindungen – belaufen sich nach Schätzung des SADCC-Büros für die Frontstaaten auf 10 Mrd. \$ innerhalb von fünf Jahren. Menschenleben sind dabei nicht gerechnet.

Südafrika will damit nicht nur die Frontstaaten zur Benutzung seiner Verkehrsverbindungen und so in seine Abhängigkeit zwingen. Das Regime versucht damit, die Frontstaaten zu erpressen und sich unterzuordnen.

Zum Beispiel: Nach dem Abschluß des Nkomati-Vertrages, mit dem Südafrika 1984 Mosambik seine Friedensbedingungen diktierte, verlangte Südafrika einen ähnlichen Vertrag mit Zimbabwe. Um dem Nachdruck zu verleihen, verlagerten die Terroristen der Renamo ihre Aktivitäten – die sie nach dem Vertrag hätten beenden müssen – schlagartig vom Süden nach Norden, wo die Hauptverkehrsverbindungen zwischen Zimbabwe und den Häfen liegen. Ein zimbabwischer Schwerlasterkonvoi wurde angegriffen und vernichtet, die Pipeline, über die Zimbabwe mit Öl versorgt wird, mehrfach angegriffen usw. usf.

Daß internationale Sanktionen gegen Südafrika den Frontstaaten schadeten, indem sie etwa ihre Abhängigkeit von Südafrika verstärkten, ist

nicht nachweisbar. Im Gegenteil. Als Großbritannien auf dem Commonwealth-Gipfel im August die v.a. von Sambia und Zimbabwe dringend geforderten Sanktionen zurückwies, reagierte der Siedlerstaat umgehend: Sambische Importeure sind seither gezwungen, ca. 25% des Warenwerts in Südafrika als Kaution zu hinterlegen. Die Frachtabfertigung an der Grenze zu Zimbabwe wurde von Südafrika derart verzögert, daß die Waren dort liegen blieben.⁽⁵⁾

Regionale Kooperation gegen Unterwerfungstendenzen

Die SADCC hat ihre Arbeit längst vom Transportwesen auf andere Bereiche ausgeweitet, vor allem auf die Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung und der Industrialisierung. In der Landwirtschaft kooperieren die Frontstaaten beim Bau von Lagerräumen für Nahrungsmittel – ein dringendes Problem in einer oft von Dürre heimgesuchten Region –, bei der Bekämpfung von Viehseuchen, der Entwicklung der Viehwirtschaft u.ä.m. Bei der industriellen Zusammenarbeit legen sie u.a. großen Wert auf Projekte, die die Entwicklung der ländlichen Gebiete fördern: Traktorenbau, Produktion von landwirtschaftlichen Geräten, Dünger, Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte.⁽⁶⁾ Die Zeitung "Finanz und Wirtschaft" hebt hervor: "Die meisten Industrie-, Landwirtschafts- und Energieprojekte ... seien verhältnismäßig klein und würden weniger als 10 Mio. US-\$ kosten. Dadurch sei es einfacher, sie zu finanzieren und gleichmäßig auf alle neun Mitgliedsstaaten zu verteilen."^(23.3.83)

Diese Ansätze zu Kooperation können nicht hoch genug bewertet wer-

den. Denn die Destabilisierungspolitik Südafrikas fördert in den Frontstaaten Kräfte, die in der Zusammenarbeit mit Südafrika und den Imperialisten einen leichteren Weg zur Lösung der großen Probleme ihrer wenig entwickelten Länder sehen.

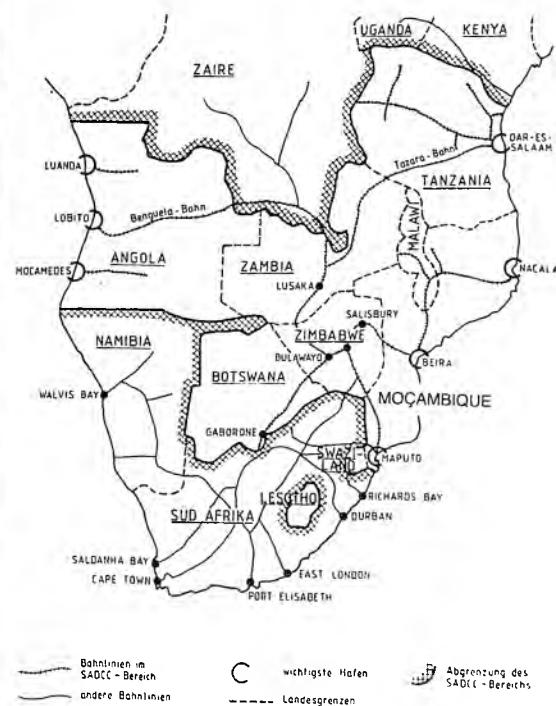
Botswana und Swasiland z.B. haben aufgrund der geschilderten Probleme Verkehrsprojekte in Angriff genommen, die ihre Abhängigkeit von Südafrika zementieren, so die Verwirklichung des alten Kolonialprojekts der Trans-Kalahari-Eisenbahn.⁽⁷⁾ Lesotho hatte sich bereits vor dem von Südafrika inszenierten Putsch auf ein Projekt der Wassernutzung eingelassen, das den wahnwitzigen Wasserbedarf der südafrikanischen Bergbaumonopole befriedigen und Lesotho Devise bringen soll und die Wirtschaft Lesothos noch stärker den Interessen der südafrikanischen Kolonialwirtschaft unterwirft.⁽²⁾ Sambia hat seit 1980 seinen Handel mit dem Siedlerstaat enorm ausgeweitet; Südafrika ist inzwischen der zweitgrößte Handelspartner. Die Begründung für diesen Schritt: Sambia sei ein Binnenstaat, der mit hohen Transportkosten belastet sei, und müsse deshalb bei der billigsten Quelle einkaufen, und das sei nun mal Südafrika.⁽⁸⁾

Solche Entwicklungen stehen dem Ziel der Zusammenarbeit in der SADCC, der Befreiung von Abhängigkeit, entgegen und bedrohen sie.

Quellenhinweise: (1) AfricAsia, August 1986; (2) Auslandsmärkte, 14.9.84; (3) Hanlon, SADCC: Progress, Projects and Prospects, S. 24ff; (4) ebenda, S. 34; (5) FAZ, 25.8.86; (6) Neues Deutschland, 5.2.83; (7) B. Weimer (Hrsg.), Probleme und Entwicklungsaussichten der SADCC; (8) Archiv der Gegenwart 1985, S. 28551.



Mais aus Zimbabwe wird im mosambikanischen Hafen Beira verladen – ein Ergebnis der SADCC-Zusammenarbeit



Imperialisten gegen Zusammenschluß der Frontstaaten

Auf der "Zimbabwe-Konferenz für Wiederaufbau und Entwicklung" 1981 machten die teilnehmenden imperialistischen Staaten, die Weltbank und die UN-Organisationen die Zusage, Zimbabwe in den nächsten drei Jahren über 1,8 Mrd. US-\$, davon ca. 50 % nicht rückzahlbare Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen. Die Imperialisten knüpfen die Zahlungen ständig an Bedingungen und benutzten sie als politisches Druckmittel. Z.B. zahlte Großbritannien 1983 erst nach einjähriger Verspätung umgerechnet fünf Mio. DM für Umsiedlungsprojekte. Die USA zahlten Zimbabwe nur 220 Mio. US-\$ statt der 1981 versprochenen 330 Mio. Nach der Verurteilung der Grenada-Invasion durch Zimbabwe kürzte die US-Regierung 1983/84 die Gelder um 50 %. Wegen "antiamerikanischer Äußerungen" der Regierung Zimbabwe auf der diesjährigen Blockfreienkonferenz wurden bereits bewilligte 13,5 Mio. \$ nicht ausgezahlt. Weitere Mittel über 1986 hinaus sind nicht vorgesehen.

1984 bestand die BRD darauf, daß Entwicklungshilfe aus der BRD nicht für die von Zimbabwe vorgesehenen notwendigen ländlichen Umsiedlungsprojekte verwandt wurde, sondern für Bewässerungsprojekte und die Erschließung von Bodenschätzen in Regionen, die westdeutsche Experten ausgesucht hatten. Ebenfalls 1984 versuchten die Imperialisten

über den IWF, Druck auf die Haushaltsplanung Zimbabwes zu machen, um eine Kürzung der Sozialausgaben um mehr als die Hälfte durchzusetzen.

Seit der Unabhängigkeit Angolas 1975 verweigern die USA dem Land die diplomatische Anerkennung. Die US-Imperialisten sind inzwischen offen dazu übergegangen, den Sturz der angolanischen Regierung zu betreiben, indem die US-Regierung 1985 das seit zehn Jahren geltende Verbot der Unterstützung der UNITA aufhob, den Führer der UNITA Savimbi offiziell zu einem Besuch einlud und ihn mit Millionen US-\$ unterstützte. Direkte US-Militärhilfe erhält auch die regierungsfeindliche, von Südafrika und dem CIA aufgebaute Guerillaorganisation in Mosambik, Renamo. Als die Regierung von Mosambik im März 1981 die konterrevolutionäre Tätigkeit des CIA in Mosambik aufdeckte, die darin bestand, die wirtschaftliche Entwicklung, Pläne und Projekte auszukundschaften, Konterrevolutionäre anzuwerben und Anschläge vorzubereiten, und infolgedessen 15 US-amerikanische Spione verhaftete und US-Botschaftspersonal auswies, sperrte die US-Regierung einen dringend benötigten Lebensmittelkredit für Mosambik.

Mitte 1980 erklärte der Präsident Mosambiks Machel zu dem Angebot der EG, dem Lomé-Abkommen beizutreten, dies sei ein von Europa geschaffenes Instrument und keine Vereinbarung zwischen gleichberechtigten Partnern. Inzwischen war Mosam-

bik aufgrund wachsender ökonomischer Schwierigkeiten gezwungen, dem Lomé-Abkommen beizutreten. "Bedeutsamer Wandel", jubelte die BRD-Presse, als Mosambik 1982 nach jahrelanger Weigerung in einem Vertrag mit der BRD die "Berlin-Klausel", wonach Westberlin zum Teil der BRD erklärt wird, unterschrieb. Im gleichen Jahr trat Zimbabwe als 61. Mitglied dem Lomé-Abkommen bei. In vielen Frontstaaten haben die EG-Imperialisten Südafrika als Haupthandelspartner dieser Länder abgelöst. Wolff von Amerongen lobte Ende 1983 die Sambia verordnete Sanierungspolitik: "Die Anpassung der Währungsparitäten, die Aufhebung der Preisbindung bei landwirtschaftlichen Gütern oder die Begrenzung der Lohnsteigerungen verdienen unsere volle Anerkennung." Die BRD gehört inzwischen zu den fünf wichtigsten Handelspartnern Sambias. Sie steigerte ihren Kapitalexport zwischen 1981 und 1983 um 30 %.

Auf der Tagung der SADCC 1984 wurden die imperialistischen Länder kritisiert, da sie versuchten, die SADCC zu spalten und ihre Zusammenarbeit zu untergraben. Über 90 Entwicklungsprojekte z.B. seien seit 1980 nicht verwirklicht. Die Imperialisten wollten auch von Südafrika aus Kapital in die Frontstaaten exportieren, um die wirtschaftliche Vorherrschaft Südafrikas zu sichern. Quellenhinweis: Die Welt, 14.09.83; Die Wirtschaft (DDR), 07.05.81; NZZ, 04.02.86, 29.05.82

Können sich die Frontstaaten mit der Existenz von Wanderarbeit abfinden?

Kurz nach dem Abschluß des Nkomati-Vertrages mit Mosambik schickte die südafrikanische Regierung dem Premierminister von Lesotho ein Telex mit dem knappen Inhalt: Man wünsche den Abschluß eines entsprechenden Vertrages, andernfalls müsse man die Zahl der Wanderarbeiter aus Lesotho in Südafrika drastisch reduzieren. Ähnliche Drohungen erhielt Botswana. (1)

Allein im Laufe 1985 drohte das Rassistenregime mehrfach, im Falle internationaler Sanktionen die Wanderarbeiter aus den Frontstaaten umstandslos in die Heimatländer zurückzuschicken. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Südafrika mit einer solchen Maßnahme einige Länder in groÙe Bedrängnis brächte.

Die Tatsache massenhafter Wanderarbeit ist eines der schwierigsten Probleme in den Beziehungen der unabhängigen Länder im südlichen Afrika zu Südafrika. Auch dieses Problem ist ererb't.

Wanderarbeit existiert im südlichen

Afrika in großem Umfang seit der Entwicklung der Bergbauproduktion Ende letzten Jahrhunderts, vor allem der Goldproduktion. Die riesigen Extraprofite, die das im Bergbau angelegte Kapital jahrzehntelang macht und immer noch macht, basieren auf unmenschlichen Arbeitsbedingungen. Allein in diesem Jahr – 1983 – starben in den südafrikanischen Bergwerken 5022 schwarze Arbeiter. (2)

Heute ist die Lage nicht grundlegend anders, wie die Katastrophe in der Kinross-Goldmine, die durch den Verzicht auf minimalste Sicherheitsvorkehrungen verursacht wurde, gerade erst gezeigt hat. In den letzten zehn Jahren starben im südafrikanischen Bergbau 8500 schwarze Arbeiter, diejenigen nicht mitgerechnet, die nach Ablauf ihres Kontrakts an den Folgen der Arbeit starben. Einige Hunderttausend wurden verletzt. Wieviel durch die Arbeit erkrankten, ist statistisch nicht erfaßt.

"Wer von uns wird zurückkommen? Wer von uns wird sterben?" heißt es in

einem Gedicht eines längst verstorbenen mosambikanischen Wanderarbeiters. In der Tat: Das im Bergbau angelegte koloniale Kapital vernutzt nicht einfach Arbeitskraft, es verschlingt Menschenleben. Das ist die Ursache für seine massenhafte Nachfrage nach ständig frischer Arbeitskraft, d.h. nach Wanderarbeitern, die in regelmäßigen Abständen ausgetauscht werden.

Die Zahlen beweisen es. Zwischen 1911 und 1969 lag der Anteil ausländischer Bergarbeiter in Südafrika – also ohne die Wanderarbeiter aus den Reservaten in Südafrika selbst – zwischen 60 und 66 %. Danach stieg er sogar noch an bis auf 79 % im Jahr 1973, bevor er wieder fiel. Heute, nachdem alle benachbarten Länder bis auf Namibia ihre Unabhängigkeit erreicht haben, beträgt er immer noch 41 %. (1)

Wanderarbeit ohne Apartheid keine Lösung

1980 hatte der mosambikanische Justizminister Hunguana auf einer Konferenz erklärt: "Wir möchten hier klar feststellen, daß das Problem für uns nicht darin besteht, daß Wanderarbeit

an sich schlecht ist. Nur das System, unter dem sie stattfindet, ist schlecht und muß abgeschafft werden." (3)

Aber die Anwendung von Wanderarbeitern, deren Gründe angedeutet wurden, ist ebenso fester Bestandteil der kolonialen Ausbeutungsverhältnisse in Südafrika wie die rassistische Unterdrückung der Afrikaner. Sie ist Bestandteil des Zwangs, ohne den die Bergbaumonopole die schwarzen Arbeiter nicht in die Bergwerke zwingen könnten, in Tiefen bis zu mehr als 4 km, in Stollen, in denen sie bis zu den Knien im Wasser stehen und sich nicht aufrichten können, bei hoher Luftfeuchtigkeit und einer Hitze von über 40 Grad und zu durchschnittlichen Löhnen unter dem Existenzminimum. (3) Ohne Abschaffung dieser Sorte Arbeit ist die Befreiung der afrikanischen Massen nicht denkbar.

Noch wichtiger ist im Zusammenhang dieses Artikels jedoch die Frage, ob die Frontstaaten ihre Wirtschaft entwickeln können, ohne das Problem der Wanderarbeit grundsätzlich zu lösen.

Nach offiziellen Angaben arbeiteten 1983 fast 360000 Wanderarbeiter aus den Frontstaaten in Südafrika. (1) Darüber hinaus arbeiten wahrscheinlich etliche Hunderttausend illegal dort, einige Schätzungen sprechen sogar von 1 bis 1,5 Millionen.

In den einzelnen Frontstaaten wird das Problem sehr unterschiedlich behandelt.

Mehr als 60% der lesothischen Arbeiter sind gezwungen, sich in Südafrika zu verkaufen. Die Geldüberweisungen der südafrikanischen Bergwerkskammer nach Lesotho machen 40% des Staatshaushaltes aus. (4)

Dagegen hatte Tansania bereits 1962 und Sambia 1966 die Wanderarbeiter aus Südafrika zurückgeholt. Malawi hatte die Wanderarbeiter 1974 vorübergehend zurückgeholt. Die zimbabwische Regierung entschied 1981, die Rekrutierungslizenz für die Agentur der südafrikanischen Bergwerkskammer nicht zu erneuern. Fast alle zimbabwischen Bergarbeiter sind seither nach Zimbabwe zurückgekehrt.

Umgekehrt verläuft die Tendenz in Mosambik. Die Regierung hat einen neuen Vertrag mit Südafrika abgeschlossen, und seit 1982 steigt die Zahl mosambikanischer Arbeiter in Südafrika wieder. Die Ursache dafür dürfte in den immensen wirtschaftlichen Schwierigkeiten liegen, mit denen Mosambik zu kämpfen hat und die nicht nur durch die Destabilisierungspolitik Südafrikas und äußere Umstände wie jahrelange Dürre, sondern auch durch Fehler beim Aufbau des Landes verursacht worden sind.

Dies kann hier nicht ausdiskutiert werden. Jedoch scheint Mosambik nach der Unabhängigkeit zunächst einen Kurs eingeschlagen zu haben, die wirtschaftliche Entwicklung auf Ko-

sten der Bauernmassen voranzutreiben. (5) Dies hat sowohl zur Krise der Landwirtschaft wie auch zu einer tiefen Krise der Industrialisierung geführt. Die Erscheinungen solcher Entwicklungen sind aus den meisten Ländern der Dritten Welt bekannt: Landflucht der Bauern, Slums in den Städten, wachsende Erwerbslosigkeit. Die neuerliche Zunahme der Wanderarbeiter aus Mosambik – und gerade aus Mosambik ist die Zahl illegaler Wanderarbeiter besonders hoch (1) – scheint zu denselben Erscheinungen zu gehören. Ob zudem eine Politik zur Entwicklung des Landes zu guten Ergebnissen führen kann, die zu einem Gutteil auf den Geldüberweisungen für die Lieferung von Arbeitskräften für die südafrikanische Kolonialwirtschaft basiert, die darauf aufbaut und die damit die Abhängigkeit von Südafrika befestigt, ist mehr als fraglich.

Zusammenarbeit bei "geordnetem Rückzug"

Die unterschiedliche Politik der Frontstaaten in der Frage der Wan-

derarbeit stellt ihre gemeinsamen Anstrengungen in Frage. Doch gerade deswegen ist ihre Zusammenarbeit in der "Kommission für Arbeit im südlichen Afrika" (SALC), die 1980 ins Leben gerufen wurde, von großer Bedeutung.

Zunächst konzentriert sich die Kommission darauf, die z.T. sehr unterschiedlichen Verträge zwischen Südafrika und den einzelnen Frontstaaten zu vereinheitlichen. Mosambik hat in dem geltenden Vertrag z.B. durchsetzen können, daß mosambikanische Wanderarbeiter drei Minen, in denen sie nicht arbeiten wollen, ablehnen können. Lesothische oder botswanische Arbeiter dagegen können die ihnen zugewiesene Mine nicht ablehnen. Das erleichtert den Bergbaumonopolen, die schlimmsten Arbeitsbedingungen durchzusetzen.

Zum zweiten strebt die Kommission an, mit Südafrika nur noch über eine Gesamtzahl ausländischer Wanderarbeiter zu verhandeln, nicht über die Kontingente der einzelnen Länder. Dies soll Südafrikas Spielraum einengen, die Frontstaaten gegeneinander auszuspielen.



Fast alle schwarzen Bergarbeiter in Südafrika (98,5%) leben in Compounds; dadurch können die Bergbaumonopole sie Tag und Nacht kontrollieren.

derarbeit stellt ihre gemeinsamen Anstrengungen in Frage. Doch gerade deswegen ist ihre Zusammenarbeit in der "Kommission für Arbeit im südlichen Afrika" (SALC), die 1980 ins Leben gerufen wurde, von großer Bedeutung.

Grundlage der Arbeit der Kommission ist u.a. die "Charta der Rechte der Wanderarbeiter im südlichen Afrika". Diese Charta wurde auf einer Konferenz in Lusaka, Angola, 1978 verabschiedet. Sie anerkennt ausdrücklich das Recht der Wanderarbeiter auf einen "angemessenen Lebensstandard" und auf "Vereinigung, Freizügigkeit und Niederlassung". (1)

Mit der Arbeit der SALC verbinden die Frontstaaten jedoch nicht nur das Ziel, einheitliche Verhandlungsposi-

tionen gegenüber Südafrika zu entwickeln. Die Kommission soll vielmehr eine gemeinsame Strategie des koordinierten Rückzugs aller Wanderarbeiter aus Südafrika erarbeiten.

Quellenhinweis: (1) Fion de Vletter, Recent Trends and Prospects of Black Migration to South Africa; (2) L. Callinicos, Gold in Südafrika; (3) F. de Vletter, The Rights and Welfare of Migrant Workers; (4) Auslandsmärkte, 14.9.84; (5) siehe dazu: Politische Berichte 7/84, S. 32f – (scc, sie)



CDU/CSU-Wahlprogramme

Auf einem Bundesparteitag will die CDU am kommenden Wochenende ihr Wahlkampfkonzept für die Bundestagswahl beraten. Der Vorstand hat ein "Zukunftsmanifest" vorgelegt. Kapitalisten und andere "Leistungsträger" der deutschen Wirtschaft als Gestalter der Zukunft: Mit dieser Propaganda will die CDU den Wahlkampf

bestreiten, um eine reaktionäre Volksgemeinschaft zu schmieden, die Unterdrückung von Interessen der Lohnabhängigen als im Interesse des weiteren Fortschritts der deutschen Wirtschaft darzustellen. Spaltung der Gewerkschaften und der Aufbau reaktionärer "Betriebsgemeinschaften" sind unverzichtbare Bestandteile dieses Programms. Bei beidem ist die Union weit vorangekommen.

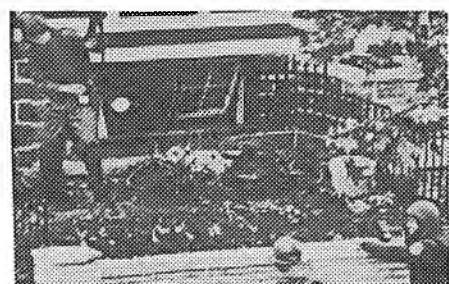
USA: Neue Unterdrückungswelle a la McCarthy

Mitte September erschien das Präsidentenehepaar gemeinsam im Fernsehen, um alle Amerikaner zu einem Kreuzzug gegen Drogenmissbrauch aufzurufen. Im US-Kongress steht ein scharfes Anti-Drogengesetz zur Verabschiedung an, das u.a. regelmäßige Urinuntersuchungen aller Bundesangestellten vorsieht sowie die Todesstrafe für Drogenhändler. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes protestieren. Selbst ein Teil der bürgerlichen Presse zieht Parallelen zu McCarthy's Zeiten und fragt, warum ausgerechnet jetzt. Befürchtet die US-Bourgeoisie ein Wiedererstarken der Arbeiterbewegung und damit Hindernisse für ihre aggressive Politik weltweit?



Kein Wahlrecht für Ausländer

Hamburg. Das Thema Ausländerpolitik will der Hamburger Senat möglichst aus dem Wahlkampf zu den Bürgerschaftswahlen im November 1986 heraushalten. Der SPD-Senat vertröstet auf die nächste Bürgerschaftswahl 1990, zu der das kommunale Wahlrecht für Ausländer eingeführt werden soll. Dies ver-



sprechen hat die SPD schon seit Jahren in ihrem Parteiprogramm. Daß daraus nichts wird, garantiert Bürgermeister von Dohnanyi. Er will im nächsten Jahr allenfalls Ausländerbeiräte einrichten, aber von der Sorte, die jegliche weitere Absichtserklärung auf rechtliche Gleichstellung Lügen strafft. Mit der Zustimmung von CDU und FDP kann er dafür allemal rechnen.

Bündnispolitik der Bolschewiki 1917 – 1921

Das von der 6.o. Delegiertenkonferenz des BWK beschlossene Forschungsvorhaben unter obigem Stichwort im Wortlaut: "Die Politik der Bolschewiki in den Räten und gegenüber anderen Parteien und Klassen in den Jahren 1917 bis 1921. Untersuchung, Darstellung und Kritik, unter Einbeziehung der bisherigen Rezeption der Erfahrungen der russischen Revolution in dieser Zeit durch die revolutionären Sozialisten in der BRD." Trotz der Behinderung des sozialistischen Aufbaus durch die innere und äußere Konterrevolution bis Ende 1920 können aus dem genannten Zeitraum Lehren für revolutionäre Politik heute gezogen werden.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit fünf verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

Tel.: 021/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

Tel.: 021/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – **Nachrichten, Analysen, Protokolle**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie – **Nachrichten Stahl- und Metallindustrie**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM
Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – **Nachrichten, Analysen, Mitteilungen**. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 1,20 DM

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:
GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62
GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Großen Düsselstr. 55, 3000 Hannover 1
BWK Nordrhein-Westfalen
Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M 2, 17, 6800 Mannheim
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18 a, 8000 München 40

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Telefon 021/21 6442
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Zülpicher Straße 7, Telefon 021/21 16 58. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmar Elgehausen, Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Viertel-jährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, GIM, KG(NHT), KPD, PA.